

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

9-2023

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe September - Oktober 2023

Redaktionsnotiz.....	4
Antikommunistischer Antifaschismus?.....	6
<i>Jens Christian Wagner (Stiftungsdirektor der Gedenkstätte Buchenwald): Schreiben an die KPD-Parteiführung.....</i>	6
<i>Torsten Schöwitz (Vorsitzender der KPD): Antwort an den Stiftungsvorsitzenden.....</i>	7

Kuba.....	9
<i>Redaktion offen-siv: Artikel von Carima Oliva</i>	9
<i>Redaktion der Zeitschrift „Cuba libre“: Vorspann zum folgenden Artikel</i>	9
<i>Karima Oliva: Kubanischer Sozialismus</i>	10
Repression gegen die KP Venezuelas.....	15
<i>Kommunistische Partei Venezuelas: Die Regierung von Nicolas Maduro hat den Angriff auf die Kommunistische Partei Venezuelas vollzogen</i>	15
<i>41 Parteien von „solid.net“ plus einiger weiteren: Offener Brief an Präsident Nicolas Maduro</i>	16
<i>Walter Haberkorn: Wohin „Antiimperialismus“ ohne Sozialismus führt – Die Unterdrückung der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV)</i>	18
17. Juni 1953.....	26
<i>Ursula Münch: Spurensicherung zum 17. Juni 1953</i>	26
Antifaschismus.....	33
<i>Hans Christoph Stoodt: Thesen zur Aktualität des Antifaschismus</i> ..	33
Zur Weltlage.....	50
<i>Karl-Heinz Goll: Zum Begriff der „multipolaren Weltordnung“</i>	50
<i>Tim Schoenmakers, Walter Haberkorn: Zur gegenwärtigen Weltlage</i>	60
Und ein weiterer Angriff auf Marx.....	66
<i>Hermann Jacobs: Marx – ein Torso? Und ein vielfacher sogar?</i>	66
Marxismus-Leninismus, Revisionismus und	70
Zentrismus.....	70
<i>Heinz Ahlreip: Kardinale Knotenpunkte der Arbeiterbewegung</i>	70
<i>Christian Kunz: Über die ideologischen Unterschiede in der KPD und welche Praxis daraus folgt</i>	73
<i>Walter Haberkorn, Tim Schoenmakers: Kampf dem Zentrismus – Der Hauptgegner unserer Partei?</i>	77
<i>Gerhard Feldbauer: Ein vorhersehbarer Verrat – Oder: Wer hat die DDR verraten und verkauft?</i>	102

Marxistisch-leninistisches Fernstudium.....	112
Konzeption des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv.....	113
Aus der Leser/innen-Post.....	121
<i>Heinz Ahlreip</i> : Nichts hängt enger mit der Ökonomie zusammen als das Militärwesen.....	121
<i>Tim Schoenmakers</i> : Leserbrief zum Artikel „Kuba – besorgniserregende, aber auch vorhersehbare Entwicklungen“, offen-siv 7-2023.....	122
<i>H.-J. Reiß</i> : Bestätigt, was ich schon lange ahnte.....	126
<i>Christian Kunz</i> : Auf weitere Jahre offen-siv!.....	125
<i>Rumpelheinzchen</i> : Aus einer kleinen Anzahl Revolutionäre kann eine Massenpartei entstehen.....	126

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Man soll ja nicht mit sich selber anfangen, wir tun's aber trotzdem: Im September dieses Jahres ist unsere Zeitschrift 30 Jahre alt geworden und wir hatten angekündigt, etwas dazu zu schreiben, z.B. einen kritischen Rückblick auf die Entwicklung, eine Erinnerung an unsere Veranstaltungen, an die Bücher, die wir gemacht haben usw., vielleicht auch einige Anekdoten aus dem reichen Schatzkästchen von skurrilen Erfahrungen, die man mit so einer Zeitschrift macht.

Aber die Verhältnisse sind nicht so! Es ist so viel los, überall spitzen sich die Widersprüche zu, und das auf allen Ebenen: weltpolitisch, in der kommunistischen Bewegung und auch in unserer Partei, der KPD. Wir bitten Euch um Verständnis dafür, dass diese Probleme und Widersprüche uns wichtiger waren als der Rückblick auf die eigene Geschichte. Aufgeschoben heißt ja nicht aufgehoben – und in der November-Dezember-Ausgabe wird sicherlich ein Plätzchen dafür übrig sein.

Dieses Heft erscheint in Zeiten großer und grundsätzlicher Auseinandersetzungen in der weltweiten kommunistischen Bewegung, die schon eine ganze Zeit anhalten. Wir müssen eingestehen, dass wir uns nach dem Beginn des Krieges auch erstmal sortieren mussten, die Lage analysieren mussten, um dann zu wissen, wie die Situation zu beurteilen ist. Aber als uns das klar war, hätten wir niemals gedacht, dass die Differenzen über die Einschätzung Russlands und damit über die Einschätzung des heutigen imperialistischen Gefüges Zündstoff enthält, der es beispielsweise dem internationalen Treffen von solid.net in Kuba nicht mehr möglich machte, eine gemeinsame Abschlusserklärung zu verabschieden, stattdessen gab es derer zwei. Oder dass sich die KO spaltet oder dass es in unserer Partei, der KPD, heftigste Auseinandersetzungen darum gibt. Von der Schärfe der Auseinandersetzung waren wir zunächst überrascht, denn wir hatten, da waren wir offensichtlich sehr naiv, ein gemeinschaftliches Suchen nach der Wahrheit erwartet. Dem war aber nicht so, wie wir feststellen mussten.

Das deutet darauf hin, dass dieser Konflikt tiefgründiger ist, als er an der Oberfläche (z.B. Charakter Russlands) erscheint, denn es werden immer mehr

und immer schärfer opportunistische und offen revisionistische Vorstellungen geäußert und es wird in immer größerem Umfang versucht, diese mit allen möglichen Mitteln durchzusetzen: mit übler Nachrede, persönlicher Verunglimpfung, Intrigen, Veröffentlichungsbehinderungen, das alles unter strenger Vermeidung gemeinsamer wissenschaftliche Arbeit. Wir erleben halt das ganze Arsenal, das es gibt, wenn es nicht um die Klärung einer unklaren Frage geht mit dem gemeinsamen Interesse, bei dieser Frage herauszufinden, was denn nun wahr ist, sondern wenn es um einen politischen Kampf geht, der in dieser unklaren Frage steckt, aktuell (und wie sehr oft) der Kampf zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus.

Es mag den einen oder die andere ärgern oder langweilen, dass es in diesem Heft schon wieder um solche Fragen geht, aber es ist nicht zu ändern, denn es geht leider nicht um den berühmten „Streit um Kaisers Bart“, sondern um die Frage, ob die kommunistische Bewegung den nächsten großen Aderlass erlebt oder nicht. So schlagen beispielsweise die Kräfte in unserer Partei, die Russland für anti-imperialistisch halten und die Vorstellung, dass den USA und der EU mit den BRICS bzw. BRICS+Staaten ein ebenbürtiger, kapitalistischer und mit imperialistischen Ambitionen agierender Gegner erwächst, weit von sich weisen, gleichzeitig vor, der Kommunistischen Partei Venezuelas die Solidarität zu verweigern.

Um die welthistorische Bedeutung dieser Fragen zu verdeutlichen und dabei darauf hinzuweisen, dass es bei der Auseinandersetzung mit Opportunismus, Revisionismus und Zentrismus nicht um einen Streit unter Salonkommunisten, durchgeknallten Intellektuellen oder eine typischen Spinnerei von Sektierern geht, bringen wir zum Abschluss dieses Themas in diesem Heft den Nachdruck einer Arbeit von Gerhard Feldbauer, die an Tatsachen die wesentliche Schuld genau dieser Abweichungen, also Opportunismus, Revisionismus und Zentrismus an der furchtbaren Niederlage der DDR darstellt. Und wie wir wissen, haben Gorbatschow und seine Adlaten dort ja nicht aufgehört: der Warschauer Pakt flog auseinander, die sozialistischen Staaten Osteuropas wurden sämtlich kapitalistisch, die Sowjetunion wurde zerstört und die KPdSU aufgelöst. Und diese „Jahrhundertkatastrophe“ (Kurt Gossweiler) konnte geschehen, weil die KPdSU vom Revisionismus dermaßen zugerichtet und geschwächt war, dass

sie von „*einem Pizza-Hut-Vertreter¹ und einem Alkoholiker²*“ (Kurt Gossweiler) aufgelöst werden konnte.

Zum Schluss noch der Hinweis: Unser mit unserer Partei, der KPD, gemeinsam organisiertes marxistisch-leninistisches Fernstudium beginnt im kommenden Jahr erneut mit einem Kurs. Geplant sind fünf Seminare. Das Programm und organisatorische Hinweise dazu findet Ihr hinten im Heft. Wir haben 24 Plätze, mehr passen nicht in den Tagungsraum. Anmeldungen sind ab jetzt möglich, wir vergeben die Plätze nach Anmeldezeitpunkt, bis alle Plätze belegt sind.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

<h2>Antikommunistischer Antifaschismus?</h2>
--

Jens Christian Wagner (Stiftungsdirektor der Gedenkstätte Buchenwald): Schreiben an die KPD-Parteiführung

Sehr geehrter Herr Schöwitz,

gemeinsam mit dem internationalen Verband der Überlebenden, dem Internationalen Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD), hat der Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora entschieden, verstärkt darauf zu achten, beide Gedenkstätten „als Orte der Trauer und der Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen zu bewahren“ (§ 1 des Stiftungsgesetzes). Dies gilt insbesondere für die Gedenkfeiern zum

¹ Gorbatschow erschien zu der Zeit überall auf Plakaten einer Pizza-Buden-Filial-Firma als Sympathieträger.

² Jelzin war für seinen Wodka-Konsum bekannt.

Jahrestag der Befreiung, bei denen die Toten der Lager und ihre Ehrung im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen sollen.

Im Kontext der Gedenkfeiern zum Jahrestag der Befreiung hat das Mitführen von Fahnen von aktuellen Parteien, Organisationen oder auch Ländern immer wieder zu Irritationen geführt – gerade bei den Überlebenden und ihren Angehörigen. Sie konnten und können nicht verstehen, dass an diesem Tag der Verweis auf die eigene Organisation wichtiger sein soll als die Ehrung der Toten. Sie empfinden die Fahnen als eine unzulässige Instrumentalisierung des Gedenkens für eigene Zwecke.

Aus diesem Grund haben wir unsere Besuchsordnung geändert. Die neue Regelung gilt – mit Ausnahme von Traditionsfahnen der Überlebendenverbände (dazu zählt auch die VVN-BdA) – ganz bewusst für alle Fahnen und Transparente, unabhängig davon, für welche Organisation sie stehen, denn wir können und wollen als Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte nicht festlegen, welche Fahnen angemessen sind und welche nicht.

Wir danken Ihnen, dass Sie diese Regelung respektieren und damit helfen, dass in Buchenwald in aller Würde um die Opfer getrauert und an die Befreiung des Lagers im April 1945 erinnert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen, Jens-Christian Wagner

Torsten Schöwitz (Vorsitzender der KPD): Antwort an den Stiftungsvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Jens-Christian Wagner

Seit Jahren komme ich und viele weitere Mitglieder meiner Partei sowie anderer antifaschistischer Parteien und Organisationen mehrmals pro Jahr in die Gedenkstätte Buchenwald, um an der Gedenkfeier im April zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald teilzunehmen, den Geburtstag und Todestag von Ernst Thälmann an der Stelle seiner Ermordung zu würdigen und um jungen Parteimitglieder mit dem Besuch die Geschichte dieses Konzentrationslagers näher zu bringen.

Weiterhin nutzen wir diese Gelegenheit, um an verschiedenen Stellen Kränze niederzulegen und um an den Stelen der Nationen unterhalb des Glockenturms Blumen im Gedenken an die Opfer niederzulegen. Wir haben in der Gedenkstätte mit unserer Jugendorganisation auch schon ein Jugendtreffen durchgeführt.

Seit über dreißig Jahren lief das problemlos.

Nun gibt es eine neue Hausordnung.

Ein Punkt lautet: Nicht gestattet sind: das Anbringen und Mitführen von Plakaten, Fahnen und Transparenten (ausgenommen sind Traditionsfahnen der Überlebendenverbände).

In der Praxis führt dieser Punkt nun dazu, dass allen Teilnehmern von antifaschistischen Gedenkveranstaltungen die eine Fahne z.B. der Kommunistischen Partei Deutschlands KPD, Fahnen mit den Symbolen Hammer und Sichel, Thälmann-Konterfei etc. tragen, dass offene Tragen dieser Fahne auf dem Gelände der Gedenkstätte untersagt wird.

Ich persönlich wurde deswegen einer polizeilichen Kontrolle mit Aufnahme meiner Personalien und fotografieren meiner Person unterzogen und ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft wurde eröffnet. Die Polizei erklärte mir gegenüber, dass die Untersagung des Tragens der Fahne auf ausdrücklichen Wunsch der Leitung der Gedenkstätte und auf Grundlage der Hausordnung erfolgt. Und alles nur, weil ich die Fahne der KPD getragen habe. Dies ist mir seit über dreißig Jahren nicht passiert.

Aus diesem Grund habe ich die Bitte an Sie, den entsprechenden Punkt der neuen Hausordnung zu überarbeiten und anzupassen. Mit dem aktuellen Stand des besagten Punktes der Hausordnung wird verhindert, dass Kommunisten offen am Buchenwald Gedenken und am Gedenken an Ernst Thälmann teilnehmen oder auch in diesem Kontext Veranstaltungen durchführen können.

Ich bin mir sicher, dass der entsprechende Punkt der neuen Hausordnung nicht gedacht war, um offenes antifaschistisches Gedenken von Kommunisten am historischen Ort zu verhindern.

Weil ich selber in Erfurt wohne, könnte ich auch zu einem klärenden Gespräch in die Gedenkstätte kommen, wenn Sie Zeit dazu finden würden.

Mit kameradschaftlichem Gruß, Torsten Schowitz, Vorsitzender der KPD (seit 1990 in der BRD wieder zugelassen)

Kuba

Redaktion offen-siv: Artikel von Carima Oliva

Im Folgenden drucken wir einen Artikel aus „Cuba libre“ nach. Er ist dort in der Ausgabe 3/2023, Juli - September, erschienen. Die Redaktion von „Cuba libre“ hat dem Artikel einen kurzen Vorspann vorangestellt, den wir gern mit übernehmen. Wir danken „Cuba libre“ für die Genehmigung des Nachdrucks.

Redaktion der Zeitschrift „Cuba libre“: Vorspann zum folgenden Artikel

In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht CUBA LIBRE Beiträge aus der Diskussion in Kuba über den weiteren Weg des Sozialismus und der Revolution. Dabei geht es vielfach um die Rolle, die den privatwirtschaftlichen Akteuren zukommen soll oder darf, um die Ausgestaltung der Planwirtschaft, die sozialistische Demokratie und andere Fragen. Dabei fällt die Offenheit und Klarheit der Argumentationen auf, aber auch die zunehmende Schärfe, die sich in der Debatte zeigt. Womöglich spiegelt sich in ihr die Zuspitzung der ökonomischen und politischen Widersprüche auf Kuba wider, die eben auch mit der erwähnten verstärkten privaten Aneignung von Produktionsmitteln in Zusammenhang stehen.

CUBA LIBRE dokumentiert im Folgenden einen Text der Journalistin und Universitätsprofessorin Karima Oliva, welcher ein nachdrückliches Beispiel für diese Diskussionskultur abgibt. Wir haben als Redaktion einen Moment gezögert, den Beitrag zu veröffentlichen. Es gab Bedenken, er könnte als eine Anklage der kubanischen Regierung missverstanden werden. Überwogen hat aber das Vertrauen, dass die kubagebildete CUBA LIBRE-Leserschaft diesen

Debattenbeitrag als ein Ringen um die Verteidigung des Sozialismus einzuordnen weiß.

Tobias Kriele

***Karima Oliva*³: Kubanischer Sozialismus**

1. Die wirtschaftlichen Veränderungen verlangen, dass wir darüber nachdenken, wie sie die Fortsetzung des Sozialismus belasten. Das ist etwas, was nicht unter den Teppich gekehrt werden darf.

Das gesellschaftliche Projekt, welches im Januar 1959 in Kuba seinen Anfang nahm, hätte viel mehr erreichen können, wenn man es denn gelassen hätte. Auch so stellt es die größte Errungenschaft dar, die in unserer Region auf dem Weg erreicht wurde, die Träume der Gründerväter, unter ihnen Martí, zu verwirklichen: Eine Gesellschaft mit den einfachen Leuten für die einfachen Leute aufzubauen, frei von den üblichen Formen der strukturellen Gewalt des Kapitalismus und den Bestrebungen von Eliten oder Gruppen mit bourgeoisen Interessen.

Dieses Vorhaben, welches in Kuba eine beispiellose Verwirklichung fand und die fortschrittlichsten Bewegungen der Welt jahrzehntelang inspirierte, steht heute vor schwierigen Herausforderungen, von deren Bewältigung sein Fortbestand abhängt.

Der wichtigste Faktor, der für die derzeitige Situation auf der Insel verantwortlich ist, ist der Wirtschaftsterrorismus, der das Land seit 60 Jahren plagt und aufgrund der aufrechterhaltenen materiellen Bedürfnisse einen erheblichen Verschleiß auf verschiedenen Ebenen verursacht, einschließlich hinsichtlich der Stimmung der Menschen. Dies sollte die Grundlage für jede Analyse Kubas sein.

Die durch die Blockade fabrizierte Lüge, dass der Sozialismus wirtschaftlich gescheitert sei, verleitet zu der Annahme, dass es keine Alternative zum freien

³ Carima Oliva ist eine kubanischen Journalistin und Universitätsprofessorin mit Lehrstuhl in Argentinien.

Markt und zu seiner Wiedereinführung gibt. Vor diesem Hintergrund scheint es undurchführbar, den radikalen Charakter des kubanischen Sozialismus aufrechtzuerhalten. Dies war jedoch die Grundvoraussetzung für die Errungenschaften der Freiheit, der Souveränität, der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit, die wir Kubaner trotz wirtschaftlicher Beschränkungen jahrzehntelang genießen konnten. Zugleich wurde die Welt um uns herum durch die in den 1970er Jahren begonnene und bis heute anhaltende neoliberale Politik für die Mehrheit der Menschen immer unsicherer, ungerechter und ungleicher.

Der Versuch unserer Gegner, die Radikalität unseres Sozialismus zu verteufeln, findet Widerhall in einer durch die interne Wirtschaftsagenda verdünnten Atmosphäre, angesichts der ideologischen Zaghaftigkeit unserer politischen Kommunikation und mit der Komplizenschaft derjenigen, die von innen heraus eine offene Kampagne führen, um jede Position als Fundamentalismus (und anderes) zu disqualifizieren, die eine Berücksichtigung der kulturellen, soziopolitischen und ideologischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Veränderungen einfordert.

Die Veränderungen des (Sozialismus-) Modells, die beschlossen wurden, um die durch die Blockade ausgelöste Krise zu überwinden, indem die Förderung des Privatsektors beschlossen wurde, bringen offensichtliche Widersprüche zur Kontinuität des Sozialismus hervor. Ich teile nicht den Standpunkt, vor diesen Widersprüchen die Augen zu verschließen. Umgestaltungen sind notwendig. Wir sollten den Privatsektor nicht verteufeln, ihn aber auch nicht idealisieren.

Das Privatkapital wird für sich selbst Reichtum schaffen, aber es wird keines der Probleme des Volkes allein und aus freien Stücken lösen, wenn das Volk nicht die Mechanismen findet, um es zu begrenzen und die Verwaltung des geschaffenen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit zu beeinflussen. Die kubanischen Institutionen müssen zu einem Vehikel für beides werden; das ist die große Herausforderung, wenn man weiterhin sozialistisch sein will.

Die Steuerhinterziehung (wie diese durch den Staat kontrollieren?), die prekäre und informelle Auftragsvergabe (wie diese durch den Staat kontrollieren?), das übermäßige Profitstreben auf Kosten der Vermarktung der

Bedürfnisse des Volkes (dito), die Anhäufung von Reichtum in den Händen einiger weniger im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Engpässen der Mehrheit, die Wucherpreise und die wachsenden Ungleichheiten (dito) sind nicht weniger wahr, nur weil wir nicht über sie sprechen.

2. Die Schaffung einer Kultur des Sozialismus ist eine Notwendigkeit ersten Ranges in dem neuen Szenario, welches durch den Aufschwung des Privatsektors geschaffen wurde.

Zum ersten Mal werden die Bedingungen für die Beziehung von Privatkapital, Medien und politischer Macht geschaffen. Welche Auswirkungen dies auf den Sozialismus hat, ist eine Frage, die wir unbedingt klären müssen.

Was mit dem Gesetzesentwurf zur sozialen Kommunikation geschehen ist, der überarbeitet werden musste, weil Bedenken aufkamen, die seine Verabschiedung in der Versammlung verzögerten, ist ein Ausdruck der Widersprüche, die sich abspielen.

Was die Kommunikation betrifft, versucht ein technizistischer Ansatz derzeit, sich als neuartig darzustellen, obwohl er letztendlich das alte Schema der kommerziellen Werbung kopiert. Die Behandlung wichtiger politisch-ideologischer Fragen wird vermieden, um das Vorankommen der wirtschaftlichen Agenda nicht zu problematisieren. Der Unfug, inmitten eines ideologischen Krieges die Beschäftigung mit der Ideologie für überflüssig zu halten, zusammen mit dem Rückzug von Positionen, sind Tendenzen, die eine kritische Überprüfung verdienen. Vor allem braucht es eine Analyse, die die auf den Parteitag mit großer Klarheit verteidigte Ansicht berücksichtigt, wonach der Ideologie eine grundlegende Rolle zukommt.

Wir erleben derzeit ein Bekenntnis zu einem politischen Konsens, der sich als Loyalität gegenüber der Regierung und nicht unbedingt gegenüber dem Sozialismus, als nationalistisch und nicht unbedingt kommunistisch versteht. Auf der medialen Ebene schlägt sich das in der Unterstützung derjenigen nieder, die die Realität nicht problematisieren und sich auf eine Öffentlichkeitsarbeit beschränken, die nicht vom politisch Bequemen abweicht. Sie impliziert mitunter sogar die Unterstützung von Personen, die dilettantische, sozialdemokratische und liberale Positionen vertreten (was eine Distanzierung von radikalen revolutionären Positionen erfordert). Dazu gehört

auch die Förderung von Kampagnen ohne ideologische Bedeutung; die Vermeidung jeglicher Art von Polemik oder Problematisierung, was zu einer Demobilisierung des politischen Bewusstseins und des revolutionären Denkens führt; obwohl diese Positionen auf bestimmten Ebenen die Einheit fördern, senden sie zugleich eine verwirrende Botschaft und schwächen die führende Rolle, welche die kubanische Verfassung der Partei zuweist.

Die moderate Ausdrucksform der Regierung ist verständlich, sollen so doch mehr Menschen, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, erreicht werden. Aber diese inhaltliche Abschwächung sollte durch die Stärke und Entschlossenheit des Diskurses der Partei bei der ideologischen Stärkung des Weges zum Sozialismus ausgeglichen werden.

Wir sehen in diesem fehlenden Gleichgewicht zwischen dem wirtschaftlichen Impuls auf der einen Seite und der Aufmerksamkeit für die soziopolitischen, kulturellen und ideologischen Auswirkungen auf der anderen Seite einen potenziellen Rückschlag. Wir werden stets die revolutionäre Regierung und die kommunistische Partei als Mittel zum Aufbau der sozialistischen Alternative verteidigen. Ohne eine revolutionäre Regierung und ohne eine kommunistische Partei, die den Sozialismus verteidigen, würde das Volk auf eine Weise verwundbar werden, wie es das seit 60 Jahren nicht mehr erlebt hat. Die Auswirkungen dessen könnte man sich nicht vorstellen.

Es steht nirgendwo geschrieben, wie man den Sozialismus aufzubauen hat. Wie man ihn zerstört, ist dagegen bereits erprobt. Parallel mit den wirtschaftlichen Veränderungen ist es daher notwendiger denn je, die Ausübung einer zugunsten der Revolution engagierten Kritik zuzulassen. Es ist notwendig, eine Denkweise zu entwickeln, die sich ihrer Radikalität nicht schämt, die als Instrument zum Durchdenken der Widersprüche dient und uns bei der notwendigen Veränderung anleitet, ohne andere Realitäten zu kopieren. Diese Denkweise muss auf einem praktischen und effektiven Engagement für die Kontinuität des kubanischen Sozialismus beruhen, und darf nicht nur auf der Ebene des Diskurses stattfinden.

Es ist notwendig, eine Kultur des Sozialismus zu fördern. Diese Kultur kann nicht nur antikolonial sein, sie muss antikapitalistisch sein, denn der Kolonialismus begann als Instrument des Kapitalismus und ist es immer noch.

3. Die Partei und die Regierung sind Instrumente, um die Rechte des Volkes durch die Verteidigung des Sozialismus durchzusetzen.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen, dass das Volk immer noch den Institutionen Anerkennung zollt, die von der Revolution unter der Anleitung von Fidel und der Generation, die ihn begleitete, geschaffen wurde, dem Ergebnis von sechzig Jahren kontinuierlicher Investitionen in soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Kultur. Die Menschen wollen sich vor allem wirtschaftlich verbessern, aber sie wollen nicht den erreichten Zustand von Gerechtigkeit und Sicherheit opfern.

Jeder Kubaner, unabhängig von seinem Bildungsniveau, seiner sozialen und beruflichen Stellung, seiner Hautfarbe, seinem Geschlecht, seinem Einkommen, einfach nur weil er geboren wurde, muss weiterhin das unveräußerliche und freie Recht auf Gesundheitsversorgung, Bildung, Nahrung, Unterkunft, Trinkwasser, Zugang zu öffentlichen Räumen, würdige Arbeit und bürgerliche Sicherheit zu gleichen Bedingungen wie jeder andere Kubaner genießen.

Jeder Kubaner hat das Recht, dass die Früchte seiner Arbeit in die Verbesserung der Qualität der von ihm genutzten Dienstleistungen und öffentlichen Güter sowie in die Verbesserung seiner Lebensqualität investiert werden und nicht in den Händen bestimmter Sektoren landen, die allmählich eine privilegierte Klasse oder eine Wirtschaftselite bilden. Wir haben die durch die Blockade verursachten Engpässe verstanden. Aber die Engpässe, die mit dem Akkumulationsstreben bestimmter Gruppen zu erklären sind, werden wir nie verstehen.

Jeder Kubaner hat das Recht, dass strategische natürliche Ressourcen wie Wasser, Bodenschätze und die grundlegenden Produktions- und Kommunikationsmittel in gesellschaftlichem Besitz sind und dem Gemeinwohl dienen.

Jeder Kubaner hat das Recht, dass die Regierung und die von der sozialistischen Revolution geschaffene Partei Instrumente sind, um diese eroberten Rechte bis zur letzten Konsequenz zu verteidigen, notfalls über die Verteidigung der Interessen des Privatkapitals auf der Insel hinaus. Bis 1959

waren diese Rechte das Privileg bestimmter Familien und nicht des ganzen Volkes.

Von 1959 bis heute haben wir mit Stolz die Bemühungen der kubanischen Regierung beobachtet, das Land unter schwierigsten Bedingungen aller Art voranzubringen und notwendige ausländische Investitionen zu erreichen, ohne es dadurch an das nationale oder transnationale Privatkapital zu verkaufen (wie auch immer dieses sich nennt). Dafür haben wir den Sozialismus. Die US-Blockade hat immer ein Hindernis dargestellt, das Vorhaben einer besseren Nation für das kubanische Volk zu realisieren. Der Wille, es umzusetzen, darf uns aber niemals verloren gehen.

Repression gegen die KP Venezuelas

Kommunistische Partei Venezuelas: Die Regierung von Nicolas Maduro hat den Angriff auf die Kommunistische Partei Venezuelas vollzogen

Wir prangern vor dem venezolanischen Volk, den kommunistischen und Arbeiterparteien und den wirklich antiimperialistischen Kräften der Welt an, dass die Regierung von Nicolás Maduro den Angriff auf die Kommunistische Partei Venezuelas durch ein willkürliches Gerichtsurteil vollendet hat, das die Einsetzung einer aus Söldnern bestehenden Führung im Dienste der hohen Regierungsbeamten der PSUV billigt.

Am Freitag, dem 11. August, begingen die Richter der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs einen unentschuldbaren Rechtsfehler, indem sie einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, der von einer Gruppe von Bürgern gestellt wurde, die nicht zu unseren Reihen gehören und daher keine rechtliche Qualifikation haben, um im Namen unserer Organisation zu handeln, unter Verletzung des Grundgesetzes der verfassungsmäßigen Rechte und Garantien zuließen und darüber entschieden.

Dieser Verfahrensbetrug, der die politischen Rechte der PCV und der venezolanischen Werktätigen verletzt, schafft nicht nur einen schwerwiegenden Präzedenzfall in der politischen und juristischen Geschichte des Landes, sondern entlarvt auch den autoritären, antidemokratischen und reaktionären Charakter der PSUV-Regierung, die fälschlicherweise glaubt, dass sie die venezolanischen Kommunisten mit diesem Manöver unterwerfen kann.

Die nationale Führung der PCV trifft sich in diesem Moment, um die rechtlichen und politischen, nationalen und internationalen Aktionen zu bewerten, die sie zur Verteidigung unseres Rechts, als kommunistische Partei zu existieren, und zur Fortsetzung des Kampfes für die Umgruppierung der politischen, sozialen, Arbeiter-, Bauern- und Volkskräfte zur Eroberung einer revolutionären Lösung der kapitalistischen Krise Venezuelas fördern wird.

Niemand vernichtet die Kommunistische Partei!

41 Parteien von „solid.net“ plus einiger weiteren: Offener Brief an Präsident Nicolas Maduro

Seine Exzellenz Herr Nicolás Maduro Moros, Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, Vorsitzender der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas,

Unsere Parteien verurteilen konsequent die imperialistische Aggression und die Sanktionen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gegen Venezuela und bekunden unsere feste Solidarität mit dem venezolanischen Volk.

Seit Monaten verfolgen wir mit großer Sorge die zunehmende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Venezuelas, die auch von Kadern Ihrer Partei offen unterstützt wird. Dutzende von Parteien haben bereits durch gemeinsame Erklärungen und andere Initiativen Stellung bezogen und diese Aktionen abgelehnt.

Mit diesem offenen Brief fordern wir, dass alle Aktionen zur Untergrabung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Venezuelas, die auf einer völlig unbegründeten Grundlage vorangetrieben

werden, sofort eingestellt werden. Wir bekunden unsere Solidarität mit der Kommunistischen Partei Venezuelas und ihren Kämpfen zur Verteidigung der Interessen und Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes von Venezuela.

Mit freundlichen Grüßen,

Kommunistische Partei Albanien, Kommunistische Partei von Armenien, Partei der Arbeit in Österreich, Brasilianische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei von Großbritannien, Kommunistische Partei Kanadas, Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, Kommunistische Partei Dänemarks, Ägyptische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Finnlands, Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Griechenlands, Tudeh-Partei Iran, Kommunistische Partei von Kurdistan Irak, Irakische Kommunistische Partei, Arbeiterpartei von Irland, Kommunistische Partei Irlands, Sozialistische Bewegung von Kasachstan, Libanesische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei von Malta, Kommunistische Partei von Mexiko, Neue Kommunistische Partei der Niederlande, Kommunistische Partei von Pakistan, Palästinensische Kommunistische Partei, Palästinensische Volkspartei, Kommunistische Partei Paraguays, Kommunistische Partei der Philippinen [PKP 1930], Kommunistische Partei Polens, Russische Kommunistische Arbeiterpartei, Kommunisten von Serbien, Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens, Kommunistische Partei des Volkes von Spanien, Kommunistische Partei von Swasiland, Kommunistische Partei Schwedens, Schweizerische Kommunistische Partei, Syrische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei der Türkei, Kommunistische Partei der Ukraine, Bund der Kommunisten der Ukraine, Kommunistische Partei Venezuelas

Andere Parteien: Kommunistische Revolutionäre Partei Frankreichs, Kommunistische Organisation, Deutschland, Kommunistische Partei Schweden

Walter Haberkorn: Wohin „Antiimperialismus“ ohne Sozialismus führt – Die Unterdrückung der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV)

1. Aktuelle Eskalation und Vorgeschichte

Unmittelbarer Anlass dieses Artikels ist die jüngste Eskalation der Repressionsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV). Am Freitag den 11. August 2023 erklärte der Oberste Gerichtshof Venezuelas die 2022 vom XVI. Parteitag gewählte Leitung der Partei für illegitim und setzte an ihrer Stelle eine der regierenden Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) hörige Leitung ein, die nun über Namen und Symbole der Partei verfügt.⁴ Doch was ging dem voraus?

Nachdem es 2018 zur offenen Konfrontation zwischen der PCV und der PSUV kam und die Kommunisten dazu übergingen, eine revolutionäre, klassenkämpferische Strategie zu verfolgen, begann der venezolanische Staat mit einer Reihe von Repressionsmaßnahmen, so wurden in der Vergangenheit bereits Kandidaten der PCV von Wahlen ausgeschlossen.⁵

2021 begann man seitens der PSUV schließlich damit, Gerüchte über Spaltung in der PCV zu verbreiten. Es wurde der Anschein erweckt, die Führung der PCV vertrete nicht die Basis der Partei. Nach der Annahme einer neuen Linie der Konfrontation und Abgrenzung gegen die herrschende Politik auf dem XVI. Parteitag im November 2022 und angesichts der Einheit der PCV begann man seitens der PSUV im Februar diesen Jahres eine zum größten Teil aus PSUV-Mitgliedern bestehende regierungstreue „alternative

⁴Vgl. Tribuna Popular: Gobierno de Nicolás Maduro toma por asalto al Partido Comunista de Venezuela. 12.08.2023. URL: <https://prensapcv.wordpress.com/2023/08/12/gobierno-de-nicolas-maduro-toma-por-asalto-al-partido-comunista-de-venezuela/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

⁵Vgl. Zeitung der Arbeit: Oberster Gerichtshof setzt illegitime Führung in der Kommunistischen Partei Venezuelas ein. 13.08.2023. URL: <https://zeitungderarbeit.at/international/oberster-gerichtshof-setzt-illegitime-fuehrung-in-der-kommunistischen-partei-venezuelas-ein/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

PCV“ aufzubauen, die im Mai ihren ersten Kongress abhielt. Diese Gruppe forderte am 10. Juli 2023 vor dem Obersten Gerichtshof Venezuelas ihr angebliches Recht an dem Namen, den Symbolen und dem rechtlichen Status der PCV ein.⁶

Bemerkenswert an diesen Entwicklungen ist nicht etwa die Tatsache, dass ein bürgerlicher Staat Kommunisten repressiert, sondern vielmehr, dass die PSUV und der venezolanische Staat unter Führung der PSUV von Teilen der kommunistischen Bewegung als „antiimperialistisch“ bzw. fortschrittlich betrachtet wird, was im Folgenden eine Auseinandersetzung mit dem Charakter und der Entwicklung der PSUV nötig macht.

2. Rolle und Entwicklung der PSUV und des venezolanischen Staates

Zunächst muss gesagt werden, dass die PSUV nie mehr als eine sozialdemokratische Partei war. Zu keinem Zeitpunkt wurde versucht, in Venezuela den Sozialismus aufzubauen. Die Ausbeutung von Mensch und Natur blieben auch nach dem Machtwechsel an die PSUV, der von Revisionisten gern als Revolution betrachtet wird, unverändert. Der Kapitalismus blieb erhalten, der einzige Unterschied bestand in der Maskerade mit revolutionären Phrasen und darin, dass verstärkt venezolanische Kapitalisten gegenüber ausländischen Kapitalisten an Bedeutung gewannen. Für die venezolanische Arbeiterklasse macht es aber durchaus keinen Unterschied, ob ihre Imperialisten nun John oder Juan heißen, Kapitalismus bleibt schließlich Kapitalismus.⁷ Die Verstaatlichungen strategischer Betriebe müssen eher als strategische Maßnahme des ideellen Gesamtkapitalisten verstanden werden, denn als Schritt in Richtung

⁶Vgl. Tribuna Popular: Gobierno de Nicolás Maduro toma por asalto al Partido Comunista de Venezuela. 12.08.2023. URL: <https://prensapcv.wordpress.com/2023/08/12/gobierno-de-nicolas-maduro-toma-por-asalto-al-partido-comunista-de-venezuela/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

⁷Vgl. Fernando Rodríguez del Toro: El saqueo continuado de Guayana. In: Tribuna Popular 3035, S.14.

Sozialismus, ebenso die staatlich gelenkten Investitionen mit „Petrodollars“, das heißt Einnahmen aus dem Erdölgeschäft.⁸

Von dieser ohnehin recht dürftigen Ausgangsbasis entwickelte sich die PSUV noch weiter nach rechts. Mit der Beschleunigung der Kapitalakkumulation der venezolanischen Kapitalisten wuchs auch deren Einfluss in der PSUV, einer bürgerlichen Partei und dem venezolanischen Staat, einer Diktatur des Kapitals. Die Regierung Maduro ging mit den rechten Parteien in Wettstreit um die reaktionärsten Positionen, um sich dem nationalen und ausländischen Kapital, d.h. auch dem US-Kapital anzubiedern und als zuverlässigen Vertreter für deren Kapitalinteressen zu präsentieren.

Unter der PSUV wurde eine volksfeindliche Politik betrieben, wie sie in 40 Jahren die Regierungen der traditionellen Rechten in dieser Form nicht durchsetzen konnten. So wurden strategische öffentliche Betriebe privatisiert und die Arbeitsbeziehungen „dereguliert“, d.h. die Arbeiterrechte beschnitten.⁹ Nicht zuletzt zeigt sich auch im Erdölsektor die wahre Natur des venezolanischen „Antiimperialismus“. So ist zum Beispiel seit 100 Jahren der US-amerikanische Erdölkonzern Chevron in Venezuela präsent, konnte sich offensichtlich mit allen bisherigen Regierungen dort arrangieren und erweiterte 2022 sogar seine Geschäfte in Venezuela, nachdem die US-Regierung die entsprechende Erlaubnis erteilte.¹⁰¹¹

Während Revisionisten Venezuela gerne eine fortschrittliche Rolle beim „Kampf gegen den US-Imperialismus“ zusprechen wollen, muss klar gesagt werden, dass die Zurückdrängung eines imperialistischen Akteurs zugunsten eines anderen – sei es nun der chinesische, der venezolanische oder ein

⁸Vgl. Kommunistische Partei Venezuelas: Línea política del XVI congreso nacional del PCV. 16.07.2022. URL: <https://prensapcv.files.wordpress.com/2022/10/linea-politica-1.pdf> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

⁹Vgl. ebenda.

¹⁰Vgl. Fernando Rodríguez del Toro: Acuerdos con „la nueva Chevron“: 100 años de retroceso. In: Tribuna Popular 3034, S.12.

¹¹Vgl. Chevron: 100 years making history. Venezuela. URL: <https://www.chevron.com/worldwide/venezuela> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

beliebiger Imperialismus – nichts am Imperialismus als Weltsystem ändert und darüber hinaus der US-Imperialismus auch weiterhin in Venezuela präsent ist. Dies ist auch ganz klar, schließlich kann sich kein kapitalistischer Staat aus dem Weltmarkt und dem Netz imperialistischer wechselseitiger Abhängigkeiten befreien. Als ideeller Gesamtkapitalist vertritt der venezolanische Staat unter der PSUV folglich neben den Interessen der venezolanischen Kapitalisten auch Interessen US-amerikanischer und weiterer ausländischer Kapitalisten.

3. Entwicklung der PCV

Die Kommunistische Partei Venezuelas befand sich bis 2018 in einem Bündnis mit der PSUV¹² und ihr können in diesem Zusammenhang opportunistische Thesen vorgeworfen werden. Allerdings gelang es, die Partei wieder mehr und mehr auf einen klaren marxistisch-leninistischen Weg zu führen, sodass die Partei heute in scharfem Gegensatz zu den herrschenden bürgerlichen Parteien steht, nur den Sozialismus als Alternative zur herrschenden kapitalistischen Krise vertritt und wieder zu einer klassenkämpferischen Partei der Arbeiter wurde.¹³ Auch Thesen von einem „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ wurden als kleinbürgerliche Illusionen entlarvt.¹⁴

Auf dem XVI. Parteitag 2022 wurde schließlich die Linie der Konfrontation und Abgrenzung von der Politik der Regierung Maduro auch auf höchster Ebene beschlossen. In dem Zusammenhang der Repressionen ist vor allem zu berücksichtigen, dass diese mit der klareren Entwicklung der PCV einher

¹²Vgl. Zeitung der Arbeit: Oberster Gerichtshof setzt illegitime Führung in der Kommunistischen Partei Venezuelas ein. 13.08.2023. URL: <https://zeitungderarbeit.at/international/oberster-gerichtshof-setzt-illegitime-fuehrung-in-der-kommunistischen-partei-venezuelas-ein/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

¹³Vgl. Kommunistische Partei Venezuelas: Línea política del XVI congreso nacional del PCV. 16.07.2022. URL: <https://prensapcv.files.wordpress.com/2022/10/linea-politica-1.pdf> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

¹⁴Arniche Padrón: Ilusionismo pequeñoburgués: el „socialismo del siglo XXI.“. In: Tribuna Popular 3034, S.9.

gingen und besonders nach dem letzten Parteitag intensiviert wurden, auf dem die Partei erneut einen klareren Standpunkt einnahm.¹⁵

Im Kampf gegen den Revisionismus in der PCV kam es naturgemäß zu Ausschlüssen und Austritten von Revisionisten. So ist zum Beispiel der Anführer der PSUV-hörigen Schein-KP, Henry Parra bereits 2021 aus der PCV ausgetreten.¹⁶ Es ist aber durchaus anzunehmen, dass auch revisionistische Kräfte in der PCV verblieben sind, die die Situation nun nutzen können, um die Partei zu spalten.

4. Internationale Reaktionen

Bemerkenswert sind auch die internationalen Reaktionen auf die Repression der PCV. Bereits im Mai diesen Jahres gab es eine gemeinsame Stellungnahme gegen die Pläne der venezolanischen Regierung, die PCV zu unterdrücken, die von 58 kommunistischen Parteien und Organisationen unterzeichnet wurde, die zum größten Teil dem revolutionären Pol in der internationalen kommunistischen Bewegung zuzuordnen sind.¹⁷ Im Juli folgte dann ein offener Brief an den venezolanischen Präsidenten Maduro, der sich ebenfalls gegen die Repression wandte, der PCV die Solidarität aussprach und von 44 kommunistischen Parteien und Organisationen unterschrieben wurde.¹⁸

¹⁵Vgl. Tribuna Popular: Gobierno de Nicolás Maduro toma por asalto al Partido Comunista de Venezuela. 12.08.2023. URL: <https://prensapcv.wordpress.com/2023/08/12/gobierno-de-nicolas-maduro-toma-por-asalto-al-partido-comunista-de-venezuela/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

¹⁶Vgl. Tribuna Popular: ¿Quién es Henry Parra? 14.07.2023. URL: <https://prensapcv.wordpress.com/2023/07/14/quien-es-henry-parra-el-operador-del-psuv-que-solicito-la-intervencion-judicial-del-pcv/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

¹⁷Vgl. Solidnet: Joint Statement: Hands off the Communist Party of Venezuela. No to the plans to attack and ban the Communist Party of Venezuela! 22.05.2023. URL: <http://solidnet.org/article/Joint-Statement-Hands-off-the-Communist-Party-of-Venezuela.-No-to-the-plans-to-attack-and-ban-the-Communist-Party-of-Venezuela/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

¹⁸Vgl. Solidnet: Open letter of Communist and Workers' Parties to the President of Venezuela, Nicolás Maduro. 20.07.2023. URL: <http://solidnet.org/article/Open->

Wenig verwunderlich wiederholte schon im Vorfeld der jüngsten Eskalation die sogenannte „World Antiimperialist Platform“ (WAP), in der die antikommunistische PSUV eine entscheidende Rolle spielt, die Behauptung, die Leitung der PCV repräsentiere nicht ihre Mitglieder, was ihre Illegitimität impliziert: *„the PCV, whose rank and file have entered into strong contradiction with the leadership of their party.“*¹⁹

Solidaritätserklärungen mit der PCV in Reaktion auf das Urteil vom 11. August, d.h. die faktische Illegalisierung der Partei, liegen ebenfalls vor allem von Parteien des revolutionären Pols in der internationalen kommunistischen Bewegung vor, so von der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande, der Kommunistischen Partei Schwedens, der Kommunistischen Partei Mexikos, der Kommunistischen Partei Griechenlands, der Partei der Arbeit Österreichs, der Kommunistischen und der Arbeiterpartei Irlands sowie der Kommunistischen Organisation aus Deutschland. Lediglich die PCPE und die DKP, als Parteien die nicht zum revolutionären Pol gehören und z.B. in dem Krieg in der Ukraine eine der beiden imperialistischen Seiten unterstützen, erklärten ihre Solidarität. In der Stellungnahme der DKP ist jedoch die Rede davon, dass sich die PSUV-Regierung durch das faktische Verbot der PCV selbst schwäche, was ein falsches Verständnis des Charakters der PSUV und des kapitalistischen Venezuelas offenbart, welchen weiterhin Antiimperialismus gegenüber den USA und den westlichen Imperialisten unterstellt wird.²⁰ Die Revisionisten scheuen sich natürlich davor, die logische Konsequenz aus diesem Vorfall zu ziehen.

Das Schweigen von selbsternannten „Kommunisten“ und „Antiimperialisten“ wie der KPRF oder der „World Antiimperialist Platform“ zu der aktuellen

letter-of-Communist-and-Workers-Parties-to-the-President-of-Venezuela-Nicolas-Maduro/ (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

¹⁹Chilenische Kommunistische Partei (Proletarische Aktion): The political stance of the Communist Party of Greece ... a communist stance? 21.07.2023. In: Platform 2/2023. URL: <https://wapnews.org/?p=2591> (zuletzt abgerufen am 21.08. 2023).

²⁰Vgl. Deutsche Kommunistische Partei: Solidarität mit den Kommunistinnen und Kommunisten Venezuelas. 16.08.2023. URL: <http://solidnet.org/article/German-CP-Solidarity-with-the-Communists-of-Venezuela/> (zuletzt abgerufen am 21.08.2023).

Situation sagt über den Klassencharakter dieser Organisationen wohl mehr aus als jede Stellungnahme.

5. Schlussfolgerungen

Aus den Entwicklungen in und um Venezuela lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen:

- Ohne Sozialismus bzw. sozialistische Perspektive bleibt jeder sogenannte „Antiimperialismus“ tatsächlich im Imperialismus stecken, mit allem was dazu gehört, einschließlich der Repression von Kommunisten und Arbeitern.
- Revisionisten sind keine Genossen auf Abwegen, sondern dienen dem Klassenfeind. Sie verlassen in der Folge selbst die Grundlage der internationalen Solidarität.
- Auch die bürgerliche Demokratie garantiert Kommunisten keine Legalität. Sie ist kein erkämpfenswertes Etappenziel und Kommunisten müssen zu jeder Zeit auch auf den illegalen Kampf vorbereitet sein.

Ohne sozialistische Perspektive kann jede sogenannte „antiimperialistische“ Bewegung, wie der Chavismus in Venezuela, nur zur Stärkung einzelner Gruppen innerhalb der Bourgeoisie führen, zum Beispiel der „nationalen Bourgeoisie“ im Gegensatz zur ausländischen. Der Kapitalismus und seine innere Logik bleiben erhalten, ebenso wie die imperialistischen Verflechtungen und wechselseitigen Abhängigkeiten, auch an der Ausbeutung der Arbeiter ändert sich nichts.

Ohne qualitativen Sprung in den gesellschaftlichen Verhältnissen, bleibt natürlich auch der Staat, was er vordem war, nämlich ideeller Gesamtkapitalist. Als solcher vertritt er die Interessen der nationalen und ausländischen Kapitalisten und ist ein Werkzeug der Bourgeoisie im Klassenkampf zur Niederhaltung der Arbeiter. Die Unterdrückung der PCV, das heißt der Partei der Arbeiterklasse, ist insofern die logische Konsequenz eines sogenannten „Antiimperialismus“ ohne Sozialismus.

Der Revisionismus, der zum Beispiel zwischen verschiedenen Bourgeoisien qualitative Unterschiede unterstellt, zwischen einer nationalen und ausländischen Bourgeoisie, zwischen „imperialistischen Staaten“ und

„abhängigen Neokolonien“ etc. pp., geht im Namen einer angeblichen „Fortschrittlichkeit“, eines unterstellten „Antiimperialismus“ oder einem beliebigen anderen Vorwand Bündnisse mit der Bourgeoisie ein. Solche Bündnisse stehen der internationalen Solidarität der Kommunisten bzw. dem proletarischen Internationalismus entgegen.

Da der Revisionismus nichts anderes als der Einfluss des Klassenfeindes in der kommunistischen Bewegung ist, das heißt der bürgerliche Standpunkt in den kommunistischen Parteien, versteht es sich, dass dieser gewiss nicht die Stimme gegen die Repression von Kommunisten erhebt, die doch in seinem Sinne ist. Gerade durch ihr Schweigen haben sich die revisionistischen Parteien und Organisationen, allen voran die „World Antiimperialist Platform“ vollends vor der internationalen Arbeiterbewegung entehrt und offenbart, für wessen Interessen sie streiten. In einer Situation, in der eine kommunistische Partei, das heißt die ganze Arbeiterklasse eines fremden Landes unterdrückt wird, bleiben diese „Kommunisten“ still und rechtfertigen noch die Aggression des Klassenfeindes.

Schließlich beweisen die Geschehnisse in Venezuela auch, dass die bürgerliche Demokratie nicht etwa ein „kleineres Übel“ darstellt, bessere Kampfbedingungen oder gar Legalität garantiert, sondern ebenso wie jede andere bürgerliche Herrschaftsform die Diktatur der Bourgeoisie darstellt. Hieraus ergibt sich, dass die bürgerliche Demokratie kein Etappenziel im Kampf der Kommunisten bilden kann, sondern nur der Sozialismus die Arbeiterklasse von Unterdrückung befreit. Ebenso folgt hieraus, dass die heiligen Kühe der Legalität, des Erhalts des Parteienstatus etc. auf Illusionen beruhen und Kommunisten auch in bürgerlichen Demokratien neben den legalen stets auch die illegalen Kampfformen anwenden und entwickeln müssen, um auch auf einen Kampf in völliger Illegalität vorbereitet zu sein.

17. Juni 1953

Ursula Münch: Spurensicherung zum 17. Juni 1953

Vor 65 Jahren verbrachte ich an zwei aufeinander folgenden Tagen jeweils einige Stunden inmitten protestierender Bauarbeiter der Stalinallee, den aus Westberlin in den Osten strömenden "Aufstands"-Akteuren sowie zahlreichen Mitläufern oder Neugierigen und verfolgte aufgeregt die Ereignisse vor dem Haus der DDR-Ministerien an der Leipziger Straße.

Irgendwo auf den verschwommenen Fotos von den "Volksaufständischen" muss auch mein Haarschopf zu sehen sein, und am Montag, dem 16. Juni stand ich unserem mutigen Redner - dem vormaligen Bergmann, antifaschistischen Widerstandskämpfer und inzwischen DDR-Minister Fritz Selbmann sogar derart nahe, dass ich am Bund den Saumt seiner unüblicherweise gestreiften!! Unterwäsche wahrnahm. Alles andere war nicht spaßig, und der von ihm verkündete Regierungsbeschluss über eine Rücknahme der umstrittenen 10%igen Normerhöhung wurde kaum zur Kenntnis genommen.

Mein Mann und ich waren 1989 bereits Rentner und blickten auf ein erfülltes, obwohl keineswegs leichtes oder gar bequemes Leben zurück. Aber vor allem hatten unsere vier Kinder in der DDR nicht nur eine glückliche Kindheit und Jugend erlebt, sondern auch in den Jahren danach stets eine sichere Existenz und Perspektive gehabt.

Deshalb bin ich noch heute froh, dass ich zu den knapp 100 unbewaffneten jungen DDR-Bürger gehörte, die sich vom Zentralrat der FDJ Unter den Linden aus am Morgen des 17. Juni 1953 auf den Weg zum Haus der Ministerien machten.

Als wir ankamen, war der Platz noch leer, doch wir sahen den Demonstrationzug bereits von weitem in der Leipziger Straße heranrücken. Mir war unverständlich, dass unser wichtigstes Regierungsgebäude an diesem Tag völlig schutzlos lag. Die Fenster blieben geschlossen und nichts rührte sich, während wir uns mit verschränkten Armen bei den Händen fassten und zumindest die der Leipziger Straße zugewandte Ostseite des Platzes

abzusperren versuchten. Dies konnte nicht mehr als eine symbolische Handlung sein, denn wir Jungen und Mädchen bildeten lediglich eine leicht zu durchbrechende Kette, und der Rest des großen Platzes blieb offen. Es war danach ein beklemmendes Gefühl, als die protestierenden Massen unaufhaltsam näherkamen. Alles schien möglich. Doch dann schwenkte der Zug unmittelbar vor dem zwar schwachen, aber standhaften Hindernis zur Seite, lenkte um unsere offene linke Flanke herum und kam auf der Kreuzung Leipziger-/Otto-Grotewohl-Str. zum Stehen. Bald waren die umliegenden Straßen ebenfalls von nachrückenden Demonstranten besetzt. Sie strömten nun auch aus westlicher Richtung heran. Erstaunlicher Weise blieb der zuvor durch uns halbseitig abgesperrte Platz aber selbst dann noch weiträumig frei, als wir von der Menschenmenge allmählich aufgesogen und voneinander getrennt worden waren. Auf unserer Seite soll es dabei mindestens einen Verletzten gegeben haben.

Längst ist vor allem aus dem Selbstzeugnis des damaligen RIAS-Chefredakteurs Egon Bahr klar, dass man von Westberlin aus versuchte, die als Streiks gegen Normerhöhung begonnenen Ereignisse durch pausenlosen Einsatz des Senders und im stillschweigenden Verbund mit Geheimdiensten, der berüchtigten "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", Ostbüro der SPD, alten und jungen Faschisten sowie kriminellen Randalierern, Schlägern, Plünderern, Brandstiftern und sogar Mördern zum ersten Regime Change der sozialistischen Länder Europas hoch zu putschen.

Dafür wurde sogar der ohnehin permanent gefährdete Frieden aufs Spiel gesetzt. Der deutsche Sozialdemokrat Egon Bahr musste erst von seinem US-amerikanischen Führungsoffizier gefragt werden, ob er denn den 3. Weltkrieg auslösen wolle, bevor er die offenen Aufforderungen zum Aufstand gegen die Regierung der DDR einstellte. Aber der Westberliner DGB-Vorsitzende Ernst Scharnowski und andere sprangen gern für ihn ein. Außerdem schickte der unverändert zielstrebige RIAS 70 bis 75 Westdeutsche und Westberliner am Abend des 16. Juni in die Bauarbeiter-Wohnunterkünfte der Stalinallee, um den organisatorischen Ablauf des Folgetages zu sichern. "Es sollte sich dann alles von Berlin aus wie ein Lauffeuer ausdehnen", berichtete Jahrzehnte später eine der Agitatorinnen dem diensthabenden Museumswächter - rein zufällig einer der Unseren. Doch sie hatte Westberlin leider befehlsgemäß am

17.6.1953 früh um 6 Uhr aus "Sicherheitsgründen" mit dem Flugzeug verlassen und konnte sich nur aus der Ferne über den anfänglichen Erfolg ihrer Bemühungen freuen.

Nach dem Anschluss der DRR an die BRD verfolgte ich mit wachsender Empörung die Lügenpropaganda von Politik und Medien zum damaligen Geschehen. Denn allein schon die Darstellung der Ereignisse in Berlin und speziell vor dem Haus der Ministerien entsprach nicht der Wahrheit.

Weshalb ich mich Mitte der 90er entschloss, meine Altersruhe für einige Jahre zu unterbrechen, um gemeinsam mit anderen Zeitzeugen den Verfälschungen der historischen Wahrheit entgegenzutreten.

Dazu gründeten wir die unabhängige Autorengemeinschaft "So habe ich das erlebt".

Anderweitige Unterstützung hatten wir nicht. Und obwohl sämtliche Fäden bei mir zusammenliefen, ich das Gesamtmanuskript erarbeiten, in Berlin und Umgebung auch eigene Recherchen anstellen sowie ständig allerhand Probleme mit Autoren, Verlag und Archiven klären musste, blieb ich ausnahmslos auf Schreibmaschine, Telefon, Post, öffentliche Verkehrsmittel - und meine allmählich streikenden Beine angewiesen.

Unser erstes Buch "Spurensicherung - Zeitzeugen zum 17. Juni 1953" erschien im Jahre 1999 im GNN-Verlag Schkeuditz, und unter Berücksichtigung unserer damaligen Bedingungen bin ich mit den Ergebnissen zufrieden.

Der nachfolgende Link führt zum Eisensee-Report "Funkstudio Stalinallee" dem aussagestärksten Text unseres Gemeinschaftswerkes. Dieses kann von dort aus vollständig durchgeblättert werden. <http://www.spurensicherung.org/texte/Band2/eisensee.htm#top>

Besonders aufschlussreich sind außerdem die Texte:

- Einleitende Bemerkungen (Erkenntnisse und Meinungen des Redaktionskollektivs)
- Hintergründe des 17. Juni 1953 (Fakten zur Einflussnahme der sowjetischen Partei- und Staatsführung)

- Jetzt warfen die Leute Steine auf sie (Augenzeugenbericht aus Berlin)

Zum Glück fanden sich danach jüngere Nachfolger für die anfangs durch mich ausgeübte Koordinierungsfunktion. Ihrem unermüdlichen Einsatz ist es zu verdanken, dass mittlerweile 19 Bände der Buchreihe "Spurensicherung/Spuren der Wahrheit" existieren, in denen hunderte frühere DDR-Bürger - alte, aber auch zunehmend jüngere - auf mehreren tausend Seiten über ihre Erfahrungen in unserem untergegangenen Land berichten: überwiegend positiv und dankbar, aber zugleich auch kritisch und selbstkritisch.

Bekanntlich gehört die auf Beschluss der Warschauer Vertragsstaaten im August 1961 errichtete "Mauer" zu den beliebtesten "Delegitimierungs-Argumenten" gegen die DDR. Doch: "Ohne Mauer hätte es Krieg gegeben" lautet nicht nur der Titel eines Buches des früheren DDR-Verteidigungsministers Heinz Keßler, sondern auch eine sinngemäße Äußerung des damaligen US-Präsidenten J. F. Kennedy. Und hätte die Mauer bereits 1953 existiert, wären jene fernen Junitage sicher weitaus friedlicher verlaufen.

Zu dieser Überzeugung gelangte ich bereits nach Lektüre des Eisensee-Reports, in Kenntnis der ebenfalls von uns beschriebenen Putsch-Agitatoren-Aktion des RIAS sowie Berichten unserer Autoren, wonach ähnliche Typen damals auch in andere Orte der DDR einfielen, da sie ungehindert die Grenze passieren konnten.

Bestätigt fand ich meine Auffassung dann in einer Bildreportage des BRD-Journalisten Lutz Lehmann für den Hamburger Rundfunk aus dem Jahr 1973, auf die ich nach Erscheinen unseres Buches aufmerksam wurde.

Denn die in der Sendung publizierten Augenzeugenberichte von Erich Onasch und Helmut W. Sonntag, beide als westdeutsche bzw. westberliner Wochenschaukameraleute vor Ort, lassen keinen Zweifel, woher die jungen Leute von "zwölf bis fünfundzwanzig" kamen, die dort randalierten ... und Feuer legten ... speziell im Columbushaus und im ehemaligen Café Vaterland. ... Alle aus Westberlin." Und die Brandflaschen? "Es war wohl auf jeden Fall eine russische Emigrantorganisation, die dann da vieles verteilte ... Flugblätter, Benzinkanister oder Brandflaschen und Stöcke und ähnliche

Dinge. Also ... wer sich bedienen wollte, konnte von dort irgendwelche Dinge abholen."

Im weiteren Verlauf der Sendung stellen die Redakteure dem BRD-Journalisten Hans-Georg Schulz - damals durch enge Kontakte mit der Organisation Gehlen (Vorläuferin des BND) verbunden - die Frage nach der Rolle antikommunistischer Organisationen und Geheimdienste, die zu jener Zeit von Westberlin aus agierten und dazu problemlos auch die offene Grenze nutzen konnten. Dieser bestreitet zwar entsprechende Aktivitäten der Organisation Gehlen, (obwohl er zugibt, dass sie natürlich ihre Leute "drüben" hatte), bestätigt jedoch "Einstiegsversuche westberliner Untergrundorganisationen. Deren Anzahl habe bei "etwa vierzig" gelegen, "von kleinen Splittergruppen abgesehen, die gab's natürlich zu Hunderten."

Zwei damalige Streikteilnehmer bestätigen, dass die Arbeiter vor allem "gegen die Normen" und für ihren Lohn auf die Straße gingen und nicht, um die DDR zu beseitigen. "Das war kein Aufstand als solcher, das war, ... wie man hier in Westdeutschland sagen würde, ein Streik."

Prof. Arnulf Bahrning stellte zum Anlass der Streiks sogar fest: "... dass diese zehnprozentige Normerhöhung weder willkürlich noch ungerechtfertigt war. ... Man kann sagen, dass die Normen damals in der DDR sehr niedrig waren in vielen Bereichen ..." Allerdings " ... in einem Augenblick, wo man allen anderen, auch den so genannten kapitalistischen Schichten der Bevölkerung Zugeständnisse machte, das außerordentlich deplatziert war."

Keineswegs zufällig tauchten damals an vielen Orten der DDR die gleichen Parolen - u. a. zum Sturz der DDR-Regierung - auf, denn sie waren mit Hilfe des RIAS erarbeitet und verbreitet worden.

Damit entsprach die Rolle Westberlins auch in jenen Tagen den über Jahrzehnte geäußerten Vorstellungen seiner Regierenden Bürgermeister. Die Herren Reuter, Suhr und Brandt rühmten es wahlweise als billigste Atombombe, Frontstadt, Pfahl im Fleisch der DDR ...

Die Zahl der Todesopfer des Juni 1953 wurde von Politik und Medien der Bundesrepublik lange Zeit mit 507 angegeben und erst 2004 auf 55 reduziert.

Nach Mitteilung der Bundeszentrale für politische Bildung sind in dieser neuen Zahl allerdings auch fünf Angehörige der DDR-Sicherheitsorgane, zwei Volkspolizisten und ein MfS-Mitarbeiter sowie der von einer wütenden Menge erschlagene Mitarbeiter eines Betriebsschutzes und ein versehentlich von sowjetischen Soldaten erschossener Volkspolizist enthalten.

Weiter heißt es: "Wegen angeblicher Befehlsverweigerung sollen in Berlin und Biederitz bei Magdeburg angeblich 41 sowjetischen Soldaten erschossen worden sein. Dazu konnten bisher keine gesicherten Hinweise gefunden werden. Dem aktuellen Forschungsstand zufolge handelt es sich um eine Legende des Kalten Krieges."

Professor Arnulf Bahring antwortete in der bereits weiter oben zitierten Sendung des Hamburger Rundfunks auf die Frage nach dem Vorgehen der Sowjetarmee: "... Ich würde sagen, dass die Sowjetunion insgesamt sehr vorsichtig und umsichtig ein Ende gesetzt hat, wenn man überhaupt von einem Aufstand in dem Augenblick reden will, wo die sowjetischen Panzer eingriffen..."

Ein weiterer Kommentar beschreibt den Versuch des sowjetischen Stadtkommandanten Dibrowa, von einem Panzer aus zu den Massen zu sprechen. Leider wird ihm kein Gehör geschenkt.

Später, am Potsdamer Platz, werden die sowjetischen Kampfwagen direkt angegriffen, "wurde Mann gegen Panzer gekämpft".

"Doch die Szenen zwischen Todesmut und Leichtsinn an der Grenze zwischen Ost- und Westberlin", heißt es dann im Bericht, "hatten kaum noch Beziehung zur Protestbewegung der Arbeiter von der Stalinallee. ...

Als ... am Potsdamer Platz Schüsse fielen, wurden sieben Personen tödlich verletzt. Sechs von ihnen waren Westberliner."

Der in unserem Buch enthaltene Bericht über den beispiellos brutalen Lynchmord an dem Rathenower Wilhelm Hagedorn verweist auf einen weiteren Aspekt der offenen Grenze.

Sein Anführer soll Mitglied der SA sowie führender Funktionär des Reichsluftschutzbundes in Rathenow gewesen sein. Offenbar entging der

Verbrecher seiner Verhaftung, indem er sich rechtzeitig nach dem Westen absetzte. Und er war nicht der Einzige, der auf diese Weise davorkam.

Zu den Legenden um den "Volksaufstand" gehört bekanntlich auch der Versuch, ihn als Meilenstein auf dem Weg zur Einheit Deutschlands zu feiern.

Dagegen nannte der bekannt westdeutsche Professor Löwenthal den 17. Juni 1953 eine "verpasste Chance der westlichen Politik" und erläuterte dies in der hier bereits mehrfach genannten Sendung des Hamburger Rundfunks:

„Die verpasste Chance war nicht so sehr der 17. Juni selbst, wie die Wochen zwischen dem Tod Stalins und dem 17. Juni.“

Prof. Löwenthal verwies darauf, dass die neue sowjetische Führung in dieser Zeit - um die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO zu verhindern - "nach indirekten Beweisen" zu Verhandlungen über die Einheit Deutschlands - auch unter Aufgabe der DDR - bereit war, aber weder Dulles noch Adenauer auf solche Signale reagieren oder selbst Verhandlungen vorschlagen wollten. Nach den Juniereignissen "entschied sich in Moskau die Abkehr von diesem Versuch. Und insofern beendete der Verlauf des 17. Juni diese Chance."

In Kenntnis dieser Umstände erscheint mir sogar das in unserem Buch (Artikel: "Hintergründe des 17. Juni 1953") beschriebene Verhalten der Moskauer Führung nicht als zufällig, obwohl es weder fair gegenüber den leitenden DDR-Funktionären noch einer Entschärfung der Situation dienlich war, sondern im Gegenteil erhebliche Verwirrung stiftete.

Mein Vorschlag an die Öffentlich-Rechtlichen zu jedem weiteren Jahrestag der Ereignisse wäre, einfach diese Sendung aus der Mottenkiste zu holen, anstatt neue Geschichtsklitterungen zu produzieren und dazu ganz ungeniert auch mal dem einen oder anderen Zeitzeugen völlig sinnentstellend das Wort im Munde umzudrehen, wie es dem 1916 in Bremen geborene Oberingenieur Otto Pfeng - 1953 Oberbauleiter der Stalinallee - erging.

Wer den Eisensee-Report liest, lernt ihn als hoch anständigen Menschen kennen, und ich kann diesen Eindruck nur bestätigen. Zu seinem "Weg in die DDR" schrieb er: "DDR-Bürger wurde ich ohne mein Zutun" - weil er zufällig in Ostberlin wohnte - , machte auch in "Leben in der DDR" keinen Hehl daraus, dass mit der Grenzschießung am 13. August 1961 für ihn

schmerzliche familiäre Probleme verbunden waren - und verteidigte sie in Kenntnis der damaligen Lage dennoch als zwingend notwendig.

In unserem Buch zum 17. Juni 1953 ist er Kronzeuge für die Authentizität des Eisensee-Reports und vermittelte uns außerdem den Kontakt zur bewundernswerten Isi Henselmann, die ihn ebenfalls bestätigte und durch einen eigenen Text ergänzte.

Und dann passierte ausgerechnet ihm, dass er nach Veröffentlichung unseres Buches von irgendwelchen üblen TV-Machern zum Interview gebeten wurde. Wonach man seine Aussagen derart geschickt zurechtschnitt, dass sich ihr Inhalt ins Gegenteil verkehrte und schließlich den politischen Vorgaben für die Darstellung des "Volksaufstandes" entsprach.

Nach Ausstrahlung der Sendung rief er mich voller Empörung an und ließ sich danach gewiss nicht wieder übertölpeln.

Die Frage, wie es vermutlich um ihn selbst, seine Familie, Deutschland, Europa und die Welt heute bestellt wäre, hätte der "Volksaufstand" vom 17. Juni 1953 damals zum Erfolg geführt und eine unvermeidliche Kettenreaktion in anderen sozialistischen Ländern ausgelöst, sollte sich jeder ruhig mal stellen. Die Antworten werden unterschiedlich bis krass gegensätzlich ausfallen.

Ich persönlich bin sehr froh über den historischen Zeitgewinn für mich, meine Familie, Ost- wie Westdeutsche, alle Europäer und die gesamte Menschheit.

Antifaschismus

Hans Christoph Stoodt: Thesen zur Aktualität des Antifaschismus

Mit einer Vorbemerkung zur Diskussionslage von Hans Christoph Stoodt.

Für Eden-Benjamin und seine Eltern Annalena und Mathis zum 1.7.2023

Zur aktuellen Diskussionslage

Faschismus und Antifaschismus sind aktuell in der Diskussion. Aus guten Gründen. Ulrich Schneider hat sich im Lauf seines Artikels „Nachdenken über antifaschistische Bündnispolitik“ (Schneider, 2023, S. 34f) auf eine bereits 2016 ausgetragene Kontroverse bezogen, und dabei namentlich Jürgen Lloyd und mich kritisch erwähnt.

Gerade weil er aus meiner Sicht keinerlei neue Argumente gegen die von ihm kritisierten unterschiedlichen Positionen beiträgt ist es auf den ersten Blick erstaunlich, daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt diese ältere Debatte noch einmal aufgreift. In ähnlicher Weise kann man die zum Teil heftigen Reaktionen von Ulrich Sander und Thomas Willms auf einen Artikel von Manfred Sohn zum selben Thema lesen und sich fragen, warum gerade jetzt und mit solcher Energie Fragen der Faschismusanalyse und der antifaschistischen Bündnisarbeit strittig diskutiert werden (Sohn 2023, Sander 2023, Willms 2023).

Ich vermute, hinter diesem Vorgang steht zum einen die gemeinsame Wahrnehmung, daß die seinerzeitige Debatte nicht zufriedenstellend zum Abschluss gebracht wurde, sondern eher ergebnislos versandete. In ihren Kontext gehören zum einen der Dissens zu einem heute angemessenen Verständnis der vielzitierten Faschismusanalyse des VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 (Stoodt 2017, Brenner 2017, Spanidis 2017), zum anderen Dissense in der Analyse des heutigen Imperialismus, die in der Frage des Ukrainekrieges nicht mehr in ihrem latenten Zustand verbleiben konnten, sondern nun voll zum Ausbruch gekommen sind (Beispiele: Stoodt 2016, Stoodt 2022) und nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung und darüber hinaus zu einer heftigen Debatte geführt haben, die zu ernststen Zerwürfnissen führte und führt.

Zum ändern nehmen wir wohl jenseits dieser Auseinandersetzungen gemeinsam und wie viele andere offenbar war, daß es in beiden eng miteinander zusammenhängenden politischen Feldern Faschismus/Antifaschismus und Imperialismus/Antiimperialismus weiterhin Klärungsbedarf in praktischer und theoretischer Hinsicht gibt. Diese

Wahrnehmung speist sich aus der für uns alle ungelösten praktischen Frage, wie wir dem aufsteigenden Faschismus im eigenen Land und international etwas entgegensetzen können, ohne eine zufriedenstellende Antwort auf die Frage geben zu können: wie, mit wem und mit welchen Erfolgsaussichten?

Hier stehen sich, vereinfacht gesagt, zwei Positionen gegenüber. Die Position derjenigen, die aus ihren Gründen meinen, „Alle gemeinsam gegen die AfD“ sei das Gebot der Stunde – und solche, die eine solche Haltung schon immer als verkürzt empfanden; diejenigen, für die Antifaschismus vor allem eine sozusagen strukturell defensive Aufgabe der Verteidigung der erkämpften demokratischen Standards ist und andere, die unter Antifaschismus darüber hinaus auch offensiv den Kampf für solche strukturellen Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen sehen, die Faschismus letztlich als Möglichkeit ausschließen. Gemeinsam ist beiden Seiten, daß sie mit dem Faschismus als Möglichkeit und Bedrohung rechnen – was auch immer darunter verstanden (und oft genug auch unterschiedlich buchstabiert) wird. Zu dieser Diskussionslage (die, was alles noch komplexer macht, ein globales Phänomen ist, weil sie auf globale Entwicklungen reagiert), möchte ich im Folgenden aus meiner Sicht Stellung nehmen.

Arbeitsdefinition Faschismus/Antifaschismus

Ich gehe von der Definition des Faschismus aus, die 2018 bei Gründung der Kommunistischen Organisation als Bestandteil ihrer Programmatischen Thesen beschlossen wurde (Kommunistische Organisation 2018, S. 11-13). Sie greift die als richtig anerkannte bekannte Faschismusdefinition der Komintern auf und weist konkurrierende Positionen zurück. Sie versteht Faschismus als Bewegung der reaktionärsten, chauvinistischsten, terroristischsten Kreise des Finanzkapitals, und, an der Macht, als „Herrschaft des Finanzkapitals selbst“ (Dimitroff 1935, S. 525f). Sie benennt allerdings auch die Problematik, daß die von Georgi Dimitroff im August 1935 vorgetragene Differenzierung von Positionen des nicht-monopolistischem Kapitals zum Finanzkapital und innerhalb des letzteren als herrschender Klasse zu einer Rezeption dieser Analyse geführt hat, aufgrund der es in der kommunistischen Bewegung später zu problematischen Vorstellungen über Bündnismöglichkeiten mit Teilen der Bourgeoisie auch über den

antifaschistischen Kampf hinaus gekommen ist (S. 11; vgl. zu dieser Kritik auch Spanidis 2016 und Stoodt 2017).

Allein schon die Rücknahme der Volksfrontlosung durch das EKKI einschließlich entsprechender Direktiven an ihre Sektionen im September 1939 spricht hier eine deutliche Sprache und zeigt die ursprünglich als begrenzt verstandene, taktische Losung der antifaschistischen Volksfront im Unterschied zur Einheitsfrontstrategie der Komintern, wie sie in ihrem Programm des VI. Weltkongresses 1928 beschlossen worden war und deren Erfolg nach der Auflösung der Komintern im Mai 1943 nicht mehr angemessen diskutiert und eingeschätzt werden konnten (Stoodt 2020).

Diesem Faschismusverständnis entspricht das hier zugrunde gelegte Verständnis von Antifaschismus: „Nur ein Antifaschismus, der die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse als Grundlage des Faschismus bekämpft, kann mehr als nur Symptombekämpfung betreiben. Die illusionäre Vorstellung, der Faschismus sei eine der bürgerlichen Demokratie absolut entgegengesetzte Herrschaftsform, läuft auf die Verteidigung des Kapitalismus in seinen weniger autoritären Varianten hinaus und unterminiert damit letzten Endes auch den antifaschistischen Kampf.“ (Kommunistische Organisation 2018, a.a.O.)

Dies alles zur Diskussionslage vorausgeschickt – hier meine Thesenreihe zur aktuellen Lage.

1. Weltweit, in Europa und in der Bundesrepublik sind seit längerem die Rechtskräfte auf dem Vormarsch. In vielen Wahlen zB. stellt sich nur noch die Schein-Alternative, Liberal-Konservative oder mehr oder weniger offen auftretende faschistische Kräfte an die Macht zu wählen.
2. Auch wenn das in Deutschland derzeit noch anders zu sein scheint: wer gehofft haben sollte, die Ampelkoalition sei das kleinere Übel gegenüber einer noch rechteren Regierung gewesen, wird eines schlechteren belehrt. Wie schon oft gab es einen Machtwechsel von einer zur anderen Variante parlamentarischer Macht genau in der kritischen Phase eines internationalen/nationalen Umbruchs - und die Hoffnungsträger*innen von vorgestern sind nun zum soundsovielten Mal die Enttäuschung von gestern und die Bedrohung von morgen für viele. Dass nach den Erfahrungen mit

SPD, GRÜNEN und FDP, die gerade derzeit in der Frage von Krieg, GEAS, Klimapolitik gemacht werden – von den völlig marginalisierten Politikfeldern Bildung, Care, demokratischer Fortschritt, ganz zu schweigen –, noch jemand Hoffnungen auf eine künftige r2gRegierung setzt, wäre Ausdruck extrem unrealistischer Vorstellungen.

3. Auf dem Vormarsch sind auch hierzulande die Rechtskräfte, und zwar keineswegs nur in der AfD: eine unter anderem in Planungsstäben der „Münchener Sicherheitskonferenz“ seit langem vorbereitete, dann aber führend von der Sozialdemokratie im Februar 2022 unter Nutzung des russischen Überfalls auf die Ukraine blitzartig durchgesetzte Militarisierung in ungekanntem Ausmaß (Olaf Scholz, „Zeitenwende“), eine gemessen an den Notwendigkeiten lähmende Untätigkeit in der Klima-, Energie und Mobilitätsfrage, aggressive Hetze gegen Klimagerechtigkeitsaktive, Linke und Antifaschist*innen aller Couleur, der vorläufige Abschluss einer EU-Migrationspolitik, die noch mehr mörderische Konsequenzen haben wird als die bisherige – für all solche Entwicklungen steht nicht nur die AfD, sondern alle im Bundestag und den Landesparlamenten vertretenen Parteien außer der LINKEN, die allerdings leider mehr als genug mit sich selbst beschäftigt ist.

4. Diese Entwicklung ist nicht zuerst einer Mentalitätsverschiebung nach rechts zuzuschreiben, so sehr diese im langfristigen Trend überdeutlich ist und die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Machtverschiebungen widersprüchlich reflektiert. Sie ist vielmehr das Ergebnis des perspektivlosen Hinausschiebens von objektiv notwendigen Entwicklungen weiterer Vergesellschaftung und gesellschaftlicher Kontrolle, an deren progressiver Lösung die herrschende politische Kraft des Landes, die Monopolbourgeoisie, kein Interesse haben kann – in der Bundesrepublik wie international. Der Sinn dieses reaktionären Megatrends imperialistischer Gesellschaften besteht letztlich darin, nach dem vorläufigen Ende der sozialistischen Systemalternative mit dem damit angeblich erreichten „Ende der Geschichte“ nun vor dem unübersteigbar scheinenden Gebirge einer bedrohlichen Fülle im Rahmen der bürgerlichen Ordnung nicht lösbarer Probleme dazustehen - und zugleich auf keinen Fall zulassen zu wollen, daß nach Lösungen jenseits der kapitalistischen Anarchie von Privateigentum, Warenproduktion, Aggression nach Außen und Reaktion nach Innen gesucht wird.

5. Zentrale Politikfelder, auf denen das zu erkennen ist, sind:

- Krieg und Frieden, Steigerung der Rüstungspolitik bei gleichzeitiger Spaltung der Friedensbewegung
- Klima, Energie, Verkehr, Bauwesen
- eine angemessene Ausgestaltung des gesamten Reproduktionssektors (öffentliche Bildung, Gesundheit, Pflege, soziale Begleitung und Rehabilitation)
- die rassistische Abwehr von Migration bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel in den imperialistischen Zentren
- dramatisch steigende soziale Ungleichheit, wobei diese Aufzählung nicht vollständig für alle drängenden Probleme sein soll, sondern mE. für die hier diskutierte Frage massivsten sind.

Diese Problemfelder durchdringen und überlagern einander. Sie sind in unterschiedlicher Weise zeitkritisch (Klima, Krieg). Ihre Mischung und gleichzeitige, aber unterschiedlich schnell verlaufende Eskalation macht eine umfassende und tiefreichende gesellschaftliche Krise unvermeidlich. Deren Höhepunkt ist noch nicht abzusehen.

Objektiv wären Probleme wie das des Welthungers bei gleichzeitiger weltweiter Nahrungsmittelüberproduktion (zB. Ziegler 2002, Ziegler 2021) oder das der heranrollenden globalen Klimakatastrophe mit den weltweit vorhandenen Ressourcen lösbar, wenn zB. wenigstens das mit dem Pariser Klimaschutzabkommen international beschlossenen Minimalprogramm realisiert würde.

Sie sind es aber offenbar nicht im Rahmen der durch das imperialistische Weltsystem existierenden Machtverhältnisse, die den eigentlichen Zusammenhang von Krieg, Hunger, Klimakatastrophe: die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, zur Not gewaltsam garantieren – zugleich immer auch im Kampf des einen Imperialismus gegen den anderen. Denn auch ein „multipolares“ imperialistisches Weltsystem trägt jederzeit die Gefahr eines eskalierenden militärischen Konflikts in sich „wie die Wolke den Regen“. Andererseits: werden objektiv erforderliche und mögliche Maßnahmen wie

die oben erwähnten nicht sehr bald durchgesetzt, droht z.B. in der Klimafrage das Überschreiten von Kipp-Punkten und damit die irreversible Gefährdung weiter Teile der bisherigen Grundlagen menschlichen Lebens und seiner Zivilisationen (Spanidis / Schulze / Camillo / Stoodt 2019, Stoodt 2019, Stoodt 2021, IPCC 2021).

Mit anderen Worten: die Lösung dieser und anderer Fragen (z.B. der Biodiversität) ist, schärfer als zuvor, in hohem Maß zeitkritisch. Jenseits der nur noch wenige Jahre entfernte Kipp-Punkte drohen langfristig unumkehrbar Verhältnisse, wie sie sich heute nur Autor:innen dystopischer Romane vorstellen können.

Diese Aporie gilt es klar zu sehen: die notwendigen Schritte zur Verhinderung vielgestaltiger globaler Katastrophen können bei Strafe des Untergangs der in vielerlei Form und Entwicklungsniveau dennoch gemeinsamen kapitalistischen, imperialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Staaten offenbar nicht oder nicht rechtzeitig gelöst werden. Damit sind wir global in einer Situation, in der „der wachsende Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen sich zwangsläufig darin äußert, dass die Produktivkräfte auch im Verhältnis zu den natürlichen Lebensbedingungen zunehmend den Charakter von Destruktivkräften annehmen, weshalb eine Verschlimmerung der ökologischen Problematik gesetzmäßiges Resultat der kapitalistischen Entwicklung ist.“ (Spanidis 2019)

Der Imperialismus als in sich widersprüchliches Weltsystem wird in dieser Lage um seine Existenz kämpfen – bis zum drohenden Untergang der menschlichen Zivilisation.

Mit diesem Befund steht mittelfristig beileibe nicht nur, aber auch die Frage des Überlebens der bürgerlichen Demokratie auf der Tagesordnung. Diese Situation stellt den aktuellen Rahmen für Faschismus und Antifaschismus dar.

6. Der Zusammenhang und die gemeinsame Wurzel der genannten Politikfelder ist, wie bereits gesagt, die Produktionsweise des Kapitalismus in ihrem imperialistischen Stadium. Hier, in den Interessen der heute Herrschenden, liegt der eigentliche Grund für die letztlich das Überleben der

menschlichen Zivilisation, wie wir sie kennen, in Frage stellenden Blockaden zur Lösung zentraler gesellschaftlichen Fragen.

Faschismus bringt zwar in verheerendem Ausmaß Haß, Verachtung, Konkurrenz, Misogynie und Homophobie, Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Antikommunismus, Islamophobie und so weiter zum Ausdruck. Aber seine letzte Wurzel sind nicht Mentalitäten, falsches Bewusstsein, oder gar Facetten der menschlichen Natur. Faschismus ist eine Form bürgerlicher Herrschaft (R. Kühnl 1971), die eben zu ihren Regeln gewaltsam „weiter so“ machen will, obwohl genau das objektiv nur zu schrecklichen Kosten für Natur und die Gattung Mensch möglich ist.

7. Bisher konnte man zu Recht sagen: solange es die bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat in ihrer heutigen Verfasstheit gibt, gibt es darum auch die Möglichkeit des Faschismus, gibt es faschistische Stimmungen, Mobilisierungen und Bewegungen oder auch die Gefahr der Machtübertragung an Faschisten. Sie bringen in letzter Instanz immer die Interessen der Herrschenden zum Ausdruck und haben die Funktion, deren defensiven oder offensiven Interessen gegen jeden inneren und äußeren Widerstand durchzusetzen. Dafür bedienen sie sich nicht zuletzt der Formierung von gesellschaftlichem Bewusstsein in ihrem Sinn, wo nötig aber auch der offenen Gewalt.

Ob sie allerdings dazu in der Lage sind, hängt vom jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, vom Stand der antifaschistischen Bewegung ab. Zu dieser historischen Grundfunktion kommt inzwischen jene weitere hinzu, wächst aus ihr heraus wie aus dem „fruchtbaren Schoß“ (Brecht), die der Menschheit gewaltsam den Untergang androht, sollten die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht im Rahmen der bürgerlichen „Ordnung“ bleiben.

8. „The essence of Fascism is the endeavour violently to suppress and overcome the ever-growing contradictions of capitalist society.“ - “Das Wesen des Faschismus besteht im Versuch, die ständig wachsenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft gewaltsam unter Kontrolle zu halten.“

Das schrieb bereits 1934 der britische Marxist indischer Herkunft und hochrangige Exponent der Komintern Rajani Palme Dutt (Palme Dutt 1934 / 1972). Auf heute und morgen übertragen: ein „Weiter so!“ nicht nur, besonders aber in den genannten Politikfeldern, lässt sich im Rahmen bürgerlicher Gesellschaften weltweit auf die Dauer nur noch gewaltsam und mit Terror von Oben absichern oder durchsetzen: eben faschistisch.

9. Faschistische Gewalt ist vielgestaltig und auf allen Ebenen möglich, ihre Übergänge zur nichtfaschistischen imperialistischen Herrschaft jederzeit fließend: Desinformation und Fake-News, Hetze und Ablenkungsmanöver, Bewusstseinsindustrie, Brot-und-Spiele-Politik, staatlich alimentierte Schlägertrupps und Mordbanden à la NSU, Polizei, Armee, Gesetzesverschärfungen, Ausnahmezustand usw. Auf all diesen Gebieten gibt es hier und heute mehr als nur Anfangstendenzen.

Entsprechend der Natur des Faschismus an der Macht als „Herrschaft des Finanzkapitals selbst“ (Dimitroff 1935) sind die Übergänge zwischen bürgerlichdemokratischen und faschistischen Verhältnissen fließend, damit aber auch immer von beiden Seiten beeinflussbar: den an faschistischer Durchsetzungsmacht Interessierten und den antifaschistischen Gegenkräften.

Auf der ideologischen und kommunikativen Ebene lassen sich faschistischen Gewaltformen auf zwei Wurzeln zurückführen: die herrschaftssichernde Notwendigkeit formierten Bewußtseins als Voraussetzung für Ruhe an der Heimatfront (Lloyd und Pillardi 2021) und den weitverbreiteten Irrationalismus als „adäquate Bewusstseinsform der imperialistischen Gesellschaft“ (Metscher 2010, S. 369 - 376).

Neben diesen alltagsdurchdringenden ideologischen Gewaltformen – Gewaltformen, weil sie bewusst und interessegeleitet kontrafaktisch Sachverhalte behaupten und im Massenbewusstsein durchzusetzen versuchen, was seit Joseph Goebbels ein zielgerichtet eingesetztes Instrument faschistischer Massenbeeinflussung war (Goebbels 1942) - spielen täglich und überall ökonomische und außerökonomische Gewalt eine zunehmende Rolle: vom Jobcenter bis zur „Bürgerwehr“, von Polizeigewalt bis zum drohenden Nuklearkrieg, von der Duldung und „Normalität“ patriarchaler Gewalt und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hin bis zu

rassistischer Gesetzgebung und ausdrücklich NS-faschistischer Netzwerke in Polizei, Armee und Politik.

10. Wer, wie kürzlich CSU, FDP, Bayernpartei und AfD in Erding vorgeführt haben, der Bevölkerung verspricht, es könne alles bleiben, wie es ist, spricht nicht laut aus, sagt aber unausgesprochen nicht minder klar: „das alles können `wir´ uns leisten, weil es so in `unserem´ Interesse liegt, und wir keinerlei Zugeständnisse an irgendeine Forderung nach Veränderung zulassen. Wir wollen das so, obwohl wir wissen, daß das andere das Leben und die Gattung die Zukunft kosten wird“ – wobei die Pointe dieser unausgesprochenen Botschaft darin besteht, zu 99% von Menschen bejubelt zu werden, die von dieser Machtdemonstration der Reichen selber gar nichts haben, nicht an ihren Versprechungen teilhaben, sondern im Gegenteil am meisten unter ihrer Verwirklichung leiden werden.

„Nach mir die Sintflut – ich habe keine Kinder!“ brachte das ehrlich, eiskalt und seelenruhig jüngst der Privatjet fliegende Millionär und Verleger Julien Backhaus fernsehöffentlich auf den Punkt (Backhaus 2023) und bestätigte damit möglicherweise sogar ganz bewusst das Marx’sche Diktum: „Après moi le déluge! ist der Wahlruf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalistennation.“ (Marx 1867, S. 285) Das ist faschistoid. Es kennzeichnet die Lage, daß solche im objektiven und bekannten Ergebnis mörderischen Äußerungen praktisch folgenlos bleiben, während eine bayerische Staatsanwältin für das Anbringen eines Banners der „Letzten Generation“ an einem Bayerischen Gericht drei Monate Haft ohne Bewährung für die „Täterin“ forderte.

11. Die Politik der aktuellen Regierung ist nicht nur bellizistisch, indem sie sich mit dem Faschismus in der Ukraine verbündet, um den russischen imperialistischen Konkurrenten zu bekämpfen. Sie öffnet durch ihre Art des Umgangs mit der Klimakrise auch der sozialen Demagogie von FDP, CDU und AfD Tor und Tür, wie man in der Frage des sogenannten „Heizungsgesetzes“ deutlich sehen konnte. Ökonomischer Nutznießer davon sind die Energiekonzerne und ihre politischen Repräsentanten, die soziale Schwungmasse dafür stellen auch Teile der Bevölkerung und der Arbeiterklasse mit ihren aktuellen Sympathien für die AfD, denen es eine

Politik à la Baerbock, Habeck, Lindner, März und Söder wunderbar einfach macht.

Die AfD wird so zum Knüttel in der Hand der Monopolbourgeoise, mit dem jederzeit gedroht werden und eine immer konzernfreundlichere Politik in der Breite von Medien und veröffentlichter Meinung durchgesetzt werden kann – auf Kosten einer Situation, in der die extrem rechte bis faschistische AfD parlamentarische Erfolge für ihre völkische und nationalistische Politik feiert.

Schon hieran kann man erkennen: „Alle gegen die AfD“ gemeinsam mit denen, die die Faschisten erst in ihre bequeme Lage bringen – das wird nicht funktionieren.

12. Gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen werden sich also je länger desto mehr im Auseinanderdriften von objektiv notwendigen radikalen gesellschaftlichen Veränderungen und dem dagegen gerichteten reaktionären Versprechen bewegen, das im Kern lautet: „Wählt uns, dann bleibt alles, wie es immer schon war!“ – und das suggeriert keineswegs nur die AfD.

13. Die AfD und ihr Aufstieg ist nur der konzentrierteste Ausdruck dieser Realitätsverweigerungs-Haltung, in deren Gefolge es kein Wunder ist, wie post- oder kontrafaktische „alternative Realitäten“, Verschwörungsmythen und andere Formen massiven Irrationalismus um sich greifen und gleichzeitig Demenz zur Volkskrankheit derer wird, die es sich lieber abgewöhnt haben, in Zusammenhängen zu denken.

14. In dieser Lage reicht eine Haltung, die am einmal Erreichten, z.B. den demokratischen Grundrechten, festhält, und in deren Verteidigung einen entscheidenden, zentralen Ausdruck von Antifaschismus sieht, nicht aus. Sie ist notwendig, aber nicht hinreichend, für sich allein wäre sie eher das Pendant zum „Weiter so!“ der Gegenseite.

15. Natürlich ist und bleibt es notwendig, die demokratischen Grundrechte als Mindeststandards des bürgerlichen Staats zu verteidigen. Falsch aber wäre es, die Illusion zu verbreiten, sie könnten sich in der skizzierten Lage auf Dauer im Rahmen der bürgerlichen Republik, für die sie verfasst wurden, behaupten. Wer auch nur die unter ihren gesellschaftlichen Bedingungen strukturell

uneinlösbaren bürgerlichen Versprechen von universaler Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit real und für alle verwirklichen will, wird das im Rahmen der heutigen bürgerlichen, also der imperialistischen Gesellschaft nicht massiv unbekämpft tun können - wer z.B. ernsthaft und praktisch im Sinn von Art. 1(1) GG für die unveräußerliche Menschenwürde aller Menschen global eintritt, wird feststellen, sehr schnell auf auch gewaltsame Gegenwehr der Herrschenden zu stoßen.

16. Antifaschismus stellt sich die Aufgabe, die Errichtung einer faschistischen Diktatur zu verhindern. Er darf sich nicht auf die Verteidigung derzeit mehr oder weniger effektiv funktionierender Mechanismen gegen faschistische Strömungen beschränken, so unabdingbar auch das ist. Sonst wird Antifaschismus zu Feuerwehr und Krankenwagen von Bedingungen, die immer wieder neu Faschismus hervorbringen, mittelbar also sogar mitverantwortlich für das, was es eigentlich zu verhindern gilt.

17. Erforderlich ist vielmehr, daß wir uns den reaktionären Versuchen, sich auf unterschiedliche Weise den Realitäten der gesellschaftlichen Entwicklung z.B. in den oben genannten zentralen Politikfeldern zu entziehen, dadurch entgegenstellen, daß wir dem eigene positive Ziele offensiv entgegensetzen und für sie kämpfen.

18. Diese Ziele können nur in einem Prozess derjenigen gesellschaftlichen Kräfte formuliert werden, die bereit sind, sich an der Entwicklung progressiver, d.h.: ohne Rücksicht auf die Systemgrenzen die realen Grundprobleme der heutigen Menschheit zielgerichtet anpackenden, statt reaktionärer Ziele zu beteiligen und dafür alle Anstrengungen unternehmen, sich auf die vorfindlichen Realitäten der Welt von heute einzulassen, von ihnen auszugehen. Zugleich kann ein solcher Prozess nur in größtmöglicher inhaltlicher und organisatorischer Unabhängigkeit von allen politischen Kräften stattfinden, die wie auch immer in die reaktionäre bis faschistische Entwicklung verwickelt sind. Antifaschismus als diskutierender und intervenierender Prozess muss von einer „Außenposition“ aus stattfinden, von der aus er in die bürgerliche, vom Faschismus bedrohte Gesellschaft hineinwirkt (Metscher 2010).

19. Zu diskutierende und Fragen und praktische Aktionen in diesem Sinn wären z.B.: Für welche gesellschaftlichen Strukturen treten wir ein, die strukturell friedensfähig sind, anstatt immer neue Kriege zu produzieren? Wie einen drohenden Atomkrieg verhindern? Wie ist es der Weltbevölkerungsmehrheit vielleicht gerade noch möglich, zu erzwingen, wenigstens die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzprotokolls einzuhalten, bevor durch das Überschreiten drohender Kippunkte die natürlichen Lebensgrundlagen der gesamten menschlichen Zivilisation zerstört werden könnten? Wie muss unsere Gesellschaft aussehen, damit der riesige gesellschaftliche Reichtum allen zugutekommt? Welche Vorstellungen gesellschaftlicher Gleichheit und Solidarität haben wir, und was muss dafür anders werden, damit sie Realität werden können?

20. Der Vorschlag, faschistischen Herrschaftsformen, damit einer weltweiten Apartheid weniger gewaltsam „gehärteter“ Wohlstandsinseln gegen die riesige Mehrheit in Elend und Machtlosigkeit existierender Menschen unsere Vorstellungen entgegenzusetzen und theoretisch wie praktisch dafür einzutreten, daß sie positiv Wirklichkeit werden, ist keineswegs neu. „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“ hieß es im Schwur von Buchenwald am 19. April 1945 – und er verband damit so kurz wie möglich die untrennbare defensive und offensive Seite seiner antifaschistischen Ziele zu einer Einheit. Wir sollten neu buchstabieren, was das konkret heißt.

21. Im Sinn des Schwurs von Buchenwald ist es, einen Diskussions- und Aktionsprozess mit allen, die an ihm teilnehmen wollen, zu organisieren, dessen Ziel es sein muss, gemeinsam und öffentlich zu erarbeiten, wie wir uns ein Zusammenleben vorstellen, in dem Faschismus gesellschaftlich und strukturell tatsächlich keine Chance hat, wie wir, um es mit Brecht zu formulieren (s.u.), nicht nur gegen die Barbarei, sondern auch gegen die sie hervorbringenden Besitzverhältnisse wirksam Position beziehen wollen und können – und wie wir stattdessen leben wollen.

Wir brauchen neben den negativen Bestimmungen dessen, was wir am Faschismus ablehnen, die Benennung der positiven gesellschaftlichen Ziele, deren Verwirklichung Faschismus ein für allemal unmöglich machen. Ein

solches Verständnis von Antifaschismus versteht sich als Teil der Bewegung gegen die Strukturen, die Faschismus immer wieder neu hervorbringen. Nach meiner Überzeugung, nach meiner Kenntnis der gesellschaftlichen Strukturen, in denen wir uns befinden, kann das nur eine revolutionäre Bewegung sein.

22. Das ist keine neue, wohl aber eine unter gewandelten Verhältnissen neu zu verstehende und praktisch anzufassende Aufgabe. Sie muss in der gegebenen Diskussionslage zunächst die falsche Vorstellung konfrontieren, als sei Faschismus etwas qualitativ grundsätzlich anderes als die bürgerliche Gesellschaft: „Nach dieser Auffassung ist der Faschismus eine neue dritte Macht neben (und über) Kapitalismus und Sozialismus... Das ist natürlich eine faschistische Behauptung, eine Kapitulation vor dem Faschismus. Der Faschismus ist eine historische Phase, in die der Kapitalismus eingetreten ist, insofern etwas neues und zugleich altes. Der Kapitalismus existiert in den faschistischen Ländern nur noch als Faschismus und der Faschismus kann nur bekämpft werden als Kapitalismus, als nacktester, frechster, erdrückendster und betrügerischster Kapitalismus. Wie will nun jemand die Wahrheit über den Faschismus sagen, gegen den er ist, wenn er nichts gegen den Kapitalismus sagen will, der ihn hervorbringt? Wie soll da seine Wahrheit praktikabel ausfallen? Die gegen den Faschismus sind, ohne gegen den Kapitalismus zu sein, die über die Barbarei jammern, die von der Barbarei kommt, gleichen Leuten, die ihren Anteil vom Kalb essen wollen, aber das Kalb soll nicht geschlachtet werden. Sie wollen das Kalb essen, aber das Blut nicht sehen. Sie sind zufriedenzustellen, wenn der Metzger die Hände wäscht, bevor er das Fleisch aufträgt. Sie sind nicht gegen die Besitzverhältnisse, welche die Barbarei erzeugen, nur gegen die Barbarei. Sie erheben ihre Stimme gegen die Barbarei und sie tun das in Ländern, in denen die gleichen Besitzverhältnisse herrschen, wo aber die Metzger noch die Hände waschen, bevor sie das Fleisch auftragen.“ (Brecht 1936)

23. Antifaschismus in diesem Sinn setzt heute den Blick auf die buchstäblich alles bedrohenden globalen Kräfteverschiebungen und katastrophalen Auswirkungen des Imperialismus voraus, und zugleich kann sie nur lokal geerdet sein. Die Entscheidung darüber, ob wir uns dabei auf dem richtigen Weg oder in einer Sackgasse befinden, fällt nicht zuerst auf der Ebene theoretischer Diskurse, sondern in der Praxis – und Schritte auf dem Weg

dorthin setzen eine ebenso solidarische wie schonungslose Diskussion aller voraus, die sie mitgehen wollen und können (Stoodt 2021).

Literatur:

Backhaus 2023 Zehntägiges statement von Julien Backhaus zur Frage des Klimawandels: <https://fediscience.org/@rahmstorf/110309593266388250>

Brecht 1936 Bertolt Brecht, Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit, London 1936, (<https://www.gleichsatz.de/b-u-t/spdk/brecht2.html>)

Brenner 2017 Hans-Peter Brenner, Beschränkte Sichtweise. Debatte. Besteht ein Zwang zur »Neuorientierung« - kommunistischer Bündnispolitik? Argumente und Einwände gegen Hans Christoph Stoodt, in: junge Welt, 20.2.2017 (<https://www.jungewelt.de/artikel/305739.beschr%C3%A4nkte-sichtweise.html>)

Dimitroff 1935 Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse. Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 2. August 1935, in: Ausgewählte Werke II, Berlin/DDR 1958, S.525f

Goebbels 1942 Joseph Goebbels, Tagebucheintrag vom 29. Januar 1942, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 2, Band 3, München 1994

IPCC 2021 IPCC, Sechster Sachstandsbericht – AR6 (<https://www.de-ipcc.de/250.php>)

Kommunistische Organisation 2018 Programmatische Thesen der Kommunistischen Organisation, hg. Kommunistische Organisation, Berlin 2018 (<https://kommunistische.org/programmatische-thesen/5-faschismus-und-antifaschismus/>)

Kühnl 1971 Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Hamburg 1971

Lloyd und Pillardi 2021 Jürgen Lloyd und Freya Pillardi, Innere Geschlossenheit. Wie aktivieren Staat und Monopole die beherrschten Klassen zum Mitmachen? Über »Formierung« bzw. kapitalistische Integration

in der Bundesrepublik, in: „junge Welt“, 19.8.2021 (<https://www.jungewelt.de/artikel/408465.deutscher-imperialismus-inneregeschlossenheit.html>)

Marx 1867 Karl Marx, Das Kapital, Band I, Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, Frankfurt 1972

Metscher 2010 Thomas Metscher, Logos und Wirklichkeit. Ein Beitrag zu einer Theorie des gesellschaftlichen Bewusstseins, Frankfurt 2010

Sander 2023 Ulrich Sander, Nichts gelernt?, in: Unsere Zeit, 16.6.2023 (<https://www.unsere-zeit.de/nichts-gelernt-3-4781066/>)

Schneider 2023 Ulrich Schneider, Nachdenken über antifaschistische Bündnisarbeit, in: Marxistische Blätter 2_2023, S. 26-35

Sohn 2023 Manfred Sohn, Hauptfeind im Blick halten, in: Unsere Zeit, 9.6.2023 (<https://www.unsere-zeit.de/hauptfeindim-blick-halten-4780926/>)

Spanidis 2017 Thanasis Spanidis, Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen. Für eine kritische Neubewertung der antifaschistischen Politik der Komintern (<https://kommunistische.org/diskussion/der-vii-weltkongress-derkomintern-und-seine-folgen/>) Spanidis / Schulze / Camillo /

Stoodt 2019 Thanasis Spanidis, Jakob Schulze, Ernesto Camillo und Hans Christoph Stoodt: Kapitalismus, ökologische Zerstörung und kommunistische Strategie (<https://kommunistische.org/diskussiontribueneklima/kapitalismus-oekologische-zerstoerung-und-kommunistische-strategie/>)

Spanidis 2019 Thanasis Spanidis, Ist es möglich, innerhalb der Grenzen des Kapitalismus die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu bewahren? (<https://kommunistische.org/diskussiontribuene-klima/ist-es-moeglich-innerhalbdes-kapitalismus-die-natuerlichen-lebensgrundlagen-der-menschheit-zu-erhalten/>)

Stoodt 2016 Hans Christoph Stoodt, Krach in der imperialistischen Pyramide, in: Unsere Zeit, 9.11.2016 (<https://www.unsere-zeit.de/krach-in-der-imperialistischen-pyramide-45949/>). Die Redaktion der UZ hielt es seinerzeit für geboten, dem Artikel eine distanzierende Bemerkung voranzuschicken, an

dem schon damals der Dissens zum Begriff der „imperialistischen Pyramide“ zur Einschätzung Russlands als imperialistischen Staats sichtbar war.

Stoodt 2017 Hans Christoph Stoodt, Was ist ein breites Bündnis? Zur grundlegenden Frage im antifaschistischen und antimilitaristischen Kampf, Die Wurfbude, Januar 2017 (<https://wurfbude.wordpress.com/2017/01/11/was-istein-breites-buendnis/>) / verkürzte Version in „junge Welt“, 31.1.2017 (<https://www.jungewelt.de/artikel/304536.was-ist-ein-breites-b%C3%BCndnis.html>)

Stoodt 2019 Hans Christoph Stoodt, Ökonomie der Zeit. Kommunistische Strategie im Horizont der kapitalistischen Klimakatastrophe (<https://kommunistische.org/diskussionstribuene-klima/oekonomie-der-zeitkommunistische-strategie-im-horizont-der-kapitalistischen-klimakatastrophe/>)

Stoodt 2020 Hans Christoph Stoodt, „Diese Losung wird zurückgenommen“, in: offen-siv. Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, 4-2020, S. 35 – 39 (<https://offen-siv.net/wp-content/uploads/2020/04/2020-04.pdf>)

Stoodt 2021 Hans Christoph Stoodt, Auf der Suche nach der Furt. Diskussionsbeitrag zu Payal Parekh & Carola Rackete, Wie kann die Klimabewegung ihren Kampf eskalieren, um die Machtverhältnisse zu verändern? (<https://wurfbude.wordpress.com/2021/10/18/auf-der-suche-nach-der-furt/>)

Stoodt 2022 Hans Christoph Stoodt, Aktuelle Dissense in der marxistischen Imperialismustheorie. Das Beispiel des Ukrainekriegs (<https://wurfbude.wordpress.com/2022/07/04/aktuelle-dissense-in-der-marxistischenimperialismustheorie-das-beispiel-des-ukrainekriegs/>) = Beitrag zur Tagung der Marx-Engels-Stiftung „Frieden gebieten, wo die Herrschenden Krieg schreien“, Frankfurt am Main, 3.7.2022 (<https://www.marx-engelsstiftung.de/veranstaltungen/eventdetail/147/-/frieden-gebieten-wo-die-herrschenden-krieg-schreien>)

Willms 2023 Thomas Willms, Diffamierend, in: Unsere Zeit, 23.6.2023 (<https://www.unsere-zeit.de/diffamierend-4781285/>)

Ziegler 2002 Jean Ziegler, Wie kommt der Hunger in die Welt? Ein Gespräch mit meinem Sohn, Bielefeld, 3. Auflage, 2002

Ziegler 2021 Jean Ziegler, Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin, deutsch München 2021

Zur Weltlage

Karl-Heinz Goll: Zum Begriff der „multipolaren Weltordnung“

Hartnäckig halten sich in linksliberalen, linkssozialdemokratischen und friedensbewegten Kreisen die Wolkenkuckucks-Visionen einer "multipolaren Weltordnung", in der die unipolare Demiurgen-Rolle der USA von einer friedlichen Welt abgelöst werde, mit einer "gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit, demokratisch, ohne Sanktionen ..." etc...pp... alles ganz toll ...

Zur Ernüchterung habe ich dagegen einige Argumente zusammengestellt:

Diese geopolitische Fiktion, wie sie besonders auch von Russland und China propagiert wird, einschließlich ihrer damit verbundenen illusionären Vorstellungen ist **u.a. einer der gravierendsten politischen Hemmschuhe der Friedensbewegung.**

Die konkurrierenden Staaten und multipolaren „Bündnisse“ gegen die Weltherrschaft der USA bzw. des „Westens“ sind weder fortschrittlich im Interesse der Völker, noch bieten sie einen Ausweg aus den multiplen Krisen und Kriegen. Tatsächlich herrscht eine multi-imperialistische Gemengelage.

Mit Teufeln den Beelzebub austreiben?

Bei der heutigen Konkurrenz verschiedener kapitalistischer Mächte und Staatenbündnisse darf sich eine Friedensbewegung nicht auf eine dieser Seiten schlagen. Ein klassisches Beispiel der verheerenden Folgen einer

solchen Haltung ist die „Vaterlandsverteidigung“ im 1. Weltkrieg, mit der auch die Sozialdemokratie die Völker ins Gemetzel mobilisierte.

Nur weil die BRICS-Staaten und andere sich gegen die Weltherrschaft des US-Imperialismus verbünden und der unipolaren Welt wie dem \$-Regime das Ende ansagen, heißt das überhaupt nicht, dass damit die Aussicht auf eine friedliche Weltordnung oder gar eine Lösung der übrigen globalen Krisen, der begonnenen Klimakatastrophe, der Migrationskrise etc. besteht.

Sämtliche Mächte der sogenannten „neuen Bündnisse“ sind kapitalistisch. Sie konkurrieren um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Anlagensphären in einer Welt, die längst zu klein ist für die kapitalistische Produktionsweise mit der Folge sich zuspitzender Konfrontationen, multipler Krisen und Kriege.

Kapitalistisches Wachstum in Südostasien

Ein Brennpunkt des gigantischen Wachstums der kapitalistischen Produktion ist Südostasien, wie das die folgende Tabelle zeigt (mit allen Risiken und Nebenwirkungen, die Statistiken mit sich bringen):

Die 10 wichtigsten südostasiatischen Länder nach dem BIP (Mrd US-\$, nominal)²¹

Jahr	China	Japan	Indien	Süd-Korea	Indo-nesien	Taiwan	Thai-land	Bang-ladepur	Singa-pur	Viet-nam
1980	309	1060	177	67	93	42	33			
2019	21433	5080	2896	1647	1120	611	544	416	397	366

Summe der ersten 7 – 1980: 1.781

Summe der ersten 7 – 2019: 33.304

Das Wachstum der ersten sieben zwischen 1980 und 2019 betrug also das 19-fache. Dagegen wuchs das BIP der USA in dieser Zeit auf das 8-fache, das Deutschlands um das 5-fache. Chinas BIP wuchs in dieser Zeit um das 69-fache!

Die „Gebrauchswert“-Seite

²¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_Bruttoinlandsprodukt

Was da alles beispielsweise an Produkten in den südasiatischen Meeren unterwegs ist, kann man anhand der katastrophalen Havarie des Containerschiffs „X-Press Pearl“, im Mai 2021, 18 km vor Sri Lankas Hauptstadt Colombo erahnen: (https://de.wikipedia.org/wiki/X-Press_Pearl und *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Juli 2023): *„Zur Ladung gehörten u.a. 349 Container Kunstharze, 46 Container mit 1680 Tonnen Kunststoffgranulat, 42 Container Ätznatron und 300 Tonnen Schweröl, 25 Tonnen Salpetersäure, 187 Tonnen Blei, Harnstoff, 210 Tonnen Methanol, 9700 Tonnen Epoxidharz... „mittel- und langfristig (werden) erhebliche Umweltschäden und Störungen des Ökosystems vor Ort befürchtet.“*

Sämtliche alt- und „neu“-kapitalistischen Länder, Schwellenländer, Tigerstaaten wetteifern mit- oder gegeneinander um das westlich-kapitalistische Produktions- und Konsummodell. Wachstum, Wachstum, Wachstum, immer vorübergehend unterbrochen von Rezessionen, Krisen, Kriegen, Zerstörungen. Es gibt keinen Kapitalismus ohne Wachstum aufgrund seiner immanenten Bewegungsgesetze. Riesig angeschwollene Warenfluten mitsamt ihren Abfallprodukten überschwemmen den Globus. Beispielsweise sind Milliarden von Elektronikgeräten bis in die letzten Slums verbreitet. Ein ungeheurer Verbrauch an unwiederbringlichen Ressourcen. Fossile Energieträger, in Hunderten Millionen an Jahren entstanden, werden in wenigen Generationen weiter verfeuert, solange die letzten Gallonen oder Tonnen noch Profite bringen. Die Öl- und Chemieindustrien produzieren weiter anwachsende Plastikmassen, die Land, Flüsse und Ozeane vermüllen.

Ein Blick in die hiesigen Werbeprospekte, Auslagen der Supermarktketten und Kataloge der Online-Giganten zeigt überquellende Massen an Billigprodukten, schier unendliche Varianten von Elektro- und Elektronikgeräten, Möbeln, Hausrat, Billigtexilien usw., wie sie zum großen Teil aus Südostasien über Container-Riesenfrachter, Frachtflugzeuge, Güterzüge herangeschafft werden.

Durch Straßen und Autobahnen wälzen sich endlose Blechlawinen und LKW-Schlangen, die Siedlungen sind bis in die letzten Winkel voll geparkt mit „ruhemdem Verkehr“. Papier- und Plastikmüll erreicht mit dem Online-Handel Rekordmengen usw. usf.

Viele Produkte „müssen“ in kurzen Zeitabständen durch ständig „neue“ Versionen ersetzt werden. Das gilt für Autos, für Smartphones, Turnschuhe etc.pp. Durch künstliche Verkürzung der Lebensdauer ("geplante Obsoleszenz") werden Neukäufe erzwungen

Quer über alle Branchen hinweg lassen sich Produktionszweige und Produktlinien identifizieren, die bei kritischer Besinnung mehr oder weniger „eigentlich kein Mensch braucht“ und die vor allem nicht nachhaltig sind, umwelt- und gesundheitsschädlich bis im Ernstfall tödlich. Solche Dinge – angefangen mit der Rüstungsproduktion – über alle Branchen hinweg detailliert aufzuführen, könnte ein dickes Buch füllen.

Und eine solche „multipolare Welt“ der destruktiven Überproduktion und des zerstörerischen Überkonsums sowie der sich zuspitzenden Konkurrenz um Ressourcen soll der Menschheit „multipolaren“ Weltfrieden und eine gemeinsame, kooperative und nachhaltige Sicherheit bringen?

Ein Gradmesser für die Eskalation der Konflikte zwischen den diversen Mächten ist die allseitige Zunahme der weltweiten Rüstungsausgaben, die laut SIPRI bereits 2022 auf den Rekordwert von 2.240 Milliarden US-Dollar gestiegen sind. Und das setzt sich munter fort. Wie kann man daher und angesichts der sich zuspitzenden Krisen von einer „multipolaren Welt“ träumen, „in der jede Region friedlich mit anderen zusammenarbeitet ...“?

China

Führend bei der Verbreitung von Illusionen über eine „multipolaren Welt“ ist China mit seinen Initiativen GDI („Global Development Initiative“), GCI („Global Civilisation Initiative“) und GSI („Global Security Initiative“). Damit jubelt sich China als „aufstrebende“ imperialistische Supermacht hoch zur Segensbringerin der Menschheit.

Seit den Wirren der Kulturrevolution und der kapitalistischen Wende Ende der 70-iger Jahre erlebt China einen enormen Aufschwung, ein kapitalistisches Wirtschaftswunder, in seiner Dimension ohne Gleichen (s. Tabelle oben). Hunderte Millionen Chinesen wurden aus der Armut befreit, der anhaltende Aufschwung bedeutet bislang eine sichere Massenbasis des Einparteiensystems.

Das ändert nichts an der inzwischen fest etablierten spezifischen Ausprägung des chinesischen Kapitalismus/Staatskapitalismus und der dementsprechend „speziellen“ imperialistischen Politik.

Besonders pfiffige Zeitgenossen wähen China unterwegs zum Sozialismus nach dem Muster der "Neuen ökonomischen Politik (NEP)" in der Sowjetunion zwischen 1921 und 1928. Wenn man aber schon historische Parallelen in Betracht ziehen will, dann muss man den heutigen chinesischen Kapitalismus viel eher mit der planmäßigen, diktatorisch-staatskapitalistischen Kriegswirtschaft in den Weltkriegen vergleichen.

China war im Jahr 2022 Exportweltmeister. China exportierte im Jahr 2022 Waren im Wert von rund 3,59 Billionen US-Dollar und ist damit mit weitem Abstand vor den USA (2,06 Billionen US-Dollar) und Deutschland (1,65 Billionen US-Dollar) das größte Exportland der Welt. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37013/umfrage/ranking-der-top-20-exportlaender-weltweit/>)

China liegt mit 77 Mrd. € und rund 9% an 2. Stelle bei den Einfuhren nach Deutschland. Bei den Ausfuhren aus Deutschland sind es 67 Mrd. €, rund 6% aller Exporte (5. Stelle). (s. <https://www.dgwz.de/themen/handel/china>)

Zu den meist exportierten Produkten und Gütern Chinas zählen Elektrotechnik und -geräte (27 %), Maschinen (15%), Bekleidung und Textilien (9%), Fahrzeuge (4,2%), Kunststoff und Produkte daraus (4%), Möbel und Einrichtungsgegenstände (3,6%). (<https://www.weltexporte.de/exportprodukte-China/>)

China flutet mit innovativen E-Autos die Weltmärkte. 2023 steigt das Land wohl zum Autoexport-Weltmeister auf. Eine Studie beschwört den Niedergang der deutschen Industrie. ([https://www.merkur.de/wirtschaft/weltmarkt-autoexporte ...](https://www.merkur.de/wirtschaft/weltmarkt-autoexporte...)) In Afrika und Lateinamerika sind Autos aus China bereits Marktführer. Deutsche Autokonzerne werden gerade überholt, um nicht zu sagen überrollt.

Nicht nur, aber zu einem erheblichen Anteil wird mit dem chinesischen Warenoutput der Globus unter gewaltigem Ressourcen-Raubbau vermüllt. Auch auf anderen Gebieten erreicht China Spitzenleistungen bei umwelt- und

klimaschädlichen „Investitionen“. Beispielsweise sollen bis 2035 in China sage und schreibe 216 neue Flughäfen gebaut werden. (<https://www.derstandard.de/story/2000103037393/chinas-megaprojekte-216-neue-flughaefen-in-15-jahren>)

Befreiung vom Neokolonialismus?

Es wird von Seiten derjenigen, die die „Multipolarität“ positiv bewerten, besonders betont, „kleinere Staaten“ hätten im Rahmen dieser „neuen Weltordnung“ eine bessere Auswahl sozusagen unter verschiedenen „Paten“ ihrer Entwicklung; sie könnten bessere Konditionen herausschlagen, sich besser von ihren alten neokolonialistischen Plünderern befreien.

Dazu sollte man sich diese kleineren Staaten genauer betrachten. In den allermeisten dieser Länder hat sich im Laufe von Jahrzehnten, ja Jahrhunderten Kolonialismus und Neokolonialismus, christlicher Missionierung, Entwicklungs“hilfe“ und Korruption eine privilegierte, abgehobene Kompradorenkasse etabliert. (Kompradoren = einheimische Agenten ausländischer Mächte, die von Investitionen, Handel, Rohstoffplünderung und wirtschaftlicher Ausbeutung ihrer Länder profitieren.)

Es handelt sich bei den „kleineren Staaten“ oft um Scheindemokratien, Militärdiktaturen, Putschregimes, beherrscht von teils konkurrierenden Kompradorencliquen, die von ihren imperialistischen Paten reichlich mit Militär-, Polizeiausstattung und -ausbildung zur Unterdrückung der sozialen und politischen Opposition ausgerüstet werden. Oft wird auch die Klaviatur der nationalen Unabhängigkeit, der Befreiung, des Sozialismus gespielt, um die Volksmassen für einen Regimewechsel zu mobilisieren – in den seltensten Fällen „ehrlich“ oder gar erfolgreich. Und falls eine Revolution tatsächliche Befreiung verspricht, folgen auf dem Fuß imperialistische Sanktionen bis hin zu militärischen Interventionen, wozu es eine mehr als reichliche Geschichte gibt.

Es dürfte sich in diesem Sinn lohnen, das Beispiel der Militärputschisten in Mali zu verfolgen, die offenbar Frankreich in die Wüste geschickt haben, sich

Russland nebst Hilfe der Wagner-Söldner zugewandt und auch den Abzug der Bundeswehr erreicht haben.

Grobe Anhaltspunkte zu den politischen Verhältnissen bieten die Tabellen zu „politischen Indizes“, die man in Wikipedia zu den

Grobe Anhaltspunkte zu den politischen Verhältnissen bieten die Tabellen zu „politischen Indizes“, die man in Wikipedia zu den einzelnen Länderbeschreibungen findet. Sie sind in der folgenden Tabelle beispielhaft für mehrere afrikanische Länder pauschal zusammengefasst. (ähnliches gilt für viele Länder des „globalen Südens“ auf anderen Kontinenten.)

Von Nichtregierungsorganisationen herausgegebene politische Indizes (Auszüge aus Wikipedia)

Land	Stabilität	Demokratie	Freiheit	Pressefreiheit
Ägypten	große Warnung	autoritäres Regime	21% frei	sehr ernste Lage
Äthiopien	Alarm	autoritäres Regime	unfrei	schwierige Lage
Angola	große Warnung	autoritäres Regime	unfrei	erkennbare Probleme
Ghana	Warnung	unvoll. Demokratie	80% frei	erkennbare Probleme
Kenia	große Warnung	Hybridregime	48% frei	erkennbare Probleme
DR Kongo	großer Alarm	autoritäres Regime	19% frei	schwierige Lage
Mosambik	Alarm	autoritäres Regime	43 % frei	schwierige Lage
Sambia	große Warnung	Hybridregime	51% frei	erkennbare Probleme
Südafrika	erhöht. Warnung	unvoll Demokratie	79% frei	zufriedenst. Lage
Tansania	erhöht. Warnung	Hybridregime	34% frei	schwierige Lage

Freiheitsindex: 0%=unfrei, 100%=frei

Der Korruptionsindex liegt bei den genannten Ländern zwischen 19 und 44.

(Index: 0=sehr korrupt, 100=sehr sauber)

Ebenso könnte man die sozialen Zustände in den diversen Ländern beleuchten, insbesondere zur Lage der arbeitenden Klassen, zu gewerkschaftlichen Rechten, zu Armut und Ungleichheit, um die es genauso schlecht bestellt ist, wie um die politischen Verhältnisse.

Die Ökonomie solcher Staaten stellt in der Regel eine Mischung aus kapitalistischen Betrieben, extraktiven Industrien zum Rohstoffexport (bzw. -plünderung) unter der Regie ausländischer Konzerne, einem ausgeprägten informellen Sektor in Großstädten, die durch Landflucht enorm bis hin zu Megacities gewachsen sind. Millionen von Kleinbauern, die bisweilen noch auf Steinzeitniveau produzieren und die von Agrarkonzernen mit modernster Technologie, auch Landgrabbing be- bzw. verdrängt werden. Verschuldung und ständiger Kapitalabfluss zugunsten von „Geberländern“ der sogenannten Entwicklungshilfe - in Wirklichkeit Nehmerländern, die mit Hilfe der Kompradoren-Regimes permanent Milliarden aus den Entwicklungsländern absaugen - runden das Bild ab.

Die Rolle Chinas als herausragendes Beispiel

Interessant ist der Umschwung in der Vielfalt an Haltungen zu China beispielsweise in DKP-nahen Kreisen. Einst war dort Chinas Rolle in der internationalen Politik, seine angebliche Zusammenarbeit mit dem Imperialismus jahrzehntelang der Haupttenor. Inzwischen wird die Kapitalisierung Chinas schönegeredet, sozusagen als „chinesische Kopie der Neuen ökonomischen Politik (NEP)“ in der Sowjetunion der 20-iger Jahre. Seit dem Bankrott des realsozialistischen Lagers wird so über einen „chinesischen Weg zum Sozialismus“ spekuliert. Ein umfangreiches Dokument dieser Wende ist ein Papier des „Marx-Engels-Zentrums (MEZ) Berlin“ (<https://mez-berlin.de/positionen-detailansicht/land-grabbing-china-als-neuer-kolonialherr-in-afrika.html>) Darin wird das Wirken des chinesischen Imperialismus z.B. in Afrika als „Grundlage für ein Win-Win-Ergebnis“ dargestellt, das sich „vom westlichen Modell unterscheidet“. Win-Win für wen ? Tatsächlich: 1. für China und 2. für die oben charakterisierten Kompradoren-Regimes – das aber ist in diesem Papier überhaupt kein Thema.

In der Tat ist die Politik Chinas gegenüber der „3. Welt“ schon lange pragmatisch. Beispielsweise hielt die VR China dem kongolesischen Diktator Mobutu anhaltend die Treue, der 1973 China besuchte – ausgerechnet Mobutu, einer der am längsten (1965 bis 1997) herrschenden, korruptesten und kleptokratischsten Diktatoren Afrikas.

Wie auch immer, die heutige imperialistische Politik Chinas - global im Rahmen der neuen Seidenstraße (Belt and Road Initiative - BRI) - ist erfolgreicher und im Begriff, westliche Mächte auszustechen mit ihrem „Win-Win“- Charakter (1. Profit für China und 2. zugunsten der oben charakterisierten Regimes). Dazu bietet das Papier des MEZ bezüglich Afrika viele Informationen – wenn auch durch die china-affine Vexierbrille verklärt. Die BRI ist die großangelegte kapitalistische Offensive Chinas, mit der die Welt immer weiter mit massivem Kapitalexport, Krediten und einer ungeheuren Warenflut, mit deren Abfallprodukten, einer enormen Ressourcenvergeudung und Klimabelastung beglückt wird.

Im „Handelsblatt“ vom 25.09.2007 schreibt der Autor H. Schneider: *„China kann in Afrika mit klarer Linie und ausgereiften Konzepten punkten ... geht es China ... vor allem um die Rohstoffe ... Die Europäer beklagen, dass Peking dabei weder auf die Einhaltung von Menschenrechten pocht noch den Umweltschutz oder Sicherheitsstandards einhält. ... Wichtig ist für Peking nur eins: langfristig das eigene Wirtschaftswachstum zu sichern, indem eigene Rohstoffquellen in Afrika gesichert oder bindende Exportverträge ausgehandelt werden.“* Als ob die sich beklagenden Europäer und US-Imperialisten da nicht ihr eigenes Ebenbild – nur erfolgreicher - erkennen würden.

Fazit

Ansonsten ist die wunderbare Welt der Multipolarität mit der aufstrebenden Supermacht China an der Spitze von tiefen schwelenden Konflikten mit Kriegspotenzial geprägt. Es seien nur die Grenzkonflikte China-Indien oder die militärisch unterstrichenen Ansprüche Chinas im südchinesischen Meer gegen die Anrainerstaaten Philippinen, Vietnam, Malaysia, Brunei und Indonesien genannt. Zur meist reaktionären inneren Verfassung der multipolaren Teilnehmer kann man als Beispiele u.a. neben Erdogans Türkei oder dem Iran besonders Indien erwähnen, das als „größte Demokratie der Welt“ im Griff eines faschistoiden Hindu-Nationalismus steckt.

Es ist eine riesengroße und naive Illusion, in einer „multipolaren Weltordnung“ könnten die Staaten der Welt gleichberechtigt und auf Augenhöhe miteinander umgehen, ohne Sanktionen und ohne Kriege. Denn

real geht es um eine multi-imperialistische Weltordnung, in der Krisen, Konflikte und Kriege als ultima Ratio unvermeidlich sind.

Dieser Kapitalismus mit seinem "Wachstumswang", der Ressourcenplünderung und Zerstörung der Lebensgrundlagen ist aufgrund seiner Funktionslogik unablässig dabei, den Globus mit seinem dystopischen „Wohlstandsmodell“ zu überziehen. Es gibt also überhaupt keine Gründe, mit dieser Art Multipolarität Hoffnung und Zuversicht zu verbinden.

Abschließend der Versuch einer groben Definition zu „Imperialismus heute“ (über Lenin hinaus):

Imperialismus ist heute mehr oder weniger ein Wesensmerkmal aller entwickelten kapitalistischen Staaten. Das ist in Ausmaß und Ausprägung abhängig (neben historischen, geografischen, kulturellen u.a. Bedingungen) vor allem vom jeweiligen polit-ökonomischen und militärischen Potenzial der Staaten. Imperialismus bedeutet eine umfassende politisch-ökonomische Kategorie. Im Unterschied zum Kolonialismus heißt Imperialismus heute weniger die Eroberung und Ausplünderung ferner (unentwickelter) Länder, viel mehr auch die Konkurrenz und zugleich gegenseitige Durchdringung rivalisierender kapitalistischer Länder insbesondere durch Kapital- und Warenexport sowie militärischer Machtpolitik mit Krieg als Ultima Ratio. Es herrscht (neben zeitweiligen Bündnissen, Abkommen, „Friedensordnungen“ und "Regeln") der absolute Kampf um die Neuaufteilung von Rohstoffquellen, Kapitalanlagesphären und Absatzmärkten. Grundlage ist der Kapitalismus mit seinem Grundwiderspruch - Lohnarbeit und Kapital -, für den die inneren, nationalen Märkte zu eng sind, nicht ausreichen für seine Akkumulation, für das "Wachstum", das dem Kapitalismus immanent ist und an Grenzen stößt, was die Reibereien zwischen den Mächten forciert.

Das Entscheidende am imperialistischen Stadium ist, dass der Kapitalismus aus seinen nationalen "Nähten platzt". Es ist der Widerspruch zwischen der nationalen Beschränktheit und dem grenzenlosen Expansionsdrang. Kapitalistische Staaten sind die Form, der Überbau, die Existenzweise, die *Conditio-sine-qua-non* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die außerhalb (national-)staatlicher Formen überhaupt nicht existieren können.

Das Kapital, auch in Gestalt des mittlerweile quasi in Echtzeit um den Globus wabernden Geldkapitals jagt (je nach Potential) über alle Grenzen hinweg nach maximalem Profit – allerdings, um eine Analogie zu bemühen: amorph wie das von Sonne, Wind und Schwerkraft getriebene Wasser (flüssig oder dampfförmig). Wie das Wasser an Physik und Topografie, an seinen Kreislauf, an Atmosphäre, Ozeane, Flüsse usw. gebunden ist, bewegt sich das Kapital in der materiellen Realität kapitalistischer Staaten, die zwecks Zurichtung, Vorhaltung und Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, mit "Innerer Sicherheit" und Militärmacht, konkurrierende Klassenstaaten sind. Das Kapital strebt – getrieben von wachsender Produktivität nach dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate - nach grenzenloser internationaler Expansion und Akkumulation, jedoch eingebannt in die jeweiligen staatlichen Formen. Dieser Expansionsdrang, dieser innere Druck auf die staatliche Organisation muss daher unbedingt durch eine mehr oder weniger expansive, aggressive imperialistische Politik der konkurrierenden Staaten gegeneinander zum Ausdruck kommen je nach dem Maß ihrer kapitalistischen und militärischen Potenziale. Und dabei führt die ungleichmäßige innere Entwicklung der Staaten verschärfend und zuspitzend auf die Konfrontationen bis zum imperialistischen Krieg, wie man das auch bei der aktuellen Gemengelage z.B. zwischen den „absteigenden“ USA, dem „prekären“ Russland und dem „aufsteigenden“ China feststellen muss.

Tim Schoenmakers, Walter Haberkorn: Zur gegenwärtigen Weltlage

Im Folgenden unternehmen wir den Versuch einer kurzen Analyse der aktuellen imperialistischen Weltlage. Angesichts des Weltfriedenstages ist es notwendig, sich den Klassencharakter der Kriege in unserer, der imperialistischen, Epoche bewusst zu machen. Der gegenwärtige imperialistische Krieg in der Ukraine ist nur der Aufschlag für viele weitere Folgekriege, die um Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflussphären geführt werden.

An dieser Stelle muss betont werden, dass diese Kriege keinen Fortschritt für die Arbeiterklasse darstellen. Die Arbeiter riskieren ihr Leben, lassen ihre

Familien zurück und bringen sich auf dem Schlachtfeld gegenseitig um, für Profite ihrer Bourgeois -- damit sich das Wertgesetz frei entfalten kann.

Sowohl Frieden als auch der Weltfrieden sind daher untrennbar mit der Aufhebung des Wertgesetzes, mit dem planwirtschaftlichen Sozialismus verknüpft.

Wir stellen nun zunächst die gegenwärtige imperialistische Epoche dar in der wir leben, ehe wir dann zu den Interessen einzelner ausgewählter Akteure kommen und untersuchen, wo das Potenzial für weitere Eskalationen und Kriege steckt.

Zur gegenwärtigen Epoche: Wir leben im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus. In der Epoche des Imperialismus befindet sich der Kapitalismus in seinem monopolistischen Entwicklungsstadium. Das monopolistische Entwicklungsstadium ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Kapitalexport, Bildung des Finanzkapitals sowie die Aufteilung der Welt.

In den meisten Ländern herrscht heute das Privateigentum an Produktionsmitteln vor. Sowohl die Prozesse der Dekolonialisierung als auch der Konterrevolution in den ehemaligen sozialistischen Ländern haben in vielen Ländern die Warenproduktion, welche aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln folgt, zur vorherrschenden Produktionsweise gemacht. Sowohl die rückschrittliche feudale Produktionsweise als auch die fortschrittliche sozialistische Produktionsweise sind Randerscheinungen des gegenwärtigen Weltsystems. Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, dessen Logik sich aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ergibt, ist vorherrschend. Da das Wertgesetz mit seinen Wesensmerkmalen wie des Doppelcharakters der Ware (Gebrauchswert und Wert), Kapital und damit Lohnarbeit, Kapitalakkumulation, sowie Monopolkapitalismus gesetzmäßig zum Imperialismus führt, sind heute alle kapitalistischen Länder unweigerlich Bestandteil des imperialistischen Systems. Egal ob stark oder schwach, groß oder klein, alle kapitalistischen Länder suchen nach der bestmöglichen Verwertung ihres Kapitals. Das führt in der heutigen Epoche logisch dazu, dass jedes kapitalistische Land imperialistische Interessen vertreten muss. Jedes kapitalistische Land muss so

viel wie möglich Monopole bilden, so viel wie möglich Kapital akkumulieren und exportieren, sowie seine Einflussphären je nach Möglichkeit ausweiten. Ausgangspunkt ist die Ware, die mit ihrem Widerspruch des Doppelcharakters unweigerlich die gegenwärtige imperialistische Weltlage hervorbringt.

Das führt zu extremen Verstrickungen der Länder in ökonomisch-wechselseitige Abhängigkeiten, zu einer unwahrscheinlichen Zuspitzung der Widersprüche und natürlich zur Verschärfung der Kriegsgefahr. Wir zeigen nun die imperialistischen Interessen einzelner ausgewählter Akteure auf.

Im gegenwärtigen imperialistischen Weltsystem lassen sich grob drei Hauptmächte bzw. Blöcke identifizieren. Die USA, die über die NATO noch recht eng mit dem zweiten Block der EU verbunden sind sowie die BRICS-Staaten bestimmen die aktuellen globalen Entwicklungen. Es ist hierbei natürlich klar, dass alle Blöcke und Bündnisse ebenfalls von inneren Widersprüchen und widerstreitenden Interessen geprägt und damit heterogen sind. Allen diesen führenden Mächten, wie allen kapitalistischen Staaten im Imperialismus, ist der Kampf um Einflussphären, d.h. Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Arbeitskräfte und Investitionsmöglichkeiten gemeinsam, jedoch unterscheiden sich die Interessen der einzelnen Akteure in Abhängigkeit der Lage der Mächte.

Die USA, die nach der vorläufigen Niederlage des Sozialismus für einige Jahre eine Hegemonialstellung einnahmen, nehmen heute von den drei genannten Akteuren die schwächste Rolle ein. V.a. China ist der bedeutendste Konkurrent der USA, gegenüber dem die USA lediglich den Dollar als Weltleitwährung als letzten Trumpf im Ärmel haben. Aber auch diese letzte Bastion der US-Hegemonie wird bereits durch entsprechende Vorstöße Chinas und der BRICS untergraben. In dieser Situation ist für die USA der auch militärische Entscheidungskampf gegen den Hauptkonkurrenten China, der im asiatisch-pazifischen Raum, wo die Einflussphären dieser beiden Mächte aufeinanderprallen, ausgetragen werden wird, von größter Bedeutung. Dies zeigt sich auch an den Bestrebungen der USA, in der Region Bündnisse vergleichbar der NATO mit Australien, Neuseeland, Südkorea, Japan und Taiwan zu schmieden. Auch die Einbindung dieser Staaten in die NATO ist ein Ziel der USA, was aber durch die europäischen Mächte, allen voran

Frankreich, aber auch der BRD, die von den Beziehungen zu China profitieren, verhindert wird.

Der Krieg in der Ukraine ist für die USA nur insofern interessant, als hierdurch sowohl Truppen als auch Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie Russlands, d.h. eines wichtigen Verbündeten Chinas, auch in einem kommenden Konflikt im pazifischen Raum, gebunden werden. Daher ist das Ziel der USA in der Ukraine auch kein Sieg der Ukraine über Russland, sondern ein möglichst langandauernder Krieg, sodass im Krieg mit China der russische Bündnispartner wegfällt. Dies zeigt sich auch an der US-amerikanischen Unterstützung der Ukraine. Die USA liefern Militärgerät zwar in einem Ausmaß, das genügt, um die Ukraine in den Stand zu versetzen den Krieg fortzusetzen, aber nicht ihn zu gewinnen. Auch die Frage der Aufnahme der Ukraine in die NATO zeigt dies. Man unterstützt zwar die Ukraine, selbst in den Krieg eingreifen, was die Folge eines NATO-Beitritts wäre, möchte man allerdings nicht, da dieser Krieg für die USA eben nicht die Hauptsache, sondern nur ein Nebenschauplatz ist, an dem russische, nicht US-amerikanische Kräfte gebunden werden sollen.

Die EU, die von Revisionisten, die selbstständige europäische imperialistische Interessen leugnen, gerne nur als Anhängsel der USA betrachtet wird, verfolgt tatsächlich einen eigenen Kurs, wobei natürlich intern zwischen den Mitgliedsstaaten wiederum widerstreitende Interessen vorliegen, wie sich am Beispiel des Ukrainekrieges zeigt. Die östlichen Staaten der EU, allen voran Polen und die baltischen Staaten, finden in Russland ihren Hauptkonkurrenten vor und haben ein großes Interesse an der Ukraine und an Belarus. Aus diesem Grunde zählen diese Staaten zu den energischsten Unterstützern der Ukraine im Krieg gegen Russland, wobei ihr Ziel hierbei im Gegensatz zu den USA ein möglichst baldiger Sieg über Russland ist. In diesem Sinne ist auch die Befürwortung einer NATO-Aufnahme der Ukraine durch diese Staaten zu verstehen.

Demgegenüber verfolgt Frankreich, welches seine Hauptinteressenzone in Westafrika hat, gegenüber Russland und den BRICS-Staaten einen sehr offenen Kurs, der selbst eine beabsichtigte Teilnahme an einem Gipfel des BRICS-Bündnisses einschloss. Für Frankreich ist der Konflikt in der Ukraine von untergeordnetem Interesse und es scheint aktuell eine Strategie der

Annäherung an die BRICS zu verfolgen, um gemeinsam mit diesen Staaten zumindest einen Teil seines Einflusses v.a. in Westafrika behalten zu können, statt in offener Konfrontation gegenüber den BRICS zu unterliegen.

Deutschland verfolgt einen Schlingerkurs zwischen diesen beiden Linien, einerseits ist die BRD der bedeutendste Unterstützer und Lieferant von Kriegsgerät der Ukraine, andererseits zeigt sich z.B. an der Ablehnung der NATO-Aufnahme der Ukraine und bedeutenden politischen Kräften, die für die Annäherung an Russland sind die Zerrissenheit der herrschenden Klasse in dieser Frage: die AfD hat in Umfragen etwa 20%, auch in der SPD und der ihr nahestehenden Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wird die These von der „strategischen Autonomie“ Europas diskutiert, die ein stärker selbstständiges Auftreten der EU auf der Weltbühne, d.h. auch je nach Situation und europäischer Interessenlage wechselnde Bündnisse und Beziehungen mit den USA, aber auch den BRICS-Staaten bedeuten würde. So sagte beispielsweise Adam Tooze bei einer Veranstaltung der FES, dass für Europa durch den russischen Einmarsch in der Ukraine keine fundamentalen Zielkonflikte aufgeworfen wurden, d.h., dass man sich durchaus mit Russland arrangieren, auf eine gemeinsame Ausbeutung ukrainischer Bodenschätze und Arbeitskräfte einigen könnte. An dem Konflikt mit China besteht seitens der europäischen Mächte kein Interesse, der fundamentale Gegensatz der Interessen, der den Krieg zwischen den USA und China unvermeidlich macht, ist für Europa nicht gegeben und es bestehen im Gegenteil Interessen an profitablen Beziehungen mit den BRICS-Staaten seitens der EU und auch der BRD, was die zahlreichen Staatsbesuche der BRD-Führung in China, Brasilien, Indien etc. aufzeigen.

Auch für China ist der bedeutendere Konflikt derjenige mit den USA. Für China bilden die USA das letzte Hindernis vor der Führungsposition im Weltsystem, weshalb man sich auch dort wie in Washington v.a. auf diesen Entscheidungskampf vorbereitet. Nachdem man die USA ökonomisch bereits eingeholt hat, wird in den letzten Jahren mit ungeheurer Kraft die militärische Aufrüstung betrieben, so stellte China 2022 bereits seinen dritten Flugzeugträger in Dienst und hat mit aktuell 340 Kriegsschiffen die USA, die im April 2023 über 296 Kriegsschiffe verfügten, zahlenmäßig bereits überholt

und soll bis 2030 etwa 440 Schiffe haben und nach dem Ersetzen älterer Schiffe auch technisch der US-Marine überlegen sein.

Für China ist also der Krieg, den Russland in der Ukraine führt, aus denselben Gründen lästig, aus denen er für die USA nützlich ist, da ihm nämlich hierdurch der russische Verbündete bzw. seine Rüstungsindustrie in dem kommenden Konflikt nicht oder nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung stehen wird. Diese Missbilligung zeigte sich zunächst an der Enthaltung bzw. später sogar Unterstützung von UN-Resolutionen, die den Krieg verurteilen.

Auch in Afrika, wo China mittlerweile der bedeutendste Handelspartner und Investor ist, geraten chinesische Interessen und Interessen mit China verbündeter Mächte, allen voran Russland, mehr und mehr in Konflikt mit den bisherigen Führungsmächten, v.a. Frankreich in Westafrika. So wurden in jüngster Vergangenheit Mali, Burkina Faso und Niger durch Putsche der französischen Einflussphäre entrissen. Gerade die breite Unterstützung dieser Staatsstrieche durch die Bevölkerung in den betreffenden Ländern verdeutlicht, dass auch die Bourgeoisie dieser Staaten ein Interesse an der Wendung von Frankreich zu China hat und man sich hiervon bessere Entwicklungsmöglichkeiten verspricht. Da Frankreich bisher allerdings wenig entschlossen gegen diese Verdrängung agierte und im Gegenteil eine Annäherung an die BRICS betreibt, wohl mit dem Ziel vorerst gemeinsam mit diesen die Einflusszonen aufzuteilen, besteht hier kein derart fundamentaler Widerspruch wie gegen die USA.

Es lässt sich also festhalten, dass der kommende große Krieg zwischen China und den USA wahrscheinlich im asiatisch-pazifischen Raum entbrennen wird, wobei Europa hierbei voraussichtlich versuchen wird, sich aus dem Konflikt herauszuhalten und durch günstige Beziehungen zu beiden Kontrahenten als lachender Dritter hervorzugehen. Dass neben dem Hauptkonflikt noch weitere regionale Konflikte ausgetragen werden, ist zu erwarten.

Quellen:

Dobson, Paul: Contradicciones internas limitan avances guerreristas en cumbre de OTAN. In Tribuna Popular, 3040, S. 9.

Tooze, Adam: Perspektiven für eine strategische Autonomie Europas in einer multipolaren Welt. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=fV8zbRArmBg&pp=ygUWc3RyYXRIZ2lzY2hIIGF1dG9ub21pZQ%3D%3D> (abgerufen am 14.08.2023).

Military competition. Of battleships and displacement. In: The Economist. 13. - 19. Mai 2023, S. 16 f.

Und ein weiterer Angriff auf Marx...

Hermann Jacobs: Marx – ein Torso? Und ein vielfacher sogar?

Da veröffentlicht das „Neue Deutschland“ in seiner Ausgabe von 5./6. August 2023 ein Interview mit Michael Heinrich. In diesem schätzt Heinrich Marx` Arbeiten ein: „Das Marx`sche Gesamtwerk ist nicht einfach ein Torso, es ist eine Serie von Torsos; Anfänge, Abbrüche, Neuanfänge mit veränderten theoretischen Koordinaten, erneute Abbrüche“. ND übernimmt im Titel des Interviews diese Aussage von Heinrich, es heißt dort: „Ein Werk aus vielen Torsos“.

Na bitte. Muss man sich da noch Mühe machen – mit Marx?

Dass der Sozialismus seiner ersten geschichtlichen Realität nach ab der Aufhebung der Sowjetunion (DDR usw.) heruntergeredet werden wird, war zu erwarten, und sich damit auseinanderzusetzen ist eine neue Anforderung an den Marxismus. Aber dass es nun Marx, der in seinen theoretischen Arbeiten die Notwendigkeit der Kritik am Kapitalismus, und daher auch die Notwendigkeit einer sozialistischen Ordnung der menschlichen Gesellschaft nachwies, *auch an den Kragen gehen soll*, ist eine Erweiterung der Kritik. Der Marxismus ist doppelt herausgefordert: Durch Kritik am Sozialismus und durch Kritik an Marx.

Vorgestellt wird Heinrich vom ND als *Marx-Forscher*, dies ist er schon seit vielen Jahrzehnten – allerdings nur, wenn dabei bedacht wird, dass er zur Kategorie der besonderen Marx-Forscher gehört. Er hat immer an Marx `was auszusetzen gehabt, zuerst an dessen Werttheorie. Bekannt ist sein 1991 veröffentlichtes Buch „Die Wissenschaft vom Wert“, das inzwischen, wie ND uns mitzuteilen bemüht ist, ins „Englische, Französische, Spanische und Arabische

übersetzt“ ist. Sich mit Marx auseinanderzusetzen, dagegen ist nichts einzuwenden. Warum nicht, Marx ist ja kein Heiliger. Kritik an Marx ist erlaubt, an seinem Werk herum zu deuteln, es auch verbesserungswürdig zu finden – warum nicht. Zu sagen, dass es auch – das Gesamtwerk betrachtet – eine Bearbeitung verdient hätte, es zu straffen möglich gewesen wäre, Marx also ein wenig ausgefertigt hätte – all das ist erlaubt. Aber von einem Torso zu sprechen unterstellt, dass Marx nichts gedanklich Fertiges, Richtiges hinterlassen hätte, d.h. man es auch „in die Ecke stellen könnte“. Und das ist nicht richtig, das unterstellt aber gerade der Begriff Torso; der Begriff *Serie von Torso*, also ein Nacheinander von nur torsoartigem erst recht.

Kritik an Marx, Zweifel an seinen Theorien hat es immer schon gegeben, aber was bedeutet es, sie gerade ins Gespräch zu bringen – jetzt, nach dem Ende der europäischen Länder des Sozialismus? Muss, nach dem faktischen Ende des Sozialismus (mindestens in Europa) auch der geistige Vater des Sozialismus einem Ende zugeführt werden? Ist erst dann der Sozialismus vollständig der Fragwürdigkeit ausgesetzt? Mit einem Wort: Bedarf es denn der Verdoppelung der Kritik, um den ganzen Marxismus, seine Praxis wie seine Theorie, in die Wüste der Fragwürdigkeit verweisen zu können?

Wäre es nicht richtiger (richtig!) zu sagen, nun ja, der Sozialismus ist gescheitert („gescheitert“), aber Marx lebt? Wir können doch durchaus weiter davon ausgehen, dass Marx Richtiges gesagt hat, und dass dieses Richtige verdient, der Menschheit erhalten zu bleiben. Was hindert uns daran? Ein so genanntes Ende des Sozialismus doch nicht. Die marxsche Kritik am Kapitalismus bleibt doch bestehen und hat weiterhin Bestand – dies mindestens. Am realen Sozialismus dagegen kann weiter gearbeitet werden. Das sind zwei verschiedene Dinge. Selbst wenn man bei Marxschen Werken von einem Torso ausginge, sind das zwei verschiedene Dinge. Marx ist richtig, selbst wenn vom Sozialismus, wie wir ihn kennengelernt haben, gesagt wird, dass er falsch, der Falsche gewesen wäre. Hier hätte auch ein Michael Heinrich freie Bahn.²² Wir wollen nur nicht, dass von

²² Weil ja um das Richtige des realen Sozialismus – oder auch um den richtigen Sozialismus – noch immer gekämpft wird, werden muss. Da fehlt eben noch ein Marx. Beim Kapitalismus aber eben nicht, da ist - und von Marx - das Richtige schon gesagt, Marx kann - wenn schon - nur ergänzt werden. Das ist der Unterschied.

Marx behauptet wird, dass er nur ein Torso an Gedanken hinterlassen hat. Nein, er hat Richtiges hinterlassen. Kein Torso. In Marx` schem „Torso“ steckt Wahrheit. Diese gilt es zu bewahren und weiter zu vertreten. Kein Schicksal des realen Sozialismus berechtigt dazu, die Kritik an diesem auf Marx auszudehnen, auch ihm Zerstörtheit/Gestörtheit (seiner Gedanken) zu unterstellen.

Ein Torso ist ein entweder graduell zerstörtes Gebilde, oder ein eben unvollkommenes, nicht bis zur Vollendung gebrachtes Gebilde. In diesem Fall also das gedanklich unreife, unvollendete Gebilde von Karl Marx. Und einmal bei Marx angelangt, oder bei Marx schon „erkannt“, kann die Parallele zum realen Sozialismus getrost gezogen werden. Auch dieser endete ja „im Torso“. Anders geht nicht, bei diesem Vater ...

Der sich auf Marx berufende Marxismus ist zu einer anderen Einstellung zu Marx gekommen. Er hat Marx` Erkenntnisse zur wissenschaftlichen Grundlage der Arbeiterklasse gemacht, d.h. sich bei seiner Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bzw. der Begründung einer eigenen, sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung an Marx` Erkenntnissen, Gedanken, Vorschlägen orientiert. Und zwar nie so, dass er bei diesen Erkenntnissen von einem so genannten Torso an Gedanken/Erkenntnissen ausging, sondern um wirkliche Wahrheiten, d.h. objektiv richtige Widerspiegelungen gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Begriff Torso ist im Marxismus, also in der wissenschaftlich begründeten Theorie der arbeitenden Klassen, nie gefallen. Dabei ist nie ausgeschlossen worden, dass, weil um erste, wenn auch grundlegende Erkenntnisse über den Kapitalismus, es sich immer noch um weiter zu entwickelnde Erkenntnisse handeln könne²³, aber dies wurde nie auf unreife, nur erst halbe Erkenntnisse von Marx zurückgeführt, sondern wenn noch zu entwickeln, dann weil der Kapitalismus selbst sich noch weiter entwickelt. Was aber wahr bei Marx, schon bei Marx, blieb und ... bleibt wahr. Nicht ein besserer Marx führt über Marx hinaus, sondern nur eine reale Geschichte des Kapitalismus selbst. Aber eine objektive Entwicklung ist keine Kritik an Marx, sondern nur eine Pflicht, den Marxismus fortzuentwickeln - „über Marx hinaus“.

²³ Man denke zum Beispiel nur an Lenins theoretische Arbeiten über die Entwicklung des Kapitalismus zu seinem/einem imperialistischen Stadium (was aber nicht alles ist, es gibt auch noch weitere innere Entwicklungen im Kapitalismus).

Heinrich aber sät Zweifel am Wahrheitsgehalt von Marx von Anfang an, er unterstellt ihm Halbgebilde an Erkenntnissen. Eben Torsos. Ja, eine Serie von Torsos. Das öffnet uns natürlich nicht neue, „höhere“ Erkenntnisse von Marx oder als Marx sie hatte, sondern öffnet nur das Tor zu *anderen Interpretationen des Kapitalismus als marxschen*. Vielleicht heinrichschen. Man braucht ja nur seine Bücher zu lesen. Dabei geht er durchaus „begründet vor“. Und zwar wie? Indem er den *Prozess des Denkens* bei Marx nachvollzieht. Doch dass Marx ständig am „Kapital“ herumarbeitet, auch unvollendetes hinterlassen hat, schließt eben nicht aus, dass das, was er einmal formuliert hatte, richtig war, d.h. der Objektivität gesellschaftlicher Verhältnisse auch entsprach. Gesagtes kann auch noch besser, vielleicht sogar endlich vollkommen richtig – oder vollkommener richtig - gesagt werden. Keine Wissenschaft lebt *nur* von Zitaten.²⁴

Worum also geht es? Um zwei Dinge: 1. *nicht* darum, das - durchaus machbare wie auch sinnvolle - Nachdenken um den Marxschen Erkenntnisprozess selbst einzustellen (Heinrich soll also in seiner Marxforschung weitermachen, ohne dabei aber in Bezug auf Marx nur von Halbheiten, eben Torsos zu sprechen²⁵); 2. sondern darum, die weitere Entwicklung des Kapitalismus (wie anderer gesellschaftlicher Ordnungen bis hin zum Sozialismus) dem bereits von Marx gebildeten theoretischen Schatz hinzuzufügen.

Der Marxismus kann entwickelt werden, über Marx hinaus entwickelt werden, aber nicht weil wir bei Marx Halbwahres „entdecken“, sondern weil sich der Kapitalismus selbst entwickelt - über die erst Marx bekannte Historie hinaus.

Der Marxismus ist eben nicht bei Marx stehen geblieben. Aber eben auch weiterentwickelt worden, ohne Marx aufzugeben. Darum geht es: Nichtaufgabe von Marx bei Weiterentwicklung des Marxismus.

²⁴ Die historische Entwicklung des Kapitalismus hätte auch einen Marx überrascht, denn das, was Marx als Kapitalismus erlebte, war – wie wir heute wissen – noch nicht der zuhöchst entwickelte Kapitalismus.

²⁵ Marx ändert ja auch dort, wo er etwas *besser* zum Ausdruck bringen will.

Marxismus-Leninismus, Revisionismus und Zentrismus

Heinz Ahlreip: Kardinale Knotenpunkte der Arbeiterbewegung

DIE PARTEI: Der allerwichtigste und entscheidende Punkt ist die Bildung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei, auf die schon der Titel der diesbezüglichen Schlüsselschrift des Ende 1847 verfassten Manifestes der Kommunistischen PARTEI hinweist, verfasst von Marx und Engels, die beide keine Arbeiter waren.

Selbständig deshalb, weil ohne die Selbständigkeit der Sieg über den Hauptfeind Bourgeoisie unmöglich ist, politisch, weil es sich um eine Klassenkriegspartei handelt. Selbstredend ist diese durch die Schlüsselschrift theoretisch fundamentalistisch ausgerichtete Partei untrennbar mit dem Klassenkampf des Proletariats verbunden.

Um die Arbeiterbewegung politisch zur Entfaltung zu bringen, ist es zunächst notwendig, zusammen mit der Bourgeoisie gegen jede feudale Reaktion zu kämpfen, wie eng und begrenzt auch immer die politische Freiheit zunächst ist.

Der Befreiungskampf des Proletariats ist unbedingt politisch auszuführen, worauf der Schwerpunkt liegt, der rein ökonomische Kampf gegen das Kapital führt nicht zum Sozialismus, sondern verharrt im engen Flussbett des traditionell bürgerlichen Lohn- bzw. Geldsystem. In Deutschland war es das große Verdienst Lassalles, dass er die Arbeiterbewegung aus den Klauen der liberalen Bourgeoisie befreite, zugleich aber gleichzeitig ein großer Mangel, dass er diese zu einseitig auf den ökonomischen Kampf ausrichtete.

DIE GEWERKSCHAFTEN: Marx nahm den ökonomischen und politischen Kampf immer in einem Stück, so dass auch heute die marxistischen Führer der Arbeiterbewegung in der Pflicht stehen, den ökonomischen Kampf um den Lohn vermittels der Gewerkschaften, die im Kapitalismus gesetzmäßig-notwendig auftreten, mit dem politischen Kampf gegen die bürgerliche

Diktatur, d.h. die Diktatur des Kapitals in einer Hand zu vereinigen. Wer den ökonomischen vom politischen Kampf trennt, hat den Sinn beider Klassenkampfformen nicht inne.

Der ökonomische Kampf, den die utopischen Sozialisten für überflüssig halten, ist ungemein wichtig, damit dem Arbeiter nicht sein tägliches Brot aus der Hand genommen wird, aber erst durch den politischen Kampf wird dem Arbeiter begreiflich, dass er in die andere Hand ein Gewehr nehmen muss. Sicherung der Existenzmittel zwecks militärischer Übungen im Rotfrontkämpferbund. Dafür kämpft die gesellschaftswissenschaftlich ausgefeilte Partei, man verkürzt ihre weltgeschichtliche Bedeutung, wenn man das Gewehr verlegt, gedanklich verdrängt, zum naiv-weltfremdem Pazifismus heransinkt. sie nur als politische ohne Bezug zur militanten Kreativität auffasst.

Lassalle, Bernstein, Kautsky, Plechanow, Chruschtschow bis Gorbatschow, dieser Schlingel zuletzt und vor allem, hackten der Arbeiterklasse die Hand ab, deren weltgeschichtliche Aufgabe die proletarische, d.h. sozialistische Revolution und damit auch das Tragen des Gewehrs mit scharfer Munition war und ist.

Es ist nicht leicht, die Relation zwischen ökonomischen Kampf und politischen stimmig zu balancieren und Übertreibungen zu der ökonomischen und der politischen Seite zu korrigieren. Marx und Engels konnten gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch verfolgen, wie insbesondere die englische Arbeiterbewegung die rein ökonomische Seite zu einseitig herausstrich, in Frankreich und in den romanischen Ländern, in denen der Einfluss Bakunins stark war, galt das Gegenteil, die Geringschätzung des ökonomischen Kampfes.

Der Fortschritt der Bewegung haderte daran, dass im Klassenkampf keine Einheitlichkeit seiner beiden Hauptkomponenten vorlag, wie überhaupt durch die einseitige Konzentration auf den rein ökonomischen Aspekt zwei Rutschbahnen eröffnet werden, die zum Anarchismus und die zum Reformismus.

EXKURS: Das Godesberger Programm der SPD hat 1959 alle Gewehre der Arbeiterklasse über Bord geworfen und das Schiff der Revolution in übelste,

faschistische Gewässer getrieben. Als der BND Helmut Schmidt 1979 im Rahmen der Operation Rubikon mitteilte, dass die argentinische Militärregierung Demokraten, Sozialisten und Kommunisten lebendig aus Flugzeugen weit über dem Atlantik hinauswerfe, da schwieg der fesche Hanseate und ließ zum Ende seiner politischen Karriere verlauten, er meine, seine Sache anständig gemacht zu haben. Ein widerlicher Zug mehr in der faschistischen Fratze der SPD.

FAZIT: Der Marxismus-Leninismus bewegt die Gewerkschaften gegen den Widerstand ihrer pervers-opportunistischen Führung über den engen Lohnhorizont hinaus, öffnet den Gewerkschaftsmitgliedern die Augen zum Internationalismus, dass es gilt, Millionen und Abermillionen Menschen auf allen Kontinenten zu befreien. Dabei steht der politische Kampf im Vordergrund (Vergleiche Lenin, Protest russischer Sozialdemokraten, in: Lenin, Marx Engels Marxismus, Dietz Verlag Berlin, 1967,107), denn die Bourgeoisie greift ständig die erkämpften Rechte der Arbeiterklasse an. Der Sieg kann dem Sozialismus nur winken, wenn den Marxisten-Leninisten die Ausrichtung der Millionenmassen der Arbeiter und Kleinbauern, der absoluten Mehrheit des Volkes, auf diese selbst gelingt, so ihr politisches Tagwerk zu beginnen, dass es gilt, die Kleinen und Schwachen zu schützen, aber hart und grausam gegen die Reichen und Mächtigen zu sein.

Die Geschichte spielt uns allen heute einen Streich. Die Faschisten scheinen fest im Sattel zu sitzen, wenn wir Revolutionäre nicht den Sachverhalt durchdenken, nicht unser Feind, unser Freund ist heute weitgehend unsichtbar:

Milliarden heimlich geballter Fäuste, Millionen täglich fließender Tränen wegen des barbarischen Produktionsprozesses, Unmenschlichkeit und Terror der Reaktion und des Kapitals, in jeder Himmelsrichtung die Hölle des kapitalistischen Produktionsprozesses, ungefähr 56 % in der BRD sind unzufrieden mit ihrer Arbeitsstelle (Vergleiche google: GoodJobs), wären sie marxistisch aufgeklärte Menschen, müssen es 100 % sein.

Und die große Masse fleißiger, von einer Handvoll Schmarotzertieren gedemütigter, geschundener Menschen muss nur vereinigt werden, um hart

und grausam die Schmarotzertiere - ein Ausdruck von Engels, der den Revisionisten überhaupt nicht schmeckt - auszurotten.

Christian Kunz: Über die ideologischen Unterschiede in der KPD und welche Praxis daraus folgt

Die KPD ist eine kleine Partei. Das ist bekannt und kein Geheimnis. Außerdem hat sie viele Mitglieder, die schon älter sind. Wenn Sympathisanten und Freunde der KPD von den Auseinandersetzungen hören, ist oft Verständnislosigkeit zu hören. Nicht selten bekommt man gesagt: „Seid ihr nicht klein genug?“, „Ist das denn so wichtig?“, „Ihr habt doch dasselbe Ziel.“

Auch wenn ich in den folgenden Zeilen begründen werde, warum ich diese Reaktionen für falsch halte, so ist dem eine tiefe Sorge um den Zustand der KPD und oft auch der kommunistischen Bewegung insgesamt nicht abzusprechen. Denn es ist ja wahr: Einigkeit macht stark!

Wenn eine kommunistische Partei in wesentlichen Fragen nicht einig ist, wird sie nichts erreichen können. Das wissen auch unsere Freunde und Sympathisanten. Auch so gibt es schon genug Parteien in der BRD, die sagen, sie seien Marxistisch-Leninistisch. Eine Suche mit Google zeigt, es wird ein Dutzend davon angezeigt und der Sympathisant wird auf den ersten Blick die Unterschiede nur schwer erkennen. Mein Text soll auch nicht zeigen, dass es zwischen allen diesen Organisationen und Gruppen große Unterschiede gibt. Auch hier wird es zumindest in großen Teilen eine Aktionseinheit geben müssen mit dem Ziel: Einheit!

Doch was ist eine Einheit Wert, die nur oberflächlich da ist?! Hier ist in der Tat von Einheit schwer zu sprechen. Es ist normal, dass es in einer kommunistischen Partei auch zu Diskussionen um taktische Fragen kommt. Wäre dem nicht so, wäre das ein schlimmer Zustand einer Partei. Doch in strategischen Fragen muss Einigkeit sein, sonst ist ein einheitliches Handeln nicht möglich. Das heißt nicht, dass sich die KPD spalten sollte. Jedoch müssen die Uneinigkeiten überwunden werden. Um dies zu schaffen, müssen wir erst mal zeigen, woraus die Uneinigkeiten bestehen.

Auf den ersten Blick scheint es nur um die Bewertung des Krieges der Russischen Föderation in der Ukraine zu gehen. Doch dies täuscht: es handelt sich nicht um eine Auseinandersetzung um taktische Fragen, wie um eine Parole, die falsch oder richtig sein kann. Denn es betrifft mit den Imperialismus-Theorien die Frage, in welcher Welt wir leben. Da unsere Weltanschauung von der Erkennbarkeit der Welt ausgeht, handelt es sich also um eine sehr wichtige Frage, deren Bedeutung nicht abnehmen wird. Eine mit uns befreundete Organisation, die Kommunistische Organisation (KO), hat sich gar deswegen gespalten und auch in der größten Partei der Kommunisten, der DKP, gab es diese Diskussionen. Damit wir uns also wieder einig werden können, müssen wir wissen, um welche gravierenden Unterschiede es sich handelt.

Die zwei widerstreitenden Ansichten über die Imperialismusfrage

Die erste Theorie geht davon aus, dass es scharf getrennt imperialistische Staaten und unterdrückte Staaten gibt. Bei den imperialistischen Staaten handelt sich hierbei um die USA als führende Macht und ihre abhängigen Satellitenstaaten: BRD, Spanien, Frankreich, Südkorea, Australien, etc., dessen Gruppe relativ einheitlich „der Westen“ genannt wird. Bei den unterdrückten Staaten handelt es sich um ganz Afrika, Südamerika, große Teile von Asien etc. Daraus folgt, dass man die Bourgeoise dieser Staaten in ihrem Streben nach Aufstieg unterstützt. Das betrifft dann unterschiedliche Staaten wie Indien, Russland, China, Türkei etc. Hier wird davon ausgegangen, dass das Bestreben dieser Staaten der Arbeiterklasse nutzt.

Die Funktion einer kommunistischen Partei in diesen Ländern wäre also keine revolutionäre mehr, sondern eine der loyalen Opposition zu den Regierungen, sofern sie um Unabhängigkeit bestrebt sind. Da aber jedes kapitalistische Land bestrebt ist, die besten Bedingungen für sein Kapital zu schaffen und darin mit anderen Ländern konkurriert, bleibt für die Kommunisten in diesen Ländern nur die Rolle einer sozialdemokratischen Partei. Dementsprechend müsse der Krieg gegen die Ukraine der Russischen Föderation dann auch unbedingt unterstützt werden! Doch es geht noch weiter: Egal ob ein sozialdemokratisches Regime wie in Venezuela oder Nicaragua, oder theokratisches Regime wie im Iran, überall wird die Bourgeoisie unterstützt.

Nun nehmen wir an, dass dies richtig wäre. Was folgt daraus für die BRD? Schließlich leben wir nicht in Russland oder Venezuela. Auch hier legt diese Theorie eine Einigung mit Teilen des Kapitals nahe und tatsächlich wird in Diskussionen oft das Nationalkomitee Freies Deutschland erwähnt. Nicht gesagt wird natürlich, dass dieses unter ganz anderen Bedingungen agiert hat!

Schließlich folgt daraus auch eine falsche Etappentheorie: Da man mit Teilen des Kapitals keine Bündnisse machen kann, wenn das nächste Ziel der Sozialismus ist, muss man dem Kapital etwas anderes anbieten. Das wäre dann die Unabhängigkeit von den USA! Deswegen loben viele von ihnen z.B. Saha Wagenknecht, der genau so etwas vorschwebt. Noch wird eher selten die AFD in diesem Zusammenhang erwähnt, jedoch wäre dies nach dieser „Logik“ nur folgerichtig. Voraussetzung: die AFD oder andere faschistische oder faschistoide Gruppierungen müssen dann als nicht mehr so schlimm und deshalb bündnisfähig dargestellt werden.

Wir sehen: Diese revisionistische Theorie führt überall zur Unterordnung unter die Bourgeoisie – auch in der BRD. Die Parole „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ gilt auch nicht mehr, ist hier doch der Hauptfeind die USA! Auch China erscheint als sozialistische, zumindest antiimperialistische Macht. Das verwirft mühsam erkämpfte Klarheiten der Partei wie die, dass eine „sozialistische Marktwirtschaft“ nicht möglich ist.

Wo wir auch hinsehen, überall folgt auf die revisionistische Theorie eine opportunistische Praxis. Deswegen ist eine Einheit mit dem Revisionismus nicht möglich! Unsere Partei muss diese kleinbürgerlichen Theorien überwinden, um wieder eine Partei neuen Typs zu werden.

Was ist nun mit der wirklichen Imperialismus-Theorie, die dem leninschen Denken entspricht – welches Handeln folgt aus ihr?

Die zweite Theorie geht davon aus, dass sich monopolkapitalistische Verhältnisse heute fast überall durchgesetzt haben. Ausnahmen sind Staaten, die entweder sozialistisch sind, oder über keinerlei Unabhängigkeit verfügen: Palästina, Puerto Rico, etc., ebenfalls Staaten, die fast keinerlei monopolkapitalistische Verhältnisse und keinerlei ökonomische Unabhängigkeit haben. Aber das ist nicht das Wesentliche des heutigen Imperialismus, der von ungleichen gegenseitigen Abhängigkeiten ausgeht.

Was folgt daraus? Daraus folgt, dass die Bourgeoisie heute keine positive Rolle mehr spielt. Dass der nächste Schritt in fast jedem Land der Sozialismus sein muss! Auch die Vereinbarkeit von Warenproduktion und Sozialismus wird verneint, wird doch ganz klar davon ausgegangen, dass z.B. China heute imperialistisch ist!

Wie wir sehen, gibt es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis (Lenin). Das ist immer noch wichtig und richtig. Auch die marxistisch-leninistische Theorie leugnet Abhängigkeiten und Hierarchien nicht. Hier wird wirklich der Imperialismus bekämpft! Es zeigt sich, dass der Kampf gegen den Imperialismus und der Kampf um den Sozialismus zwei Seiten einer Medaille sind!

Die Kommunisten in Venezuela bekämpfen sowohl ihre Regierung, weil sie Sozialabbau betreibt, als auch die USA, weil sie in Venezuela gerne eine ihnen hörige Regierung haben will. Unsere Aufgabe in der BRD wäre, unseren Hauptfeind in der BRD daran zu hindern Venezuela zu erpressen und gleichzeitig die Solidarität mit der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei in Venezuela in der BRD zu organisieren. Am besten helfen wir den Kommunisten weltweit, wenn wir hier in unserem Land die proletarische Revolution organisieren. Auch hier ergibt sich eine ganz andere Bündnispolitik, die in erster Linie die Interessen der Arbeiterklasse einnimmt und eine Bündnispolitik, die auch auf andere rote Gruppen zugeht und nicht auf die Bourgeoisie!

Wir sehen also: ohne die richtige revolutionäre Theorie können wir nichts erreichen. Wenn sich der Revisionismus durchsetzt, werden wir im besten Fall eine Sekte, die dann zu Recht keinen Einfluss hat, im schlimmsten Fall eine Querfront-Organisation. Ich denke, es gibt weltweit positive Beispiele von revolutionären Parteien wie die KKE, die TKP, die PCM, oder die PCV. Auch unser Land braucht wieder eine kommunistische Partei, die diesen Namen verdient!

Sorgen wir dafür, dass unsere Partei, die KPD, das wird. Schon der Name verpflichtet, schließlich stehen wir in der Tradition der SED und der historischen KPD. Sorgen wir dafür, dass wir wieder bei Thälmann sind!

Walter Haberkorn, Tim Schoenmakers: Kampf dem Zentrismus – Der Hauptgegner unserer Partei?

1. Einleitung

Unsere Partei, die KPD, befindet sich in einer Existenzkrise. In fast allen Gremien zeigt sich ihr tief gespaltener Zustand.

Seit kurzem ist in unserem Zentralorgan, unserer Parteizeitung „Die Rote Fahne“, die Entwicklung eingetreten, dass Artikel, welche den gegenwärtigen Ukraine-Krieg als imperialistisch verurteilen, ignoriert und Artikel mit positivem Bezug zur russischen Bourgeoisie oder gar der „World Antiimperialist Platform“ (WAP) – das heißt der Zusammenarbeit mit Faschisten – kritiklos toleriert werden. Diese Entwicklung in der Roten Fahne bahnte sich schon länger an, wurde doch das Zentralorgan von interessierter Seite einerseits immer wieder „häppchenweise“ mit pro-russischen und im Zusammenhang mit der WAP, mit reaktionären Artikeln untergraben und andererseits die Herausnahme, bzw. Entschärfung von Artikeln mit marxistisch-leninistischem Inhalt unter Verweis auf die „Nicht-Positionierung“ der Parteiführung stückchenweise durchgesetzt.

Die Spaltung in der Partei sehen wir auch in den jeweiligen Kommissionen: Die ideologische Kommission, die bis vor kurzem noch die ideologische Linie unserer Partei verteidigte und die Internationale Kommission, die den Eintritt unserer Partei in das Solidnet – einem internationalen Zusammenschluss kommunistischer Parteien – verhindern will und sich stattdessen um ein Bündnis mit der „World Antiimperialist Platform“, also um ein Bündnis mit Querfrontlern und faschistischen Kräften bemüht.

Mit all dem zusammenhängend geht die Tatsache einher, dass das Zentralkomitee der Partei, trotz aktiver Bildungsarbeit seitens der ideologischen Kommission, weder in der Lage ist, sich eindeutig gegen den gegenwärtigen zwischenimperialistischen Krieg in der Ukraine auszusprechen noch das imperialistische Weltsystem richtig zu analysieren. Daraus folgt eine politische Sprachlosigkeit, die wiederum der Parteiarbeit – sowohl im innerparteilichen Klärungsprozess, als auch in der Agitationsarbeit – schweren Schaden zufügt.

Die oben genannten, an der Oberfläche sichtbaren Probleme sind natürlich Resultat der aktuell anhaltenden Offensive des Revisionismus. Mit ihm haben wir uns in einem vorherigen Beitrag mit dem Titel: „Über den Revisionismus in unserer Partei“²⁶ beschäftigt. Die Spaltung in unserer Partei ist daher politisch-ideologischer Natur und hat durch den entsprechend unterschiedlichen Umgang mit der gegenwärtigen imperialistischen Weltlage eine neue gefährliche Dynamik angenommen. Mittlerweile scheint uns dabei das Hauptproblem ein spezifisches zu sein: Der aus dem Revisionismus entspringende Zentrismus.

Dieser wütet zurzeit heftig in der Führung der KPD. Obwohl er vorgibt, sich inhaltlich zum Marxismus-Leninismus zu positionieren, legitimiert der Zentrismus objektiv den Revisionismus in der Partei und bremst gleichzeitig die Auseinandersetzung mit ihm aus. Dieser Mechanismus ist Gegenstand der hier vorliegenden Analyse.

Mit der vorliegenden Analyse soll der konterrevolutionäre Charakter des Zentrismus am Beispiel seines Einflusses in der KPD analysiert werden. Wir verfolgen dabei die Intention, dem Zentrismus und Revisionismus in unserer Partei mit inhaltlicher Auseinandersetzung etwas entgegenzusetzen und ihn so gut es geht zurückzudrängen. Sollte dies nicht gelingen, also sollte die KPD am Zentrismus untergehen, muss der Zentrismus in seinen Ursachen erforscht und in seiner Bedeutung analysiert werden, damit die vorliegende Arbeit zumindest im weiteren Konsolidierungs- und Klärungsprozess der kommunistischen Bewegung von Nutzen sein kann. Da der Zentrismus in der KPD von uns nicht nur von außen kommentiert wird, wir selbst in gewisser Weise Teil des gegenwärtigen zentristischen Zersetzungsprozesses sind, hoffen wir somit mit unserer Arbeit einen authentischen Einblick in die konkreten Erfahrungen in der KPD vermitteln zu können, der für die kommunistische Bewegung von Wert sein kann.

²⁶Vgl. Haberkorn, Walter und Schoenmakers, Tim: Über den Revisionismus in unserer Partei. 02.06.2023. URL: http://k-p-d.de/images/daten/diskussion/2023-06-02_%C3%9Cber-den-Revisionismus-in-unserer-Partei.pdf (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

Zunächst geben wir in dieser Analyse einen kurzen Überblick über die Begriffe Revisionismus und Zentrismus. In den Folgekapiteln analysieren wir in mehreren Teilbereichen zentristische Begründungen den Revisionismus in unserer Partei zu tolerieren, denen wir häufiger begegnet sind. Neben der Widerlegung dieser Thesen haben wir dabei auch versucht, die zentristische Logik aufzuspüren und möglichst transparent zu zeigen, worauf diese Thesen hinauslaufen. Mit dem Ganzen einhergehend wollen wir die in unserer Überschrift festgehaltene Ausgangsthese überprüfen: Der Zentrismus sei gegenwärtig der Hauptgegner unserer Partei.

Sollte die Ausgangsthese sich als wahr herausstellen, wäre nicht nur der Zentrismus aufgedeckt: Auch wir müssten unser bisheriges Handeln in der Partei einer Selbstkritik unterziehen. Wir hätten uns dann zu sehr an klassisch revisionistische Thesen festgebissen, anstatt sich ebenso den Kräften in unserer Partei – vor allem in der Führung – entgegenzustellen, die gemäß der These den Revisionismus permanent toleriert und seine Bekämpfung verhindert hätten. Auch das wäre also zu prüfen.

2. Was ist Revisionismus? Was ist Zentrismus?

Unseren letzten Diskussionsbeitrag haben wir mit der Bemerkung abgeschlossen, dass in unserer Partei eine verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung gegen den Revisionismus geführt werden muss.²⁷ Zur Untermauerung dieser Bemerkung müssen wir zunächst klären, was Revisionismus überhaupt ist. Dieser sei hier kurz dargestellt, ehe wir daraus den Zentrismus als eine besondere Spielart des Revisionismus ableiten.

Der Revisionismus ist die Aufweichung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Diese Aufweichung führt zur Aufgabe des sozialistischen Ziels. Sie kann also nicht im Interesse des Proletariats, sondern muss notwendig im Interesse der Bourgeoisie sein. Zur Verdeutlichung zitieren wir im Zusammenhang mit einem historischen Beispiel Kurt Gossweiler:

„Der Revisionismus ist Ideologie und Praxis der Zerstörung des Sozialismus von der ökonomischen Basis bis in alle Verzweigungen des Überbaus hinein.

²⁷Vgl. ebenda, S. 36.

In der Sowjetunion gehörte zu den Methoden der Schädigung der ökonomischen Basis die Nichtbeachtung und Verletzung der Gesetze der Ökonomie des Sozialismus. Das zeigte sich besonders deutlich zum einen in der Wendung von der bewussten Einengung des Wirkungsbereiches des Wertgesetzes zur bewussten Ausdehnung seines Wirkungsbereiches auf die gesamte Volkswirtschaft [...].“²⁸

Das Wertgesetz wirkt dann, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht. Aus seiner inneren Logik heraus, schafft das Wertgesetz die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hat also ein Interesse an der „bewussten Ausdehnung seines Wirkungsbereiches auf die gesamte Volkswirtschaft“. Daher wird der Klassenfeind versuchen mittels innerer Zersetzung die Kräfte in der kommunistischen Partei zu stärken, die an der Aufweichung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus und an der Aufgabe des sozialistischen Ziels interessiert sind.

Da wir grundsätzlich davon ausgehen, dass der Marxismus-Leninismus eine in sich kohärente Wissenschaft ist, führt die Aufweichung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu logischen Fehlschlüssen. Damit der Revisionismus sich im Interesse des Klassenfeindes dennoch behaupten kann, wird er versuchen, die inhaltliche Auseinandersetzung zu umgehen und stattdessen bestrebt sein, formale oder emotional angelegte Schwerpunkte zu setzen. Da der Revisionismus aufgrund seiner logischen Fehlschlüsse nicht imstande ist, eine inhaltliche Diskussion zu führen, ist er auch gezwungen mit Täuschungen, Tricks, Fraktionsarbeit und Ähnlichem zu arbeiten. Zur Umgehung der inhaltlichen Diskussion steht dem Revisionismus also ein breites Repertoire an Möglichkeiten zur Verfügung.

Es kommt daher immer erst auf die inhaltlichen Thesen an, die man vertritt. Aus den Thesen heraus – marxistisch-leninistisch, oder revisionistisch – kann das Verhalten logisch hergeleitet werden. Revisionismus ist also nicht „das Böse“ oder der schlechte Charakter an sich. Man kann sich als Kommunist

²⁸Gossweiler, Kurt: Wie konnte das geschehen. Band 2. Bodenfelde 2017, S. 223.
URL: http://www.k-p-d.org/images/daten/downloads/buecher/gossweiler-kurt_wie-konnte-das-geschehen__band-2.pdf (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

fühlen und in seiner politischen Arbeit keine schlechten Hintergedanken haben. Dennoch ist es auch dann möglich objektiv revisionistisch, also im Interesse des Klassenfeindes zu handeln.

Soll der Revisionismus bekämpft werden ist zur Vermeidung der Aufweichung von Grundlagen des Marxismus-Leninismus ein umfassendes und regelmäßiges Studium unserer Wissenschaft von Nöten. Dazu ist jeder Kommunist verpflichtet, denn niemand ist vom Einfluss des Klassenfeindes vollständig befreit. In der kollektiven Diskussion über bestimmte Themen muss konsequent die inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden. Nur die inhaltliche Diskussion wird Klarheit bringen. Außerdem dürfen keine Kompromisse mit dem Revisionismus erfolgen. So wie das Wertgesetz keine Legitimität im Sozialismus besitzt, ist auch der Revisionismus in einer kommunistischen Partei nicht tolerierbar. Da die kommunistische Partei nicht von den Einflüssen des Klassenfeindes geschützt ist, wächst der Revisionismus in ihr wie Unkraut. Aber gerade deshalb darf man ihn niemals tolerieren.

Nun zum Zentrismus, er ist eine besondere Spielart des Revisionismus. Der Zentrismus tarnt sich als inhaltlich dem Marxismus-Leninismus zugehörig, handelt jedoch objektiv im Interesse der revisionistischen Kräfte in der kommunistischen Partei. In der Folge versucht der Zentrismus die marxistisch-leninistischen Kräfte in ihrer Auseinandersetzung mit dem Revisionismus zu beschwichtigen.

Auch hier wieder ein historisches Beispiel: Die SPD vor dem I. Weltkrieg. In der Partei gab es zwei Flügel: Zum einen den rechten revisionistischen Flügel um Bernstein, Scheidemann und Noske. Diese Fraktion meinte, der Kapitalismus sei reformierbar und der Klassenkampf nicht notwendig. Im Ergebnis dessen drängte diese Fraktion darauf, dass die SPD dem imperialistischen Krieg im Sinne einer „Vaterlandsverteidigung“ zustimme. Zum anderen den marxistischen Flügel, um Luxemburg und Liebknecht. Er hielt an unseren Grundlagen fest, führte die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus und versuchte, die SPD zur Kriegsablehnung zu bewegen. Neben den beiden „Flügeln“ gab es noch das selbsternannte „Sozialdemokratische Zentrum“ um Bebel und Kautsky. Dieses Zentrum rechtfertigte die Existenz des Revisionismus in der SPD mit ähnlichen

Begründungen, wie die Parteiführung heute in der KPD versucht, den Revisionismus zu legitimieren. Das Ergebnis war damals, dass die SPD schließlich dem Revisionismus erlag. Sie stimmte den Kriegskrediten des I. Weltkrieges zu, welcher 10 Millionen Tote kostete. Grund dafür: Der Zentrismus in der Parteiführung.

3. Falsche Einschätzung des Revisionismus

Besonders deutlich wird das zurückweichende und legitimierende Verhalten des Zentrismus gegenüber dem Revisionismus in der grundlegenden Charakterisierung, die uns die Zentristen vom Revisionismus geben. Wie oben dargelegt, ist der Revisionismus nichts anderes als der Einfluss des Klassenfeindes in der Partei der Arbeiterklasse, das heißt der Feind in den eigenen Reihen. Der Klassenkampf des Proletariats kann nicht erfolgreich geführt werden ohne konsequenten Kampf gegen diesen Feind in den eigenen Reihen, was ein Bewusstsein über den Zusammenhang des Revisionismus mit dem Klassenfeind voraussetzt.

So verwundert es nicht, dass uns der Zentrismus in der Diskussion stets gänzlich andere Einschätzungen zu dieser Problematik liefert:

Es wird ein künstlicher Gegensatz zwischen dem Klassenfeind außerhalb der Partei und dem Revisionismus innerhalb der Partei erzeugt. Man müsse angesichts der Konfrontation mit dem Klassenfeind den Kampf gegen den Revisionismus zurückstellen. Mit Revisionisten sei vor dem Klassenfeind Solidarität zu halten.

Der systematische Zusammenhang zwischen Klassenfeind und Revisionismus wird geleugnet. Der Revisionismus wird als Charakterschwäche einzelner „eigentlich ehrlicher Genossen“ individualisiert. Die Bedeutung des Revisionismus wird kleingeredet.

Man versteigt sich idealistisch zur These, diese „ehrlichen Kommunisten“ könnten überhaupt nicht unser Feind sein.

Hieraus folgt ein sehr nachsichtiger Umgang mit dem Revisionismus mit vielen zweiten und dritten Chancen.

Angesichts des Kampfes gegen den Klassenfeind, das heißt die Bourgeoisie in Deutschland und dringender Aufgaben, die in diesem Zusammenhang vor der Partei liegen, soll auf den angeblich nebensächlichen, unwichtigeren Kampf um die Reinheit der Partei verzichtet werden. Dieser schade im Kampf. Diese zentristische Haltung kommt beispielsweise in der folgenden Äußerung eines KPD-Mitgliedes anschaulich zur Geltung: *„Weiter verstehe ich auch nicht die fast ausschließliche Fokussierung auf den Ukraine Krieg. Es wirkt ja so, als ob es aktuell keine anderen Geschehnisse mehr auf der Welt oder in unserem Land gibt als diesen Krieg. [...] Aber stattdessen wird mit allen Mitteln und Möglichkeiten über Russland diskutiert, sogar weit mehr als wir in unserer Partei als Diskussionsablauf geplant hatten. Wir müssen diese Diskussion sofort wieder erden und uns auf das politische Tagesgeschäft konzentrieren.“*²⁹ Es wird hierbei nicht eingesehen, dass es gerade für einen erfolgreichen Kampf gegen die Bourgeoisie, den Klassenfeind, einer starken und klaren kommunistischen Partei bedarf, die den Kampf der Arbeiterklasse organisiert und anleitet und damit gewissermaßen den Generalstab des Proletariats bildet. Gerade diese Aufgabe kann die Partei aber nur mit andauerndem und gründlichem Kampf gegen den Revisionismus erfüllen, da ein Generalstab nicht erfolgreich arbeiten kann, wenn er mit feindlichen Agenten durchsetzt ist, was für den Klassenkampf in noch größerem Ausmaß gilt als für die Kriegsführung. Angesichts der Konfrontation mit dem Klassenfeind und der dringenden Aufgaben, die die Partei im Kampf um den Frieden usw. zu erfüllen hat, gilt es also den Kampf gegen den Revisionismus zu intensivieren und nicht etwa auf den Sanktnimmerleinstag zu verschieben. Die Forderung nach Solidarität mit den Revisionisten läuft letztlich auf die Forderung nach Milde gegenüber Vertretern des Klassenfeindes hinaus. In einem unerbittlichen Kampf gegen alle bestehende Ordnung wie ihn die Kommunisten zu führen haben, in einem Kampf wie ihn ein Arzt gegen den Krebs führt³⁰, ist solche Schonung des Feindes unangebracht und schädlich. Jede Duldung oder gar Unterstützung des Klassenfeindes in unseren Reihen ist ein Nagel im Sarg der proletarischen Revolution.

²⁹Offen-siv 6-2023, S.4 f.

³⁰Vgl. Brecht, Bertold: Die Tage der Commune. Berlin 1972, S. 88.

Da der Zentrismus den Zusammenhang von Klassenfeind und Revisionismus leugnet, wird der systematische Charakter des Revisionismus als Waffe im Klassenkampf nicht erkannt. Die Trennung von Klassenfeind und Revisionismus durch die Zentristen zeigt sich auch an Beiträgen in ZK-Diskussionen, wie dem folgenden: *“Na, bloß gut, daß wir uns jetzt schon selbst ständig Stöckchen hinhalten, über die wir dann putzig hin- und herhüpfen, bis Faschismus und Weltkrieg uns das im KZ oder an der Front dann verleiden. Kleiner Tip [sic]: Yana und Gregor sind nicht die Hauptfeinde.”*

Der Revisionismus muss folglich, da seine Wurzeln nicht im größeren Zusammenhang des Klassenkampfes entdeckt werden, individualisiert werden. Beispielsweise begründete die ZKSK den Ausschluss eines ehemaligen Mitglieds aus Bayern nicht inhaltlich, wie dies noch in mündlicher Form bei der entsprechenden MV geschah, sondern rein formal und individuell, unter dem Vorwand einer „Wahrnehmungsstörung“. Außerdem soll die Vorsitzende der Internationalen Kommission der KPD nicht etwa aufgrund ihrer falschen inhaltlichen Thesen kritisiert – siehe hierzu unseren Diskussionsbeitrag³¹ –, sondern lediglich wegen einer Mail, die angeblich nicht weitergeleitet wurde, zur Verantwortung gezogen werden.

Es handle sich beim Revisionismus lediglich um einzelne Genossen, die aufgrund von Charakterschwächen, psychischen Besonderheiten etc. pp. hin und wieder „über das Ziel hinausschießen“ würden. Auf diese Weise, durch die Individualisierung des Revisionismus, wird natürlich auch der Kampf gegen den Revisionismus individualisiert. Statt eines systematischen inhaltlichen Kampfes gegen den Revisionismus und seine Thesen werden nur „Vergehen“ und „Schwächen“ einzelner Revisionisten bekämpft, was den Revisionismus an sich nicht an seiner Entfaltung hindert und selbst der Ausschluss eines einzelnen Revisionisten hat so keine Konsequenzen für die übrigen.

³¹Vgl. Haberkorn, Walter und Schoenmakers, Tim: Über den Revisionismus in unserer Partei. 02.06.2023. URL: http://k-p-d.de/images/daten/diskussion/2023-06-02_%C3%9Cber-den-Revisionismus-in-unserer-Partei.pdf (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

Kommt es denn einmal zur Konfrontation mit dem Revisionismus so versucht der Zentrismus diese für den Revisionismus nach Kräften zu entschärfen. Dies gelingt zunächst durch die zeitliche Verschleppung der Auseinandersetzungen. So ist einer der häufigsten Sätze unseres Vorsitzenden, wenn es darum ginge Stellung zu einer Problematik zu beziehen etc.: „Gib mir noch Zeit“. In gleicher Weise wird die Veröffentlichung antirevisionistischer Diskussionsbeiträge, wie zum Beispiel unserer letzten Arbeit³², systematisch verzögert, so dass ihre Wirkung verpufft bzw. sie nicht mehr rechtzeitig erscheinen, um für ZK-Diskussionen oder Ähnliches noch relevant zu sein. Durch diese Ausbremsmethodik, die überhaupt nur den revisionistischen Standpunkt rechtzeitig zu Wort kommen lässt, kann kaum eine für den Revisionismus gefährliche Konfrontation zu Stande kommen.

Das wichtigste Mittel zur Entschärfung des Kampfes gegen den Revisionismus besteht aber darin, dass, aufbauend auf dem falschen Verständnis des Revisionismus als individueller Erscheinung, die Auseinandersetzung vom Inhalt auf die formalen Verstöße des Einzelnen abgelenkt wird.

Mit Händen und Füßen sträubt sich der Zentrismus gegen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, wobei hierbei vielfältige Argumente vorgebracht werden:

Für eine inhaltliche Auseinandersetzung wisse man noch nicht genug, man müsse erst weiter klären. Hierzu mehr im Kapitel zur Klärung. Klärung ist natürlich nur möglich mit inhaltlicher Positionierung und ob man genug weiß oder nicht, zeigt sich nur in der konkreten Auseinandersetzung nicht in Diskussionen im luftleeren Raum.

Revisionismus sei nichts Absolutes, man müsse nur die positiven Elemente der revisionistischen „Genossen“ fördern. Auch hier liegt eine falsche Auffassung des Revisionismus vor, auch hier werden nicht die inhaltlichen Fehler, die sich auf alle Bereiche der Weltanschauung auswirken, sondern Charakterschwächen, die man durch Förderung positiver Eigenschaften

³²Vgl. ebenda.

abmildern könnte, als das Typische des Revisionismus betrachtet. Wie sich aber zum Beispiel an der Imperialismuskonzeption zeigt, liegt dem falschen Imperialismusverständnis eine idealistische Abweichung vom dialektischen Materialismus zu Grunde³³, die sich ebenso in der Auffassung vom bürgerlichen Staat, in der Sozialismuskonzeption und vielen weiteren Bereichen ausdrückt. Dem kann man nur inhaltlich begegnen.

Ein „grundsätzlicher“ Kampf schade nur. Es wird behauptet, die notwendige inhaltliche Auseinandersetzung mit „Grundsatzfragen“ führe zu Spaltung. Tatsächlich kann die Spaltung hier aber natürlich nur folgen, wenn sie ohnehin schon unausgesprochen vorliegt. Gerade dann ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit den grundsätzlichen Widersprüchen notwendig, schafft Klarheit und nützt so der kommunistischen Bewegung statt ihr zu schaden. Den Schaden hiervon hat der Revisionismus. Da dieser vom Zentrismus gedeckt wird, verwundert die zentristische Sorge um die Verhütung dieses Schadens kaum.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung sei überhaupt nicht möglich. Es wird hierbei behauptet, man könne den Revisionismus inhaltlich gar nicht bekämpfen. Eine Alternative den Revisionismus, der wesentlich inhaltlich falsch ist, während formale Verstöße nur ein Symptom bilden, zu bekämpfen, bleibt der Zentrismus schuldig. Wenn es auch nicht gelingt den Revisionismus vollständig zu beseitigen, schafft die inhaltliche Auseinandersetzung doch in der Bewegung und der Partei mehr Klarheit als die formale Verschleierung solcher Konflikte. Es ist zwar wahr, dass man den Revisionismus nicht durch Überzeugungsarbeit besiegt, allerdings folgt hieraus nicht die Notwendigkeit eines nur formalen Kampfes, sondern im Gegenteil von inhaltlich begründeten Repressions- und Säuberungsmaßnahmen.

Der Zentrismus behauptet, wir seien ohne die Revisionisten zu wenige in der Partei. Wir halten es dagegen mit Liebknecht: „Erst Klarheit, dann Mehrheit“³⁴. Unsere zahlenmäßige Schwäche ist gerade auf den mangelnden

³³Vgl. ebenda, S. 4 ff.

³⁴Vgl. Karl Liebknecht: Die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung. Referat gehalten auf der illegalen Jugendkonferenz in Jena, 23./24. April 1916.

Kampf gegen den Revisionismus zurückzuführen. Mehr hierzu im Kapitel „Einheit vor Reinheit“.

Der Revisionismus besteht wesentlich in seinem Inhalt, sein wesentliches Merkmal sind nicht formale Verstöße, sondern inhaltliche Abweichungen von der wissenschaftlichen Weltanschauung. Der Revisionismus zeichnet sich aus durch die Wiederholung tausendfach widerlegter Dogmen, die allesamt auf die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung zielen. Eben deshalb muss ein Kampf gegen den Revisionismus, um überhaupt wirksam zu sein, an den inhaltlichen Fehlern des Revisionismus ansetzen. Nur auf diese Weise wird die Existenz solcher Ansichten in der Partei delegitimiert, nur auf diese Weise wird tatsächlich der Revisionismus und nicht nur einzelne Mitglieder bekämpft.

Nachdem der Zentrismus nun die inhaltliche Auseinandersetzung abgewendet hat, kann er sich ohne Gefahr für den Revisionismus daran begeben, den „Kampf“ nur individuell und formal auszutragen. So wird sichergestellt, dass stets nur das Mitglied XY aufgrund von Verstößen gegen irgendwelche Organisationsprinzipien, nie aber der Revisionismus als solcher aufgrund seiner inhaltlichen Abweichung vom Marxismus-Leninismus auf der Anklagebank sitzt und also auch das Existenzrecht des Revisionismus in der Partei nicht in Frage gestellt wird.

Auch die Bedeutung des Revisionismus wird so unterschätzt. Einerseits wird er zahlenmäßig unterschätzt, da es sich stets nur um „Einzelfälle“ handle, andererseits wird auch der inhaltliche Widerspruch zum Marxismus-Leninismus vernachlässigt oder gänzlich übersehen, da der Revisionismus nicht inhaltlich aufgefasst, sondern nur an formalen Verstößen und Fehlern einzelner Personen festgemacht wird. In diesem Zusammenhang verschließen die Zentristen, z.B. in der Gestalt des Vorsitzenden, auch die Augen vor der Spaltung der Partei, indem der offensichtliche Fraktionismus, der sich in der Veröffentlichungspraxis der „Die Rote Fahne“ ebenso wie im Abstimmungsverhalten der ZK-Mitglieder bzw. dem Agieren ganzer Landesorganisationen ausdrückt, gezeugnet und weiterhin gebetsmühlenartig beteuert wird, es handle sich nur um einzelne Individuen.

In idealistischer Manier wird die angeblich „ehrliche kommunistische Gesinnung“ zum Freispruch der Revisionisten von jedem Vorwurf der Schädigung der Partei herangezogen. Als Materialisten wissen wir aber, dass nicht die Absichten hinter einer Handlung entscheidend sind oder was die Menschen von sich selbst denken, sondern der tatsächliche Klassencharakter ihrer Thesen. Es mag sein, dass viele der Revisionisten in der Partei und in der kommunistischen Bewegung ihren Standpunkt mit den besten Absichten vertreten, das alles ändert aber nichts daran, dass der Revisionismus der Arbeiterklasse, ihrer Partei und ihrer Bewegung schadet, indem der Einfluss des Klassenfeindes hereingetragen, der proletarische Internationalismus ausgehöhlt, der unabhängige Standpunkt der Arbeiterklasse erodiert wird usw. usf. Nur dies ist entscheidend für eine Einschätzung der Rolle des Revisionismus, der dem Klassenfeind nützt, indem er entweder die Revolution verhindert oder, wo es eine Revolution gab, die Konterrevolution anführt.

Diese falsche Einschätzung des Revisionismus als individuelle Verfehlung und der inkonsequente Kampf gegen ihn, drückt sich folgerichtig auch in der mangelnden Schärfe des Vorgehens aus. So werden den „ehrlichen Genossen“, die sich sicher bessern wollen, wenn man sie sich denn überhaupt einmal vornimmt, gutmütig zweite, dritte, siebenundzwanzigste Chancen gegeben und statt Ausschlüssen und Repressalien – nötigenfalls auch unter Bruch der Parteidisziplin – gibt es wohlmeinend mahnende Zeigefinger. Ein Beispiel hierfür bildet eine Auseinandersetzung um ein ZK-Mitglied, welches wiederholt an Veranstaltungen der „World Antiimperialist Platform“ (WAP) teilnahm, in der auch faschistische und antikommunistische Parteien organisiert sind, wie die PSUV, die unlängst die Kommunistische Partei Venezuelas delegitimierte. Im Rahmen der Diskussion um den Ausschluss dieses Mitgliedes wurde zwar zur Beschwichtigung der Marxisten-Leninisten die WAP kritisiert, zu einem verbindlichen Beschluss oder gar Konsequenzen kam es aber trotz klarer Kritik nicht.

Es lässt sich also festhalten, dass der Zentrismus den Revisionismus in der Partei duldet und legitimiert. Der Kardinalfehler, der hierbei begangen wird, ist die falsche Einschätzung von Revisionisten als Genossen und nicht als Klassenfeinde. Auf diese Weise wird auch der systematische Charakter des

Revisionismus gelehnet, das Problem individualisiert und auf formale Verfehlungen einzelner Mitglieder reduziert.

4. Zentristische „Klärung“

Für den Zentrismus sind in der Praxis vor allem die Verhinderung einer inhaltlichen Klärung und die theoretische Verflachung die Hauptwerkzeuge um die Trennung der Marxisten-Leninisten von den Revisionisten zu verhindern.

Seit Jahr und Tag, tatsächlich schon länger, erklären uns die Zentristen, wir könnten zu dieser und jener und eigentlich überhaupt keiner Frage Stellung beziehen, schließlich wisse man zu wenig, man müsste erst noch die Klärung weiterführen. So meinte zum Beispiel unser Vorsitzender auf dem Kommunismus-Kongress der KO 2022, es sei *„für uns eins [sic] der entscheidenden Sachen bei dieser Überlegung, dass wir uns als Partei nicht spalten, sondern, dass wir uns genügend Zeit und Raum geben, diese Diskussion auch wirklich weiter zu führen, bis wir vielleicht zu einer Erkenntnis kommen [...]“*³⁵. Dass eine wissenschaftliche Klärung nicht ohne Positionierung funktionieren kann, dass ein Physiker seine Wissenschaft nicht weiterentwickeln kann ohne das Aufstellen und Überprüfen einer Hypothese an der Wirklichkeit, dass eine Kommunistische Partei keine Klarheit erlangen kann ohne Positionierung, die in der Wirklichkeit geprüft werden kann, scheint in der KPD, einer Partei, die die wissenschaftliche Weltanschauung für sich beansprucht, gänzlich unbekannt zu sein. Stattdessen betreibt man unter dem Deckmantel der Klärung eine beliebige Diskussion im Spekulativen, statt einer Positionierung, die dann an der Wirklichkeit korrigiert werden könnte, schwadroniert man lieber im Hypothetischen und

³⁵Schowitz, Torsten in: Kommunismus Kongress: Der gegenwärtige Imperialismus und die Kommunistische Bewegung. 24.09.2022, ab 55:05. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=EJi9bH1DMu0> (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

verbindlich ist hierbei am Ende nichts. Dieser Logik folgt auch die im November 2022 beschlossene Dreierstrategie, die eine gemeinsame Diskussionsgrundlage vorgaukelt, an die man sich aber offenbar nicht zu halten braucht, die jede konkrete Positionierung vermeidet und damit nichts weiter als ein fauler Kompromiss ist. So verwundert es auch nicht, dass diese „Klärung“ vor allem der Unklarheit in der Partei immer weiter Bahn bricht, dass der Revisionismus immer frecher die Grundlagen unserer Weltanschauung in Frage stellen kann.

Wenn man den wissenschaftlichen Klärungsprozess nun also in einen bürgerlichen Debattierklub verwandelt, ergibt es sich von selbst, dass es auch pluralistisch zugehen muss. Immer wieder betont der Zentrismus, der Revisionismus müsse Teil der Klärung sein, man müsse weiterhin mit Revisionisten diskutieren, obgleich diese die Grundlagen jedweder Wissenschaftlichkeit längst verlassen haben und, wie oben dargelegt, nur den bürgerlichen Standpunkt in die Partei tragen.

Gleichzeitig wird immer wieder die grundsätzliche Notwendigkeit der inhaltlichen Klärung durch die Zentristen in Frage gestellt, indem die offenen Widersprüche zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus verschleiert und zugedeckt werden sollen, vermitteltst einfacher Parolen, die bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit wiederholt werden und zeigen sollen: „Wir sind uns doch eigentlich alle einig und Hauptsache der Hauptfeind steht im eigenen Land“. In typischer zentristischer Manier ersetzt die flache Losung, die inhaltliche Analyse.

Auch schreckt der Zentrismus davor zurück, aus der Klärung Konsequenzen zu ziehen. Dreimal bekreuzigt sich der Zentrist auch nur bei dem sündhaften Gedanken, aus der durch die Klärung offengelegten inhaltlichen Spaltung der Partei die Konsequenz einer organisatorischen Spaltung zu ziehen. So betonte der Vorsitzende unserer Partei im Zusammenhang mit der Spaltung der Kommunistischen Organisation:

„Die Spaltung der KO ist für uns die beschissenste Variante, die passieren konnte und führt aus unserer Sicht nicht zur Klärung politisch ideologischer

*Differenzen, nicht zur Klärung der Imperialismus Frage. Auf keinen Fall stärkt sie die kommunistische Bewegung.*³⁶

Gerade die organisatorische Trennung vom Revisionismus bildet aber die Grundlage für Klärung und inhaltliche Klarheit, die wiederum erst die Voraussetzung für wirksame Massenarbeit, ein souveränes Auftreten der Partei usw. usf. schafft und hierdurch also die kommunistische Bewegung stärkt, während der revisionistische Klotz am Bein einer „einheitlichen“ aber inhaltlich gespaltenen Partei die revolutionären Kräfte lähmt. Statt eine schlagkräftige kommunistische Partei aufzubauen, die die Interessen der Arbeiterklasse erfolgreich erkämpfen kann, scheint unser Vorsitzender aber viel lieber mit dem Klassenfeind auf Kuschelkurs zu gehen.

5. Einheit vor Reinheit

Ein weiteres wesentliches Verhaltensmerkmal des gegenwärtigen Zentrismus in unserer Partei ist das Priorisieren der Einheit vor die Reinheit. Die Existenz von revisionistischen Ansichten in der Partei sei legitim, weil sonst die Einheit der Partei gefährdet würde. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus sei demzufolge spaltungsfördernd. Nachfolgend zitieren wir eine Aussage aus einer internen KPD-Diskussion, welche die Argumentationslogik dahinter verdeutlichen soll:

„Warum machen wir uns noch die endlos-sinnlose Mühe einer Scheindiskussion und zerlegen uns morgen nicht gleich selbst per Beschluß?“

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus und die dafür erforderliche Positionierung des ZK zu Krieg und Imperialismus soll unterbunden werden, da sich das ZK ja sonst gleich per Beschluss „zerlegen“ könne.

Der grundlegende Fehlschluss in dieser Argumentation ist die Trennung des Kampfes um die Einheit der Partei vom Kampf gegen den Revisionismus. Falsche, revisionistische Thesen werden legitimiert, weil die Einheit der

³⁶Schowitz, Torsten: Eröffnung des politischen Kampfesjahres 2023 der KPD auf der Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Demo in Berlin. In: Die Rote Fahne, Februar 2023, S.2.

Partei damit bewahrt werden soll. Stattdessen passiert exakt das Gegenteil: Es stehen sich nun sowohl die marxistisch-leninistische These als auch die revisionistische These unversöhnlich gegenüber. Die Spaltung, die eigentlich verhindert werden sollte, wird nun befördert durch den Kampf um die Einheit – wo keine ist. Da nun sowohl die marxistisch-leninistische These als auch revisionistische Thesen in der Partei legitimiert sind und sich aufgrund des inneren Widerspruches nicht vereinen lassen, wird sich die Partei nicht eindeutig positionieren. Aus der Nicht-Positionierung schlägt der Revisionismus weiteres Kapital: Seine These wird nun nicht mehr bekämpft, da es keinen Beschluss gibt. Die marxistisch-leninistische These hingegen wird mit derselben formellen Begründung sogar zurückgedrängt: Es gäbe keine Beschlussmehrheit für diese These, daher sei sie nicht „erlaubt“. Eine weitere formelle Begründung sich nicht zu positionieren, finden wir selbst bei den vermeintlichen „Russlandkritikern“: *„Hier wird also klar Stellung bezogen für den Sieg Russlands und der Krieg als gerechter Krieg charakterisiert. Auf der letzten Sitzung des ZKs wurde jedoch nochmals betont, dass wir als Partei für Verhandlungen einstehen und die Frage der Einschätzung des Krieges weiterer Klärung bedarf. Ob wir es in diesem Krieg tatsächlich mit einem gerechten, antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf im Sinne der Nationalen Befreiung zu tun haben, ist längst nicht geklärt - Es wurde also mindestens entgegen dem demokratischen Zentralismus öffentlich Stellung bezogen.“* Neben dem kläglichen Versuch, mit dem Revisionismus „Klärung“ betreiben zu wollen – wie wir bereits im Kapitel „Zentristische ‚Klärung‘“ gesehen haben – wird mit einem wertneutralen Appell an das Statut auf eine klare Positionierung gegen den zwischenimperialistischen Krieg in der Ukraine verzichtet. Die in wohlklingend russlandkritischen Worten verpackte Kritik am Revisionismus, die sich im Gesamten gegen die WAP richtet, dient mit der Enthaltung in der Kriegsfrage lediglich der Deckung revisionistischer Thesen. So scheint die Abfindung mit einer falschen Einheit in der Partei bequemer zu sein, als sich an jeder Stelle klar und deutlich gegen einen räuberischen Krieg auszusprechen. Für die falsche Einheit der Partei opfert der Zentrismus also sogar den klaren Klassenstandpunkt im Ukraine-Krieg. Wie wir jedoch gesehen haben, schafft die „Nicht-Positionierung“ keine Einheit, sie spaltet im Gegenteil nur noch mehr.

Der Keim der Spaltung liegt in Wirklichkeit in der Logik des Revisionismus: Nur der Klassenfeind profitiert von Spaltungsbestrebungen in der kommunistischen Partei – „Teile und herrsche!“. Ebenso hat nur der Klassenfeind ein Interesse an der Stärkung des Revisionismus in der kommunistischen Partei. Der Kampf um die Einheit in der Partei ist somit an die klare Abgrenzung von revisionistischen Thesen gebunden. Nur mit dem konsequent inhaltlich geführten Kampf gegen den Revisionismus wird der Keim der Spaltung bekämpft, wird die Einheit bewahrt. Notwendige Bedingung für die Einheit ist also die Reinheit.

Ausgehend von der These: „Einheit vor Reinheit“ wird ebenso suggeriert, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus vom Kampf gegen unseren Hauptfeind ablenken würde. Unter dem Vorwand: „Hauptsache der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ soll die Bekämpfung revisionistischer Thesen z.B. in Bezug auf die Beteiligung des russischen Imperialismus am Ukraine-Krieg oder der „Handvoll-Räuber“-These in den Hintergrund gerückt werden.³⁷ Die Öffentlichkeitsarbeit der Partei solle sich demnach ebenfalls auf den deutschen Imperialismus reduzieren. Kritik an der Beteiligung des russischen Imperialismus am Ukraine-Krieg soll gar nicht erst in Flugblättern etc. erscheinen, da Russland nicht unser Feind sei.³⁸

Hier wird Wesen mit Erscheinung verwechselt. Unbestritten ist unsere Hauptaufgabe die Bekämpfung des deutschen Imperialismus und damit einhergehend die Erkämpfung unseres sozialistischen Ziels in Deutschland. Doch der deutsche Imperialismus ist Bestandteil eines imperialistischen Gefüges. Um eine korrekte Strategie und Taktik gegen den deutschen Imperialismus entwickeln zu können, ist das korrekte Verständnis des Imperialismus, d.h. das Wesen, gegen das wir kämpfen, unabdingbar. Wie

³⁷Vgl. Haberkorn, Walter und Schoenmakers, Tim: Über den Revisionismus in unserer Partei. 02.06.2023. URL: http://k-p-d.de/images/daten/diskussion/2023-06-02_%C3%9Cber-den-Revisionismus-in-unserer-Partei.pdf (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

³⁸Vgl. KPD: Flugblatt 01/2023. Den dritten Weltkrieg verhindern. 08.04.2023. URL: <https://k-p-d.org/images/daten/downloads/flugblatt/2023-kpd-flugblatt-01-friedensdemo/kpd-flugblatt-2023-01-vorschaubild.png> (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

sollen wir z.B. das „Lavieren“ des deutschen Imperialismus zwischen den USA einerseits und Russland andererseits verstehen, wenn wir Russland die imperialistischen Interessen absprechen bzw. Russland für etwas fortschrittliches halten? Wenn der deutsche Imperialismus eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem „fortschrittlichen“ Russland pflegt (z.B. in Bezug auf „Nordstream 2“), sollen wir, statt hierin im Wesentlichen eine zwischenimperialistische Auseinandersetzung zu sehen, den deutschen Imperialismus gar unterstützen? Das hieße Burgfriedenpolitik statt Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Wir sehen also: Die These, wir könnten in der Partei erstmal „vereint“ gegen den deutschen Imperialismus kämpfen, ohne das imperialistische Weltsystem *in seiner Gesamtheit*, ohne die *Einbettung* des deutschen Imperialismus in das imperialistische Gefüge analysiert zu haben, stellt sich als eine Beschwichtigungstaktik des Zentrismus heraus. Um die Erscheinung – hier den deutschen Imperialismus – zu verstehen, brauchen wir ein korrektes Imperialismusverständnis. Nur so können wir daraus eine korrekte Strategie und Taktik gegen den deutschen Imperialismus entwickeln. Das Unverständnis über das imperialistische Weltsystem hingegen führt logisch zur Relativierung des deutschen Imperialismus. Darüber hinaus besteht mit dem Revisionismus nicht einmal in dieser Frage des Hauptfeindes, die so oft zur Beschwichtigung angeführt wird, Einheit. Für viele Revisionisten stellt sich nicht etwa der deutsche Imperialismus als Hauptfeind des deutschen Proletariats dar, sondern der US-Imperialismus als „Hauptfeind der ganzen Menschheit“.³⁹ Auch hieran zeigt sich die Funktion des Revisionismus für den Klassenfeind, seine Verbindung mit ihm, da so der deutsche Imperialismus aus der Schusslinie genommen wird, vom russischen ganz zu schweigen.

Eine weitere Begründung, um die Einheit vor die Reinheit zu stellen und damit die Existenz des Revisionismus zu rechtfertigen, ist für den Zentrismus die Tatsache, dass wir als Partei zahlenmäßig zu klein sind. Parteiausschlüsse

³⁹Vgl. Zavatsky, Yana in: Podcast #18 der Kommunistischen Organisation - Mit Yana (KPD) zur Ukraine und Fragen zum Imperialismus. 04.06.2022, ab 01:21:42.

URL:

https://www.youtube.com/watch?v=1uooKgPnEYw&list=PL0OS9H09ehtK7qCDUfjGOTEbhNUZnRvg_&index=36 (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

gegen Mitglieder, die im Ergebnis ihres Revisionismus der Partei offen Schaden zufügen, seien demnach zu vermeiden. Hier halten wir an der Losung von Karl Liebknecht fest: „Erst Klarheit, dann Mehrheit!“⁴⁰. Was bringt uns eine Mehrheit, wenn sie vom Revisionismus durchseucht ist? Im entscheidenden Moment wäre auf diese „Mehrheit“ kein Verlass, sie ist also keine. Stattdessen muss von Anfang an auf ideologische Klarheit gesetzt werden. Ist die kommunistische Partei erst einmal jenseits von Opportunismus und Revisionismus entwickelt, hat sie klare Standpunkte zu aktuellen Themen und hält obendrein die leninsche Parteitheorie korrekt ein, wird die Partei unabhängig von ihrer anfänglichen Zahl von Mitgliedern nicht aufzuhalten sein. Revisionismus hingegen bringt Spaltung in die Partei und legt sie lahm.

Strittige Themen die aktuell anstehen, solle man sich gar nicht erst widmen. Nicht nur, weil der Hauptfeind im eigenen Land steht, sondern auch, weil die Massen solche Prozesse nicht verstehen würden. Da dürfe man im Sinne der Einheit nichts Unpopuläres sagen, auch wenn es der Wahrheit entspricht: wie zum Beispiel, dass auf Kuba längst die Konterrevolution gesiegt hat.

In unserem Video zu Kuba wird diese Herangehensweise sehr deutlich. Erst heißt es im Video: „*Kuba ist und bleibt ein sozialistisches Land.*“. Das ist offensichtlich eine Falschaussage. Es gibt keine Ewigkeitsgarantie dafür, dass ein Land sozialistisch bleibt. Zur „Beruhigung“ der Marxisten-Leninisten wird am Ende dann doch eingeräumt, dass sich auf Kuba „*kleinbürgerliches Handeln*“ eingeschlichen hat, welches „*gegen die Revolution gerichtet ist*“. Mit der Bemerkung jedoch, dass die kubanische Regierung und damit die kubanische Bourgeoisie „*unsere volle Solidarität*“ hätte, wird der Revisionismus und die Konterrevolution auf Kuba kleingeredet.⁴¹

Das hat fatale Konsequenzen, erst recht in der Agitation: Die Arbeiterklasse auf Kuba ist momentan stark von den dortigen Versorgungsproblemen betroffen. Mit einer These, die Kuba als sozialistisch einstuft, ja sogar eine

⁴⁰Vgl. Karl Liebknecht: Die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung. Referat gehalten auf der illegalen Jugendkonferenz in Jena, 23./24. April 1916.

⁴¹Schöwitz, Torsten in: Was passiert gerade auf Kuba? Eure Fragen unsere Antworten. 08.10.2021. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=s6tjSivRWN8> (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

Ewigkeitsgarantie auf den Sozialismus zuschreibt, werden die Massen die Versorgungsprobleme auf Kuba in Verbindung mit dem Sozialismus bringen: Ist an den Versorgungsproblemen etwa die Planwirtschaft schuld? Dabei ist es ja gerade die kapitalistische Restauration, die auf Kuba zu Versorgungsproblemen führte.

Mit seiner Verschleierungs- und Beschwichtigungstaktik sorgt der Zentrismus also dafür, dass der marxistisch-leninistische Standpunkt nicht klar und eindeutig nach außen getragen wird. Das kann, wie wir gesehen haben, in den Massen sogar zur Infragestellung der Planwirtschaft führen – für etwas, wofür die Planwirtschaft keinerlei Verantwortung trägt. Auch in der Agitation bringt es also nichts, die Massen zu belügen.

Die letzte und nach unserer Einschätzung auch die schwachste Begründung, im Sinne der Einheit, revisionistische Thesen in der Partei zu legitimieren, ist die Gefahr einer „Reinraumpartei“. Die Reinheit der Partei dürfe unter keinen Umständen entstehen, weil so angeblich alle dasselbe sagen würden. Bürgerlicher geht es nicht: Da fühlen wir uns eher an unseren Geschichtsunterricht zurückversetzt, wenn er gegen die „diktatorische“ und „gleichgeschaltete“ SED hetzte, als dass wir diese „Befürchtung“ tatsächlich ernst nehmen könnten. Wozu führe denn der Kampf *gegen* die „Reinraumpartei“? Zu Pluralismus und Beliebigkeit. Zur Aufgabe des demokratischen Zentralismus. Jeder könnte in der Partei tun und lassen, was er will. Sollen wir denn wirklich die leninsche Parteitheorie zu Gunsten des bürgerlichen Pluralismus aufgeben? Als Marxisten-Leninisten sagen wir entschieden – Nein.

6. Die Offenheit zur inhaltlichen Aufweichung

Wie bereits dargelegt, gibt sich der Zentrismus inhaltlich dem Marxismus-Leninismus nahestehend. In einer Reihe von Punkten vertreten die Zentristen in unserer Partei inhaltlich klare Thesen: Der gegenwärtige Ukraine-Krieg sei ein ungerechter Krieg von beiden Seiten, es gäbe keine „sozialistische Marktwirtschaft“ – China wird als kapitalistisch eingestuft –, der Kapitalismus wird formal als nicht-reformierbar dargestellt und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution wird hervorgehoben.

Das der inhaltlichen Positionierung entgegenstehende „taktische“ Verhalten, also: die Kompromissbereitschaft gegenüber revisionistischen Thesen, die lediglich formelle Kritikausübung am Revisionismus, sowie im Ergebnis dessen das „Balancieren“ zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus, sind jedoch Tendenzen, die den Zentristen sehr anfällig für „klassisch“ revisionistische Thesen machen.

Wir analysieren diese Tendenz am Beispiel der Einschätzung zum chinesischen Imperialismus. China wird von unseren Zentristen noch richtigerweise als kapitalistisch eingestuft, da es keine „sozialistische Marktwirtschaft“ gibt.

Eine zweite These, die sich in unserer Partei durch den Zentrismus entwickelt hat, ist die, dass China zwar kapitalistisch sei, „aber unter Führung der kommunistischen Partei“.⁴²

So grenzt sich der Zentrismus zwar einerseits vom „klassischen“ Revisionismus ab – keine „sozialistische Marktwirtschaft“, China kapitalistisch –, geht jedoch andererseits im Rahmen seiner Beschwichtigungstaktik Kompromisse mit ihm ein: „unter Führung der kommunistischen Partei“. Jedoch nicht nur: Die These des Zentrismus, es kann eine kommunistische Partei geben, die den Kapitalismus „anführt“, ist schon eine erste inhaltliche Aufweichung, die der Zentrismus zur Aufrechterhaltung der „Einheit“ in der Partei eingehen muss.

Zur Erinnerung: Im Kapitalismus herrscht die Bourgeoisie. Aus der kapitalistischen Basis entwickelt sich der kapitalistische Überbau. Die Staatsform, die Partei(en) usw. handeln also im Interesse der Bourgeoisie. Die KPCh ist keine kommunistische Partei, sie nennt sich nur so. Dies belegen auch die sozialen Stellungen der KPCh-Mitglieder.⁴³

⁴²Schöwitz, Torsten in: Kommunismus Kongress: Der gegenwärtige Imperialismus und die Kommunistische Bewegung. 24.09.2022, ab 52:38. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=EJi9bH1DMu0> (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

⁴³Vgl. Flegel, Frank und Geppert, Jürgen: Ökonomische Analyse Chinas. In: Offen-siv 3-2020, S. 97 f.

Doch bei dieser einen „Kleinigkeit“ bleibt es nicht. Die zentristische Logik führt zu weiteren Aufweichungen: In China sei „noch nicht alles verloren“.

Diese teilweise richtige Halbheit dient wiederum der Beschwichtigung. Eines Tages wird sich die chinesische Arbeiterklasse mit Sicherheit ihre eigene kommunistische Partei aufbauen, die Machtfrage stellen und dabei die KPCh zerschlagen. So gesehen ist in China mit Sicherheit „noch nicht alles verloren“, genauso wenig wie hier in Deutschland. Doch diese Halbheit ist vom Zentrismus bewusst so gesetzt. Auf Grundlage der vorangegangenen Thesen, meint der Zentrismus natürlich damit, dass innerhalb der KPCh – also innerhalb einer kapitalistischen Partei – der Weg zum Sozialismus geebnet werden kann. So wird durch die Hintertür der parlamentarische Weg zum Sozialismus aus der Mottenkiste geholt. Der Kapitalismus also nun doch reformierbar.

Nun werden gemäß der zentristischen Logik weitere abenteuerliche Thesen aufgestellt. Zum Beispiel: Xi Jinping mache fortschrittliche Politik, da er sich auf Mao berufe und die Koreaner gut mit ihm klar kämen. Ein bürgerlicher Politiker also, der fortschrittlich handeln kann.

Diese offen revisionistischen Thesen entwickeln sich logisch aus dem kompromissbereiten (zentristischen) Verhalten. Der Beschwichtigungskurs führt erst zur Kompromissbereitschaft und schließlich zur Übernahme offen revisionistischer Thesen.

7. Schlussbetrachtung

Das Ergebnis unserer Untersuchung zum Zentrismus, seines Einflusses in der KPD und die damit einhergehende Betrachtung des Zustandes unserer Partei hat uns umgehauen. Wir hatten ja schon damit gerechnet, dass der Einfluss des Zentrismus in der Partei eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt. Aber die Schwere des Zentrismus konkret in der KPD und seine Schädlichkeit, welche sich besonders durch das zersetzend wirkende Verhalten der Parteiführung bemerkbar macht, war uns nicht bewusst.

In unserer Zentrismus-Untersuchung haben wir feststellen können, dass in der KPD, insbesondere in der Parteiführung, der systematische Charakter des Revisionismus – als Einfluss des Klassenfeindes – gelegnet wird. Daraus

folgt, dass der Revisionismus bei einzelnen Parteimitgliedern nicht richtig aufgearbeitet wird, sie schließlich weiterhin als „Genossen“, statt als Klassenfeinde behandelt werden. Um den Einfluss des Klassenfeindes in der Partei zu halten wird der Revisionismus formalisiert und letztlich individualisiert. Die zentristische Logik führt dann dazu, dass der wissenschaftliche Charakter der Klärung (erst Hypothese aufstellen, dann an der Wirklichkeit überprüfen) geleugnet und letztlich pluralisiert wird – eine „Klärung“ woran sich der Revisionismus mit beteiligen soll. Um den systematischen Gegensatz zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus zu verschleiern, sucht der Zentrismus mit flachen Parolen und faulen Kompromissen nach einer Einheit, wo letztlich keine ist. Die Schaffung der Reinheit in der Partei wird nicht als Vorbedingung für die Einheit betrachtet. Der daraus resultierende bürgerliche Pluralismus wird uns als Notwendigkeit zur Verhinderung der „Reinraumpartei“ verkauft. Fraktionismus durch die Revisionisten wird somit toleriert oder damit zusammenhängend sogar geleugnet. Und mit dem ganzen einhergehend konnten wir am Beispiel Chinas aufzeigen, dass der Zentrismus durch seine Kompromissbereitschaft mit dem Revisionismus selbst noch vorhandene marxistisch-leninistische Thesen schrittweise opfern muss.

In Anbetracht der dargestellten zentristischen Logik und unserer Ausgangsthese können wir festhalten, dass der Zentrismus in unserer Partei sowohl Strippenzieher des Revisionismus, als auch – durch sein Verstecken hinter scheinbar marxistisch-leninistischen Thesen – Beschwichtigungskünstler gegenüber dem Marxismus-Leninismus ist. So stellt der Zentrismus, vor allem in der Parteiführung, nicht nur seine großzügige Toleranz gegenüber dem Revisionismus, sondern auch seine Ausbremsmethodik gegenüber marxistisch-leninistischen Ansätzen unter Beweis.

Wir stellen somit fest, dass der Kampf gegen den Revisionismus in unserer Partei nicht zu führen ist, ohne konsequenten Kampf gegen den Zentrismus. Da der Zentrismus vor allem zur Zeit heftig in der Parteiführung wütet, ist er gegenwärtig unser Hauptgegner.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch unser bisheriges Handeln einer Selbstkritik unterziehen. Wir haben uns allzu oft mit Phrasen von der

Notwendigkeit eines „taktischen Verhaltens“ vom Zentrismus einlullen lassen und im Ergebnis dessen sogar selbst zentristische Positionen eingenommen. Wir wurden von seiner oberflächlichen Anerkennung des Marxismus-Leninismus getäuscht und haben die wahre Natur des Zentrismus lange nicht erkannt. Von diesem Verhalten grenzen wir uns nun ab.

Nicht nur an der Situation in der KO vor der Spaltung, auch an der Art und Weise der Spaltung in der KPD-Jugend im letzten Jahr hätte man deutlich erkennen können, dass zentristische Verhaltensweisen in die Katastrophe führen. Das müsste eigentlich schon seit dem I. Weltkrieg klar sein.

Nur was tun? Entgegen der zentristischen Thesen der Parteiführung halten wir es für wichtig, die Fraktionsbildung in unserer Partei nicht weiter zu leugnen. Wir befinden uns in einem offenen Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. Wir haben es mit Fraktionen zu tun, die unvereinbar miteinander sind. Daraus ergibt sich die notwendige Konsequenz, dass sich die vorhandenen marxistisch-leninistischen Kräfte in der KPD sammeln und formieren müssen. Dieser Formierungsprozess ist Grundvoraussetzung, um wirksam gegen den revisionistischen Block vorzugehen.

Ansätze, die versuchen den Revisionismus nur auf ein technisches Problem, auf bestimmte „unschöne“ Verhaltensweisen herunterzubrechen und ihn daher in der Konsequenz ausschließlich mit Beschluss- und Statutsverstößen, oder mit sonstigen formal und emotional angelegten Argumentationen bekämpfen, weisen wir zurück. Dieser Ansatz ist für den Revisionismus eine Einladung, braucht er so seine logischen Fehlschlüsse überhaupt nicht mehr inhaltlich offenzulegen und kann seine Thesen mit einer formal-rechtlichen Gegenargumentation sogar untermauern. Da die Spaltung in unserer Partei politisch-ideologischer Natur ist, kann die Auseinandersetzung mit dem revisionistischen Block auch nur *inhaltlich* erfolgen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwer zu sagen, ob der Marxismus-Leninismus in der KPD den offenen Kampf gegen den Revisionismus gewinnt oder nicht. Wenn wir in die kommunistische Weltbewegung schauen, gibt es durchaus Beispiele, in denen die Marxisten-Leninisten in Parteien, die innerhalb ihrer Organisation sowohl den marxistisch-leninistischen als auch den revisionistischen Block vereint haben, sich formieren und letztendlich den

revisionistischen Block zerschlagen konnten. Wir denken dabei an die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV), die in der Vergangenheit in Fragen zu Bündnissen mit der Bourgeoisie sehr fragwürdige Thesen vertreten hat, jedoch durch den erfolgreichen Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den revisionistischen Block innerhalb der Partei und unter positiver Einflussnahme der Kommunistischen Partei Mexikos (PCM) sich mittlerweile von den Thesen abgrenzen und somit stabilisieren konnte. Ein weiteres positives Beispiel bildet die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), der es gelang in den 1990er Jahren aus einer Krise, ausgelöst durch die vorläufige Niederlage des Sozialismus, siegreich über Zentrismus und Revisionismus hervorzugehen und einen klaren marxistisch-leninistischen Kurs zu entwickeln. Gerade ihre ideologische Klarheit ermöglichte es der KKE, trotz der schweren zahlenmäßigen Schwächung infolge des Kampfes gegen Revisionismus und Zentrismus, heute fest in der griechischen Arbeiterklasse verankert und die führende Kraft im Klassenkampf in Griechenland zu werden.“ Hier ist es offensichtlich gelungen auch einen entschiedenen Kampf gegen den Zentrismus zu führen.

Ein negatives Beispiel sehen wir in der Geschichte der KPdSU ab 1953. Der revisionistische Block konnte sich an die Spitze der KPdSU setzen. Die schrittweise Ausdehnung des Wertgesetzes konnte durch konsequenten Klassenkampf der Revisionisten für die Bourgeoisie letztendlich immer wieder mit Mehrheit im ZK der KPdSU beschlossen werden. Die Marxisten-Leninisten in der KPdSU, zum Teil durch Repressionen geschwächt, zum Teil zentristisch beeinflusst, waren nicht in der Lage sich gegen den revisionistischen Block insbesondere in der Parteiführung – gegebenenfalls unter Bruch der Parteidisziplin – zu formieren und die Konterrevolution abzuwenden. Hier müsste untersucht werden, weshalb das nicht gelang. Ähnliches gilt für den marxistischen Block in der SPD vor dem I. Weltkrieg.

Ein anderer Weg, als die Strategie den revisionistischen Block *innerhalb* der bestehenden Organisation zu zerschlagen, ist die *organisatorische* Abgrenzung von ihm, wie wir das in Deutschland mit der KO-Spaltung gesehen haben. Wir betrachten diesen Weg nicht als „beschissen“, sondern ebenfalls als fortschrittlich im Sinne der Abspaltung vom Revisionismus. Wie

in unserer Grußbotschaft Anfang 2023 festgehalten, stehen wir solidarisch hinter dem revolutionären Kampf der KO.⁴⁴

Wie oben dargelegt, ist es nicht abzusehen, ob innerhalb der KPD der revisionistische Block zerschlagen werden kann. Die marxistisch-leninistischen Kräfte müssen sich dafür in jedem Fall zusammenschließen. Da sich der gegenwärtige Revisionismus in unserer Partei nicht überzeugen lässt, muss dem – gegebenenfalls auch unter Bruch der Parteidisziplin – mit Repression bis hin zur Säuberung begegnet werden. Ebenso muss sich die Parteiführung endlich klar zu Krieg und Imperialismus positionieren.

Im Ergebnis unserer Analyse können wir feststellen, dass der Zentrismus dagegen die KPD nicht aus ihrer Existenzkrise führen wird. Solange Zentrismus in der Parteiführung Handlungsgrundlage ist, wird die KPD gesetzmäßig darin untergehen. Damit wären 30 Jahre KPD und das mit der Partei verbundene Selbstverständnis, den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei im Sinne Ernst Thälmanns in Deutschland voranzutreiben, in die Tonne gekloppt.

Gerhard Feldbauer: Ein vorhersehbarer Verrat – Oder: Wer hat die DDR verraten und verkauft?⁴⁵

Der Journalist und ehemalige DDR-Botschafter Gerhard Feldbauer zeichnet hier ein sehr genaues Bild über das heimtückische und verschwörerische Spiel der Akteure der Konterrevolution 1990 und ihres persönlichen Beitrags zur Liquidierung der DDR. Daß es sich dabei um einen milliardenschweren Betrugsfall, die Plünderung des gesamten Volksvermögens der DDR, und um die Enteignung von über 17 Millionen DDR-Bürgern handelte, sei hier nur

⁴⁴Vgl. KPD: Grußbotschaft der KPD beim Kongress der KO in Göttingen am 7./8. Januar 2023. 11.01.2023. URL: <http://k-p-d.de/index.php/landesorganisationen/brandenburg/lo-brandenburg-aktuell/1259-solidarische-gruesse-an-den-ko-kongress> (zuletzt abgerufen am 17.08.2023).

⁴⁵ Am 10.01.2020 erschienen in der Tageszeitung „junge Welt“, danach veröffentlicht auf der Internet-Seite „Saschas Welt“, von wo wir diesen Artikel übernommen haben (d. Red.).

am Rande erwähnt. Ganz zu schweigen von den Menschenopfern, die dieser Staatsstreich nach sich zog. Schlimmer noch ist, daß diese Banditen niemals zur Verantwortung gezogen wurden und sogar zum Teil noch heute ihre Lügen verbreiten dürfen, wofür sie zweifellos einen fürstlichen Judaslohn verbuchen konnten. Es ist wohl beispiellos in der Geschichte, wie hier ein ganzer, souveräner, sozialistischer Staat mitsamt seiner Bevölkerung nahezu geräuschlos den kapitalistischen Plünderern und ihren Geheimdiensten zum Fraß vorgeworfen wurde...

Schon Ende 1989 zeichnete sich ab, daß die Sowjetunion die DDR fallen lassen würde. Dennoch vertraute die DDR-Regierung Michail Gorbatschow.

In diesen Tagen legen regierungsoffizielle Stellen und ihre Medien sowie diverse in diesem System angekommene Personen ihre Sicht auf die Ereignisse vor 30 Jahren dar, die zum Anschluß der DDR an die BRD, auch „friedliche Revolution“ genannt, führten. Ich melde mich als Zeitzeuge zu Wort, dem seine Erlebnisse als Auslandskorrespondent des *Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN)* in Italien von 1973 bis 1979 ermöglichten, früher als mancher Teilnehmer oder Beobachter zu erkennen, wohin das Handeln maßgeblicher Akteure in und außerhalb der DDR führen mußte. In Rom hatte ich erlebt, wie die eurokommunistischen „Reformer“ die Führung der von Antonio Gramsci 1921 gegründeten kommunistischen Partei (PCI) an sich rissen und ihre Umwandlung in eine sozialdemokratische Linkspartei einleiteten, die sie 1990/91 abschlossen. Aus dieser Zeit war mir auch Gregor Gysi, der Sohn unseres Botschafters Klaus Gysi in Rom, kein Unbekannter. Klaus Gysi hatte in Italien als Chefdiplomat Großes für die DDR geleistet. Sein Sohn Gregor war promovierter Jurist, wurde 1988 Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte und verteidigte bekannte Dissidenten der DDR, wie Robert Havemann und Rudolf Bahro.

Die „Reformer“ der SED

Im Oktober 1989 setzte eine Gruppe von „Reformern“ mit ihm an der Spitze das Politbüro des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ab, und Gysi übernahm die Parteiführung. Viele Genossen sahen das als einen Putsch gegen die auf dem letzten Parteitag gewählte Führung an. Doch Gysi

wurde – so zunächst auch von mir – angesichts der Unfähigkeit der Leitung vor allem als ein Mann gesehen, der der im Dezember 1989 in SED-PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) umbenannten Partei und der DDR über die schwere Krise hinweghelfen könnte.

Gregor Gysi auf Parteigründungs-Trip

Erste Zweifel kamen auf, als bekannt wurde, daß Gregor Gysi sich im Januar 1990 in Rom mit Achille Occhetto, dem letzten PCI-Generalsekretär getroffen hatte, um Erfahrungen bei der Umwandlung der Partei (unter der Losung „Heimkehr zur Sozialdemokratie“) in eine sozialdemokratische Linkspartei PDS (Partito Democratico della Sinistra) zu studieren.⁴⁶ Er war auch mit dem Chef der Sozialisten, Bettino Craxi, zusammengetroffen, der schon zu dieser Zeit unter Korruptionsverdacht stand.⁴⁷ Der Hintergrund war, wie dann auch durchsickerte, daß Gysi sich mit dem Gedanken trug, das italienische Modell aufzugreifen, also nach einer Vereinigung von PDS und SPD zu trachten. Aber während die CDU der BRD, wie auch die Liberalen ohne Bedenken ihre ostdeutschen Schwesterparteien vereinnahmten, fehlte der SPD dazu der strategische Weitblick, mehr wohl noch der Mut. Im Zuge der angestrebten Vereinigung versuchte Gysi dann, die Deutsche Kommunistische Partei auszuschalten. Die Kommunisten sollten sich auflösen, und ihre Mitglieder sollten einzeln der PDS beitreten. In der DKP arbeitete u.a. das Leitungsmitglied Wolfgang Gehrcke darauf hin. Er trug dazu bei, daß etwa 10.000 ihrer zu dieser Zeit rund 30.000 Mitglieder die Partei verließen, von denen sich jedoch die wenigsten bei der PDS einfanden. Zum Lohn erhielt Gehrcke einen Listenplatz der PDS zur Kandidatur für ein Mandat des Bundestages.

Die CIA übernimmt das Kommando

⁴⁶ Aus dem Namen Partito Democratico della Sinistra ergab sich auch noch die Namensgleichheit mit dem deutschen Parteikürzel PDS.

⁴⁷ 1992 begannen Ermittlungen gegen ihn, die 1994 zu einer 28-jährigen Haftstrafe führten, von der er aber keinen Tag absaß, weil er nach Tunesien ins Exil ging.

Am 10. Januar 1989 berichtete die *FAZ*, daß in Bonn CIA-General Vernon Walters als Botschafter das Kommando übernahm, um „die letzte Ölung zu geben, kurz bevor der Patient stirbt“. Der Patient war die DDR, gegen die der Hauptstoß geführt wurde, um, so Walters, „dem sowjetischen Sicherheitssystem das Herz herauszureißen“. Zu Walters Unterstützung hatte USA-Präsident Georg Bush sen. eine „European Strategy Steering Group“ unter Leitung von Vizesicherheitschef Robert Gates gebildet, die in Bonn durchsetzte, der DDR „jede wirtschaftliche Unterstützung zu verweigern, bis tiefgreifende politische Reformen eingeleitet“ seien. Als am 9. November 1989 die chaotische Grenzöffnung nach Westberlin erfolgte, war Walters, wie einem Bericht des *International Herald Tribune* vom nächsten Tag zu entnehmen ist, bereits vor Ort und beobachtete von einem Hubschrauber aus das für die weitere Entwicklung entscheidende Ereignis des Mauerfalls, dem „Moskau ruhig zugeschaut“ habe.

Der Neofaschist und CIA-General Walters

Den Dreisternegeneral kannte ich aus meiner Arbeit in Italien. Als der christdemokratische Parteiführer Aldo Moro zu Beginn der 1960er Jahre seine erste Regierung mit den Sozialisten ankündigte, hatte Walters als Militärattaché der USA-Botschaft in Rom gefordert, daß „die Vereinigten Staaten ohne zu zögern das Land militärisch besetzen müßten“ und dazu mit neofaschistischen Offizieren einen Staatsstreich vorbereitet, der von Präsident John F. Kennedy abgeblasen wurde, nachdem Details davon in die Öffentlichkeit gedrungen waren. Walters avancierte später zum stellvertretenden CIA-Direktor, inszenierte Militärputsche, half unliebsame Präsidenten, Premiers oder hohe Politiker und Militärs zu beseitigen, darunter 1973 Salvador Allende in Chile und Aldo Moro 1978 in Rom. Er beriet persönlich Papst Wojtyła bei dessen Unterstützung der konterrevolutionären Gewerkschaft *Solidarność* in Polen. Die Vietnam-Aggression der USA, die mehr als drei Millionen Vietnamesen das Leben kostete, fast ganz Nordvietnam in Trümmer legte und bei der 58.000 US-Soldaten starben, war für ihn „einer der nobelsten Kriege“ der USA.⁴⁸ Während meiner

⁴⁸ Klaus Eichner/Ernst Langrock: *Der Drahtzieher. Vernon Walters – Ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges*, Berlin 2005

diplomatischen Tätigkeit in Kinshasa (ich war nach meinem Wechsel ins Außenministerium von 1983 bis 1987 Botschafter in Zaïre, der heutigen Demokratischen Republik Kongo) begegnete ich ihm 1986 auch dort. Er zog die Fäden zur Unterstützung der kolonialen Marionette Jonas Savimbi gegen die antiimperialistische Regierung unter José Eduardo dos Santos in Luanda (Angola) durch das Mobuto-Regime in Zaïre und die Apartheidregierung Südafrikas.

...und sie „vertrauten“ Gorbatschow

Der Bericht der *FAZ* über Walters' Eintreffen in Bonn war dem seit dem 13. November 1989 amtierenden Regierungschef der DDR Hans Modrow bekannt. Er hatte sich ein paar erfahrene Journalisten, darunter den Pressechef des Außenministeriums, Wolfgang Meyer, und aus dem *ADN* u.a. den Stellvertretenden Generaldirektor, Ralf Bachmann, in sein Team geholt. Meyer wurde sein Pressesprecher, Bachmann sein Stellvertreter. Sie fertigten Modrow täglich die Presseschau. Wie ich Gesprächen mit ihnen entnahm, erkannten sie nicht oder unterschätzten, daß die USA davon ausgehen konnten, daß Moskau bereits über das Schicksal der DDR entschieden hatte.⁴⁹ Sie vertrauten Gorbatschow, der Egon Krenz am 1. November 1989 versichert hatte, daß „die Einheit Deutschlands nicht auf der Tagesordnung“ und „die Sowjetunion fest zur DDR steht“.

Die Entscheidung war gefallen

Vor Modrows Aufbruch nach Moskau erschien in der *Iswestija* am 18. Januar 1990 ein Artikel von Eduard Schewardnadse: „Europa – von der Spaltung zur Einheit“, in dem der sowjetische Außenminister die „deutsche Frage“ vor dem Hintergrund eines europäischen Einigungsprozesses diskutierte. In dieser Zeit traf ich mit dem letzten DDR-Botschafter in Moskau, Gerd König, während dessen Berlin-Aufenthalts zusammen. Er war während meiner Zeit in Kinshasa der für Afrika zuständige Stellvertretende Minister gewesen.

⁴⁹ Nachzulesen in: Vernon Walthers: Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres, München 1994

Damals hatte ich ihn auch über das informiert, was ich aus Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter erfahren hatte, nämlich daß Gorbatschow mit allen Mitteln versuchte, den Besuch Honeckers in Bonn 1987 zu verhindern. Jetzt werde klar, meinte König, daß Moskau sich schon damals die Entscheidung über das Schicksal der DDR vorbehalten wollte.

Modrow: „...habe den Schlüssel gefeilt“

Mit seinem nach der Rückkehr aus Moskau unterbreiteten Plan für „Deutschland einig Vaterland“, mit dem faktisch die DDR zur Disposition gestellt wurde,⁵⁰ war Modrow der Linie Gorbatschows gefolgt, die KPdSU-Politbüro-Mitglied Alexander N. Jakowlew so formuliert hatte: „Es wäre gut, wenn Modrow mit einem Programm der Wiedervereinigung auftreten würde“. So schätzte König es dann auch in seinem Buch „Fiasko eines Bruderbundes“ (Berlin 2012) ein. Modrow selbst äußerte dazu später: „Kohl behauptet, er habe den Schlüssel zur Einheit aus Moskaus geholt. Wenn das so sein soll, dann habe ich den Schlüssel gefeilt!“ Da stand er ganz an der Seite Gregor Gysis, der sich nach der „Wende“ immer wieder rühmte, die reibungslose Integration der DDR-Bürger ins politische System der BRD sei seiner Partei und auch ihm persönlich zu verdanken.

Ein Komplott der Verräter

Da konnte es auch kaum noch verwundern, wenn Modrows Stellvertreterin im Ministerrat der DDR und Wirtschaftsministerin, Christa Luft, das von Kohl vorgelegte Konzept der „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, das der Wegbereitung des Anschlusses der DDR an die BRD nach Artikel 23 GG diene, „faszinierend“ und auch „wünschenswert“ fand. Presseminister Meyer schlug ebenfalls in diese Kerbe. Als die DDR-Journalistin Edith Spielhagen 1993 unter dem diffamierenden Titel „So durften wir glauben zu kämpfen“ eine Schrift herausgab, steuerte er sein Scherflein mit dem Beitrag „DDR-Medien im demokratischen Aufbruch“ bei und bescheinigte der „Bürgerrechtsbewegung“, es sei ihr „um eine bessere, d.h. demokratische DDR“ gegangen. Es störte ihn auch nicht, daß der spätere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die DDR in dem Band durch die

⁵⁰ Hans Modrow: Ich wollte ein Neues Deutschland, Berlin 1998

Phrase von „insgesamt 60 Jahren zweier unterschiedlicher autoritärer Regimes“ mit der faschistischen Diktatur de facto auf eine Stufe stellte. Der frühere Chef der Hauptabteilung Aufklärung (HVA), des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, Markus Wolf, ging sogar so weit, der CIA seine Dienste anzutragen.⁵¹

Der Heuchler und Lügner Modrow

König, wußte schon Ende des Jahres 1989, daß Gorbatschows Sorge, wie es mit der DDR weitergehe, geheuchelt war, war doch in Wirklichkeit der Vereinigungsprozess „bereits im vollen Gange und die Vereinigung faktisch entschieden“. Obwohl König Modrow warnte, erkannte der DDR-Regierungschef Gorbatschows Verrat nicht, weil er, wie er in seinem Buch „Aufbruch und Ende“ (Hamburg 1991) schwärmte, mit ihm „ein herzliches persönliches, aber auch ein konstruktives Arbeitsklima“ unterhielt und er für ihn ein Mensch war, „der wirklich in großen Maßstäben denkt, der ein sehr komplexes Denken hat“. Von Fidel Castros bereits im Juli 1988 geäußelter Meinung, die Perestrojka sei „gefährlich“ und den „Prinzipien des Sozialismus entgegengesetzt“, hatte er offenbar nichts gehört.

Gorbatschow lieferte alle ans Messer...

Zur Charakterisierung des katastrophalen Ausmaßes der Fehleinschätzung Gorbatschows (der später bekannte: „Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus.“⁵²) sei an die letzten Verhandlungen zwischen dem sowjetischen Staatschef und Bundeskanzler Kohl im Juli 1990 in Archys im Nordkaukasus erinnert. Sie bildeten den Gipfel des Verrats, denn bei diesem Treffen kam auch die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Funktionäre der DDR zur Sprache. Kohl schlug Gorbatschow vor, den Personenkreis zu benennen, gegen den keine Ermittlungen eingeleitet werden sollten. Doch der sowjetische Präsident erwiderte, „die Deutschen würden schon selbst mit diesem Problem fertig“. Selbst Kohl und der anwesende

⁵¹ Nachzulesen in: Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg, München 1997

⁵² Prawda Rossii vom 26. Juli 2000 über einen Vortrag Gorbatschows vor einem Seminar an der US-amerikanischen Universität in Ankara im Herbst 1999

Außenminister Hans-Dietrich Genscher hätten betreten auf den Präsidenten der UdSSR geblickt, schreibt Alexander von Plato.⁵³

Auftakt für die Schauprozesse der BRD-Justiz

Hätte Gorbatschow Kohl in Archys „eine Liste mit – sagen wir – hundert Namen übergeben, die als ›Persona grata‹ als ›unantastbare‹ gegolten hätten, wäre es der bundesdeutschen Justiz nie möglich gewesen, Verfahren in jenem demonstrierten Schauprozestil zu inszenieren“, resümierte später Justus von Denkmann.⁵⁴ Die Auslieferung von Repräsentanten eines mit der UdSSR durch einen Freundschaftsvertrag verbundenen Staates an den Feindstaat war „die Schmierenkomödie eines verantwortungslosen politischen Hasardeurs“.⁵⁵

Einmarsch der imperialistischen Banditen in die DDR

Nach der vor Modrows Amtsantritt geöffneten Grenze nach Westberlin war die DDR „offen wie ein Scheunentor, und westliche Dienste, vor allem die der BRD und der USA, schalteten und walteten nach Belieben“, schätzte General Heinz Engelhardt im Rückblick ein.⁵⁶ Während die Maschinerie des „Headquarter Germany“, Washingtons östlichster Basis für Geheimdienstoperationen in der Frontstadt Westberlin, auf Höchsttouren lief,⁵⁷ beugte sich Modrow dem Druck des „Runden Tisches“ und ordnete am 14. Dezember 1989 die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS), des Nachfolgers des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), an. Den „Bürgerbewegten“, also der Opposition, räumte Modrow ein entscheidendes Mitspracherecht ein. Gegen den am 15. Januar 1990 angekündigten Sturm auf den MfS-Komplex in Berlin-Lichtenberg ergriff Modrow, so Engelhardt, keinerlei Maßnahmen, obwohl das dazu führte, daß der sich in Auflösung

⁵³ Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Bonn 2002

⁵⁴ Justus von Denkmann: Wahrheiten über Gorbatschow, Berlin 2005

⁵⁵ Eberhard Czichon/Heinz Marohn: Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, Köln 1999

⁵⁶ Heinz Engelhardt: Der letzte Mann. Countdown fürs MfS, Berlin 2019

⁵⁷ Klaus Eichner/Andreas Dobbert: Headquarters Germany, Berlin 2008

befindende Geheimdienst zum ersten Mal „von einem gegnerischen Dienst inspiziert wurde“, der sich „ganz gezielt“ zur Hauptabteilung II, der Spionageabwehr, begab.

„Den Medien zum Fraß vorgeworfen“

2007 erschien im *Jahrbuch für Kommunismusforschung* ein Interview mit dem früheren Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer. Der erklärte darin, daß Modrow ihn am 3. Dezember nach Berlin zu einer Beratung ins Haus des Ministerrates gerufen habe, zu der auch Markus Wolf und Wolfgang Pohl, zu der Zeit stellvertretender Vorsitzender der SED-PDS, eingeladen gewesen sei. Modrow habe gesagt: „Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige!“ Das müßten, habe er erläutert, Verantwortliche sein, „zu denen es in der Gesellschaft schnell einen Konsens gibt und die Massen sagen, jawohl, das sind die Schuldigen“. Modrow habe dann das Ministerium für Staatssicherheit genannt. Wolf habe Einspruch erhoben, aber Modrow habe ihn beruhigt, „die Aufklärung des MfS halten wir selbstverständlich aus dieser Einschätzung heraus“. Danach sei Wolf „einverstanden“ gewesen. Hier ist anzumerken, daß unabhängig davon, ob die betreffenden Behauptungen der Wahrheit entsprechen oder nicht, Modrow diese Haltung gegenüber dem MfS so praktizierte. Um die Partei zu retten, hätten Krenz, Modrow und andere das MfS „den Medien zum Fraß vorgeworfen“, resümiert Heinz Engelhardt.

Zwei Wochen nach der Ankündigung Vernon Walters, mit der DDR Schluß zu machen, führte Modrow mit dem Oppositionsgremium „Runder Tisch“ eine „konstruktive Debatte“ über eine „neue Etappe der Umgestaltung“, die er als eine „revolutionäre Übergangszeit“ charakterisierte (so das *Neue Deutschland* vom 23. Januar 1990). Damit wurde die Losung von der „friedlichen Revolution“ unter der in Wirklichkeit die Konterrevolution antrat, übernommen. Modrow nutzte nun das Treffen nicht etwa, um die von Walters angekündigten Pläne der USA, die in Bonn von Kanzler Kohl zustimmend aufgenommen wurden, zu enthüllen und die Vertreter der Bürgerbewegung aufzufordern, dagegen vorzugehen. Nein, er erklärte in völliger Mißachtung dieser drohenden Gefahren, „wir stehen vor einer neuen Etappe der tiefgreifenden Umwälzung, die sich in unserem Land

vollzieht“. Er suchte einen Konsens mit dem oppositionellen „Runden Tisch“ und bot dessen Vertretern an, in seine Regierung einzutreten, um eine „große Koalition“ zu bilden (was dann auch angenommen wurde).

Der manipulierte Machtwechsel in der DDR

Ohne daß es die geringsten Abwehrmaßnahmen gab, konnten Parteien der BRD zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 rund 40 Millionen DM für den Machtwechsel investieren. Es wurden „100.000 Schallplatten und Kassetten mit drei Reden Kohls verteilt, Wahlkämpfer in Bussen in die DDR gekarrt, Plakate geklebt – zum Beispiel in Erfurt 80.000 allein in einer Nacht durch hessische CDU-Mitglieder“, so die Soziologin Yana Milev im Gespräch mit *junge Welt* am 13./14. Juli 2019. Die Verfasserin der zweibändigen Studie „Entkoppelte Gesellschaft, Ostdeutschland 1989/90“, resümierte: „Der ganze Wahlkampf bis hin zum Beitritt war völkerrechtswidrig“. Während von Bonn die Wahlmanipulationen vom Mai 1989 in der DDR lauthals angeprangert wurden, kam niemand – auch seitens der PDS nicht – auf die Idee, publik zu machen, daß hier ähnlich verfahren wurde.

Eine opportunistische Partei

Folgt man bei der Suche nach den Ursachen den mit der Krise des Sozialismus 1989 in der SED bei den sogenannten Reformern einsetzenden Denk- und Verhaltensweisen, wird man unwillkürlich an Lenins Wort von der Taktik der Opportunisten erinnert. Sie mündet in den Kompromiß mit der Bourgeoisie, zeigt charakteristische Momente: „Zusammenarbeit der Klassen, (...) Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Mißtrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber“.⁵⁸ Lenin hob hervor, daß Reformen kein Selbstzweck sind, der Kampf um sie der Erhöhung des Organisationsgrades der Klasse dient, um den „Kampf gegen die Lohnsklaverei noch hartnäckiger fortzusetzen“. Es geht hier um keine Theoretisierung, sondern ins Konkrete übertragen ging es 1989/90 darum zu verhindern, daß die arbeitenden Menschen der DDR kampfflos dem Joch der „Lohnsklaverei“ ausgeliefert wurden.

⁵⁸ Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 11, Berlin 1958, S. 111

Vollendeter Klassenverrat

Denn der Reformismus, auch der 1989/90 und bis heute von den „Reformern“ betriebene, verkauft die Reformen als Verbesserung des Lebens im Kapitalismus. Davon ausgehend ist die Partei „Die Linke“ von ihrer von der Führung bestimmten Programmatik her, wenn man es auf den Punkt bringt, eine opportunistische Partei, die letztlich den Interessen des Kapitals dient, bzw. sie zum Ausdruck bringt. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß Krisen des Kapitals, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeiten thematisiert werden und davon die Rede ist, daß die Arbeiter „ihre Einkommen, Arbeitsbedingungen und ihre soziale Absicherung durch betriebliche, tarifliche und gesetzliche Regelungen (verbessern sollen), um so die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung zu beschränken“ - wie es im Programm der Partei „Die Linke“ heißt – wohlgemerkt: zu beschränken, nicht zu überwinden.

Marxistisch-leninistisches Fernstudium

Der jetzige Durchgang des Fernstudiums wird in diesem Jahr abgeschlossen sein. Da es bereits eine ganze Reihe von Anfragen gibt, werden wir in 2024 einen erneuten Kurs anbieten. Geplant sind fünf Seminare – es können aber auch, je nach dem, was alles weltpolitisch geschieht, sechs werden. Die Seminare werden in einem Abstand von zwei bis drei Monaten stattfinden. Beginn wird im Frühjahr 2024 sein.

Zur Methodik beim Fernstudium: wenn nicht anders angegeben Referate mit ausführlichen Tafelbildern, dazu Leseaufgaben und Leitfragen für die Arbeit zu Hause in der Zeit zwischen den Fernstudiums-Wochenenden.

Hier die Übersicht über die inhaltliche Gestaltung der Seminare:

Konzeption des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv

Überblick über den inhaltlichen Aufbau anhand der Seminarstruktur:

Das erste Seminar:

Samstag:

12.00 - 12.20 Uhr:

Technisches (Übernachtungen, Verpflegung, Finanzen usw.)

12.20 – 12.40 Uhr:

Überblick über das gesamte Fernstudium.

12.40 - 14.00 Uhr:

Wissenschaftsbegriff und Begriff des „Begriffs“, Erkenntnistheorie, Materialismus (und Idealismus), Basis-Überbau-Modell.

14.00 - 14.30 Uhr:

Der Begriff der Gesellschaftsformation, das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Grundsätzliches zum Historischen Materialismus.

14.30 - 15.00 Uhr:

Pause

15.00 - 16.30 Uhr:

Die bisherigen Gesellschaftsformationen der Menschheit:

Urgesellschaft, Stammesgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus.

16.30 - 17.00 Uhr:

Pause

17.00 - 19.30 Uhr:

Kapitalismus

Marxsche Methode, dann:

Ware und Geld, Arbeitswerttheorie, Doppelcharakter der Ware und der Arbeit, Wert und Preis der Ware, Herausbildung des Geldes

19.00 - 19.30 Uhr:

Abendessen, danach am besten eine kurze Vorstellungsrunde und Zeit zum Quatschen, Kennenlernen, usw.

Sonntag

08.00 Uhr:

Frühstück

09.00 – 09.30 Uhr:

Wiederholung Materialismus und Idealismus, Marxsche Methode, dann Wiederholung Ware und Geld.

09.30 – 10.30 Uhr:

Fetischcharakter der Ware und des Geldes.

Die Warenzirkulation. Verschlingung der Zirkulationsketten. Die individuelle Konsumtion.

10.30 - 11.00 Uhr:

Pause

11.00 - 12.30Uhr:

Verwandlung von Geld in Kapital: Der einfache Begriff des Kapitals, die Arbeitskraft als Ware, Mehrwertproduktion=Ausbeutung bei Einhaltung des Gesetze des Warentausches.

Die notwendig entstehenden Charaktermasken.

Die Klassen und der ökonomische Klassenkampf.

12.30 - 13.15 Uhr:

Mittagspause

13.15 – 14.00 Uhr:

Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals (Stichwort Zirkulationssphäre), Unsichtbarkeit der Ausbeutung. Zusammenfassung: Warenfetisch, Geldfetisch, der schöne Schein der Oberfläche des Kapitals, Unsichtbarkeit der Ausbeutung. Der Begriff des „notwendig falschen Bewusstseins“.

14.00 – 14.45 Uhr:

Literaturhinweise, Rückmeldung über das Seminar, danach Heimreise.

Das zweite Seminar:

Samstag

12.00 – 14.00 Uhr:

Wiederholung und Klärung offener Fragen der ersten Etappe.

14.00 – 14.30 Uhr

Pause

14.30 – 16.00 Uhr

Formen der Mehrwertproduktion, Produktivkraftsteigerung im Kapitalismus, der Begriff der produktiven Arbeit (darin Exkurs zur Benachteiligung der Frau im Kapitalismus), Mehrwertrate und Profitrate, die Jagd nach dem Extraprofit. Der Kapitalfetisch.

16.00 – 16.30 Uhr

Pause

16.30 – 17.30 Uhr: (Frank)

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Produktivkraftsteigerung, Arbeitslosigkeit, Ableitung des Bankkapitals.

17.30 - 18.00 Uhr:

Pause

18.00 – 19.00 Uhr:

Monopolbildung, Monopolprofite, Folgen für die Gesellschaft.

19.00 – 20.00 Uhr

Abendessen, danach Klönen, Diskutieren, Kontakte verstärken usw.

Sonntag

09.00 – 09.20 Uhr:

Kurze Wiederholung: Formen der Mehrwertproduktion, Begriff produktiver Arbeit, allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, Monopolbildung.

09.20 – 10.30 Uhr:

Organische Zusammensetzung des Kapitals und Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Die allgemeine Krise des Kapitals.

10.30 – 11.00 Uhr:

Pause

11.00 – 12.30 Uhr:

Lenins Imperialismustheorie, darin Besonders: Das Finanzkapital, die Tatsache, dass es sich um faulenden, sterbenden Kapitalismus handelt und deshalb die Alternative vor der Tür steht: der Sozialismus.

12.30 – 13.30 Uhr:

Mittagspause

13.30 – 14.30 Uhr:

Literaturhinweise, Rückmeldungen zum Seminar. Danach: Heimreise.

Das dritte Seminar:

Samstag:

12.00 – 12.45 Uhr:

Organisatorisches sowie Wiederholung und Klärung offener Fragen der zweiten Etappe.

12.45 – 13.45 Uhr:

Marxistische Staatstheorie. Der Staat überhaupt, und: der bürgerliche Staat. Was ist ein Staat, ab wann gibt es ihn in der Menschheitsgeschichte und warum. Funktionen des bürgerlichen Staates (Recht, allgemeine Produktionsbedingungen, Aufrechterhaltung des Systems). Formen des bürgerlichen Staates. Dabei die Integrationsfunktion des Parlamentarismus. Rekurs auf die Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals. Kritik des Reformismus und der Illusion vom „parlamentarischen Weg“.

13.45 – 14.15 Uhr: Pause

14.15 – 16.00 Uhr:

Der deutsche Imperialismus: Vorgeschichte des I. Weltkrieges und dessen Ergebnisse. Vorgeschichte des II. Weltkrieges und dessen Ergebnisse. Der BRD-Imperialismus von Anfang der 50er bis Ende der 80er Jahre. Der deutsche Imperialismus seit 1989.

16.00 – 16.30 Uhr: Pause

16.30 – 17.30 Uhr:

Überblick über die Geschichte der internationalen imperialistischen Konkurrenzsituationen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute.

18.00 – 19.00 Uhr: Abendbrot

Sonntag:

09.00 -12.00 Uhr:

Einführung in die Gruppenarbeit (in fünf Gruppen) und in die Darstellung derselben: Ökonomische und militärische Analysen der BRICS-Staaten. Verteilen des Datenmaterials, Hinweise auf die Methodik der Auswertung, die inhaltlichen Arbeitsschritte, die Darstellungshinweise.

Teil 1: Gruppenarbeit: (09.00 – 10.30 Uhr): Analyse der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Mitglieder der BRICS-Staaten und der Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation untereinander während der beiden vergangenen Jahrzehnte. Dazu Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Außenhandel, Kapitalexport ins Ausland, Kapitalbestand im Ausland und ausländischen Direktinvestitionen ins Land. Zusätzlich: Analyse der militärischen Situation der BRICS-Staaten und der Kooperation untereinander. Entwicklung der militärischen Ausrüstung, Mannschaftsstärken, Kooperationspartner.

Das statistische Zahlenmaterial stellen wir bereit. (Quelle: statista.de)

10.30 – 11.00 Uhr: Pause

Teil 2: Darstellung der Gruppenarbeitsergebnisse und Diskussion (11.00 – 12.00 Uhr)

12.00 – 13.00: Mittagspause, danach Literaturhinweise, Rückmeldungen zum Seminar, aufräumen, danach: Heimreise (ca. 14.00 Uhr).

Das vierte Seminar:

Samstag

12.00 - 13.00 Uhr:

Organisatorisches und Kurzwiederholung: Der deutsche Imperialismus und die imperialistische Weltlage

13.00 - 14.00 Uhr:

Sozialismus und Planwirtschaft.

Erster Teil: Überwindung des Kapitalismus/ Imperialismus = Kommunismus. Definition Kommunismus, Definition Sozialismus.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Voraussetzung dafür: Erringen der politischen Macht der Arbeiterklasse, (Wie? Durch Zerschlagen der alten

Staatsmaschinerie und Aufbau eigener Machtorgane), d.h. politische und ökonomische Entmachtung der Kapitalistenklasse, deren Enteignung, damit das Eliminieren der Bourgeoisie als Klasse. Neue Wirtschaftsform: Planwirtschaft.

Planwirtschaft = es herrscht nicht das Wertgesetz, sondern eine von Menschen für Menschen gestaltete Ökonomie, d.h. die Ökonomie wird das erste Mal in der Geschichte der Menschheit dem menschlichen Willen zugänglich (natürlich bei Berücksichtigung der grundlegenden Wirtschaftsgesetze, vor allem der Reproduktionszyklen und der Produktivkraftsteigerung).

Planwirtschaft = Volkswirtschaft versus Betriebswirtschaft, d.h. es zählt nicht die Rentabilität eines Betriebes, sondern die Rentabilität der gesamten Volkswirtschaft. Planwirtschaft = Wirtschaftsdemokratie. Der Begriff „Demokratie“. Kein Plan ohne Mitwirkung des Volkes an seiner Gestaltung. Demokratie ist der Planwirtschaft wesenseigen. Das ist wirkliche Demokratie. Vergleich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus.

14.00 – 14.30 Uhr:

Pause

14.30 – 15.00 Uhr:

Zweiter Teil: Der Staat im Sozialismus: Der Staat wird Gesellschaft. Rolle des Zentralismus (Zentralismus als Bedingung für das spätere Absterben des Staates im Kommunismus). Funktion des Geldes im Sozialismus. Funktion des Arbeitslohns im Sozialismus. Rolle der Partei. Klassenkampf im Inneren. Klassenkampf von außen.

15.00 - 16.30 Uhr:

Praxis des Sozialismus in der UdSSR, erster Teil: Der Aufbau

Die Revolution. Die Neue Ökonomische Politik. Die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Industrialisierung. Der Klassenkampf im Land und in der Partei. Die Masseninitiativen. Der Sieg im 2. Weltkrieg. Der Wiederaufbau nach dem Krieg. Stalins Werk: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“.

16.30 – 17.00 Uhr

Pause

17.00 – 18.00 Uhr:

Praxis des Sozialismus in der UdSSR, zweiter Teil: Der Abbau der Planwirtschaft und die Konterrevolution. Analyse des Rückbaus der

Planwirtschaft in der Sowjetunion seit 1953: Die Ära Chruschtschow, die Kossygin-Reformen, Gorbatschows Perestroika, die Konterrevolution.

18.00 – 19.00 Uhr

Abendbrot

19.00 – 20.00 Uhr:

Das Revisionismusproblem bezüglich der Sozialismustheorie und –praxis heute. Wo stehen viele kommunistische Parteien?

Sonntag

09.00 – 11.00 Uhr:

Die DDR – der Aufbau. Gründung der DDR (und vorher der SED), das Brechen des Bildungsmonopols, die Lösung der Landwirtschaftsfrage, die Sozialpolitik, die Jugendpolitik, der Übergang zum Aufbau des Sozialismus, die Friedenspolitik, die internationale Solidarität, die Grenzsicherung, wirtschaftspolitisch die Diskussionen um NÖSPL und vieles mehr, auch die Diversionsversuche vor allem der BRD

11.00 – 11.30 Uhr: Pause

11.30 – 12.15 Uhr:

Drei besondere Aspekte der Errungenschaften der DDR als Beispiele, was in einer so kurzen Zeit alles erreichbar ist: Die Eindämmung der Kriminalität, die Kulturpolitik, die Frauenbefreiung.

12.15 – 13.00 Uhr: Mittagessen

13.00 -14.00 Uhr:

Die neue Ostpolitik der BRD, die DDR ab Mitte der 70er Jahre – Stagnation und schließlich Konterrevolution und Zerstörung der SED.

14.00 Uhr:

Rückmeldungen zum Seminar, Aufräumen, danach Heimreise

Das fünfte Seminar:

Samstag

12.00 – 13.00 Uhr:

Begrüßung, Organisatorisches, Wiederholung und Klärung offener Fragen der vierten Etappe.

13.00 – 13.45 Uhr:

Parteitheorie, Teil 1

Der Weg zur Organisation der Klasse: Die Partei.

Klassen und Klassenkampf, Klasse an sich und Klasse für sich.

Notwendigkeit der Partei. Wissenschaft und Partei.

Kaderpartei oder Massenpartei? Die Partei und die Theoriebildung. Der demokratische Zentralismus. Fraktionsverbot. Parteidisziplin. Kampfformen.

13.45 – 14.15 Uhr:

Pause

14.15 – 15.30 Uhr:

Parteitheorie, Teil 2

Strategische Probleme der kommunistischen Partei (und der kommunistischen Weltbewegung):

Dialektik von Reform und Revolution, Partei und Gewerkschaften, Bündnispolitik: (*Punktuelle Bündnisse, Aktionseinheit, Einheitsfront und Volksfront*). Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die historischen Erfahrungen mit der Einheitsfronttaktik. Proletarischer Internationalismus. Das Revisionismusproblem, damit Diskussion der Unklarheiten über das Ziel, über den Weg, über die Geschichte des Sozialismus, über den Charakter des Imperialismus usw., möglichst nicht Hölzchen und Stöckchen, sondern grundsätzlich.

15.30 Uhr bis 16.00:

Pause

16.00 Uhr – 18.00 Uhr:

Lenins Revolutionstheorie

18.00 Uhr – 19.00 Uhr:

Abendbrot

19.00 Uhr bis ??:

Diskussion über die aktuelle Situation der kommunistischen Bewegung in Deutschland und weltweit.

Sonntag:

9.00 – 11.15 Uhr:

Der Revisionismus – Einfallstore, Themen, Tarnung und Fraktionen

11.15 – 11.30 Uhr:

Pause

11.30 – 13.00 Uhr:

Kriterien für kommunistische Agitation und Propaganda

Abgeleitet aus den Mystifizierungen der Oberfläche des Kapitals und der Fetischbildungen sowie den Illusionen, die der Revisionismus verbreitet.

13.00 – 13.45 Uhr:

Mittagspause

13.45 – ca. 14.30/15.00 Uhr:

Vorstellung Referenten- und Teamerseminar

Literaturhinweise,

Rückmeldung über das Seminar,

Aufräumen,

Heimreise.

Organisatorisches:

Die Unterkunft ist einfach, was heißt: es gibt Betten in Mehrbett-Unterkünften, aber keine Kopfkissen, Bettdecken, Bettlaken. Diese also müsstet Ihr mitbringen. Es gibt eine Selbstversorger-Küche, für die Verpflegung sorgen wir. Für Unterkunft und Verpflegung fallen pro Wochenende und Person Kosten von 20,- Euro an. Verkehrsmäßig ist der Tagungsort sehr gut zu erreichen: ein Bahnhof ist in der nahen Umgebung und eine Autobahnauffahrt ist auch recht gut und nahe zu erreichen. Trotzdem tagen wir in einer ruhigen Lage.

Aus der Leser/innen-Post

Heinz Ahlreip: Nichts hängt enger mit der Ökonomie zusammen als das Militärwesen

Vielen Dank für die Zusendung der neuen Offensiv! Habe heute den Artikel von Pit durchgelesen. Er vermittelt sehr wichtige militärtheoretische und militärgeschichtliche Kenntnisse, fleißig sind Zitate zusammengetragen worden, es besteht aber die Gefahr der Überfrachtung.

Inhaltlich: Die Frage ist doch wirklich: kann man noch mit dem bürgerlich-wissenschaftlichen Instrumentarium von Clausewitz Kriegen unserer Epoche beikommen?

Die Schranke von Clausewitz war ein bürgerlicher Rahmen, was man ihm nicht vorwerfen kann. Er bestimmt das Wechselverhältnis zwischen Politik und Krieg richtig, kann aber noch nicht auf das Wechselverhältnis zwischen Krieg und Ökonomie eingehen.

Engels im Anti-Dühring, frei zitiert: Nichts hängt enger mit der Ökonomie zusammen als das Militärwesen. Die Ökonomie ist die Triebkraft hinter der politischen Triebkraft.

Nach dem 2. Weltkrieg sagt Stalin: Clausewitz sei durch die beiden deutschen Niederlagen als Militärtheoretiker kein Klassiker der Militärtheorie mehr.

Rote Grüße, Heinz

Tim Schoenmakers: Leserbrief zum Artikel „Kuba – besorgniserregende, aber auch vorhersehbare Entwicklungen“, offen-siv 7-2023

Hiermit möchte ich der offen-siv nicht nur für den letzten Kuba-Artikel, sondern insgesamt für ihre sich auf über 10 Jahre erstreckende Analyse-Arbeit zur konterrevolutionären Entwicklung in Kuba herzlich danken.

Mir scheinen die Kuba-Analysen der offen-siv in der kommunistischen Bewegung einmalig zu sein, zeigen sie doch nicht nur den jeweils gegenwärtigen politischen *Zustand* in Kuba auf, sondern spüren an den jeweils aktuellen Verlautbarungen der kubanischen Regierung zur schrittweisen Transformation der Ökonomie – von einer ehemals planwirtschaftlich-sozialistischen hin zu einer warenproduzierenden, kapitalistischen Ökonomie – die innere Logik auf: Die Logik des Wertgesetzes, die sich selbstverwertende *Bewegung* des Wertes.

Dank des Aufspürens dieser inneren Logik gelingt es den Kuba-Analysen sehr anschaulich, zutreffende Voraussagen z.B. zum Fall des

Außenhandelsmonopols⁵⁹, oder zur Entstehung einer Klein- und Mittelbourgeoisie⁶⁰ zu treffen, *bevor* diese Entwicklungen überhaupt erst eingetreten sind.

Doch auch beim Aufspüren dieser inneren ökonomischen Logik bleiben die Analysen nicht stehen, bringen sie die festgestellten ökonomischen Triebkräfte gleichzeitig in einem engen politisch-ideologischen Zusammenhang mit dem Revisionismus, dem Einfluss des Klassenfeindes, der bemüht sein muss, die oben dargelegte ökonomische Transformation zu verschleiern. An zahlreichen Beispielen konnte der Leser sowohl in der Kuba-Analyse von 2020 – hier auch im Vergleich mit der Konterrevolution in der Sowjetunion – als auch im letzten Artikel der *offen-siv 7-2023*, die „Nebelkerzen“ und die „Salamitaktik“ erkennen – beides revisionistische Phänomene der Verlautbarungen der kubanischen Regierung, die untrennbar mit dem vorher skizzierten ökonomischen Zersetzungsprozess verbunden sind.

Mein einziger Kritikpunkt wird in den Schlussfolgerungen der Kuba-Analyse 2020 bereits selbstkritisch reflektiert: In den bisherigen Niederlagenanalysen, insbesondere der Analysen in Bezug auf den aktuellen Niedergang in Kuba, fehlt es an Untersuchungen über die „Zeit davor“.⁶¹ Der Startpunkt der konterrevolutionären Entwicklung wird willkürlich beim „Machtwechsel“ von Fidel Castro zu Raul Castro im Jahr 2008⁶² gewählt, also in einem *politischen* Ereignis. Doch einer falschen Politik muss eine falsche *Ökonomie* vorausgegangen sein – das falsche Bewusstsein setzt das falsche Sein voraus.

Wie kamen die Revisionisten in Führungspositionen? Warum wurde vorher nicht energisch genug (sei es mit Bildung oder mit Repression) gegen die These von einer „Warenproduktion im Sozialismus“ vorgegangen? Warum finden wir diese These – neben sehr viel Richtigem – auch in Stalins Schrift:

⁵⁹ vgl. Flegel, Frank. Kuba. Analyse der gegenwärtigen „Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells“, *offen-siv 10-2020*, S. 7 (Vorhersage, 2010) und S. 47 (Realität, 2015).

⁶⁰ vgl. Flegel, *offen-siv 10-2010*, S. 54 (Vorhersage, 2017) und S. 58 (Realität, 2020).

⁶¹ vgl. Flegel, *offen-siv 10-2020*, S. 69.

⁶² vgl. Flegel, *offen-siv 10-2020*, S. 27f.

„Ökonomische Probleme...“ wieder⁶³? Warum wurde die Warenproduktion in den sowjetischen Lehrbüchern, selbst in den Lehrbüchern *vor* der Zeit Chruschtschows, von seiner Vorbedingung – Privateigentum an den Produktionsmitteln – losgeknüpft? Analog die ganze Problematik bezogen auf Kuba. Wie wirkten sich die Marktöffnungen in den 90ziger Jahren auf das Klassenbewusstsein der Bevölkerung aus? Wurden sie später wieder außer Kraft gesetzt? Gab es dazu Debatten?

Um diese politisch-ideologischen Fragen beantworten zu können, müssen diese im Zusammenhang mit dem Klassenkampf und der Ökonomie – mit den Überresten kapitalistischer Produktionsweisen des zu betrachteten sozialistischen Landes gesehen werden.

Ein Aspekt noch zur heutigen Diskussion um Kuba: Ich erwähnte bereits, dass mir die Analysen in der Qualität in der kommunistischen Bewegung einmalig erscheinen. Leider muss ich mich darüber wundern, dass viele kommunistischen Parteien, selbst die Parteien des revolutionären Pols, sich von einer umfassenden Analyse der kapitalistischen Entwicklung in Kuba drücken. Auch in sehr klaren kommunistischen Parteien, wie der SKP, der PCM oder der KKE liest man zwar hier und da kritische Berichte über die Marktreformen in Kuba, eine grundsätzliche Infragestellung des angeblich noch sozialistischen Charakters Kubas konnte ich bislang nicht erkennen. In den, in Bezug auf die Imperialismus- und Kriegsfrage, sehr klaren Erklärungen von 2022 aus Havanna (einem Austragungsort, wo es sich doch angeboten hätte, auch etwas über die kapitalistische Entwicklung in Kuba zu sagen) wird sogar teilweise Solidarität mit der kubanischen Regierung, also mit der kubanischen Bourgeoisie geübt.

In der kommunistischen Bewegung wird viel ideologische Arbeit gegen die These der „sozialistischen Marktwirtschaft“ geleistet. Beispielsweise ist kürzlich ein Podcast mit Spanidis und Corell veröffentlicht worden⁶⁴, in dem

⁶³ vgl. Stalin, J.W. Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. SW 15, S. 202f.

⁶⁴ Kommunismus Kneipe. Die VR China: Sozialismus? Kapitalismus? Was ganz anderes? Mit Richard Corell und Thanasis Spanidis. Link: https://youtu.be/tpO_g5vBc-g

Spanidis richtigweise feststellt, was Sozialismus ist und was nicht. Im Gesamten stört mich allerdings im Umgang mit dieser Frage der bislang einseitige Fokus auf das Beispiel China. Die Marktreforemen in Kuba sich ebenso anzuschauen, wird in der kommunistischen Bewegung meistens vergessen, oder die Reformen werden sogar gelehnet. Letztendlich kann hieraus eine nächste Aufweichungsbestrebung entstehen, was es zu verhindern gilt.

Vermutlich liegt die Zurückhaltung bei Kritik gegenüber der kubanischen Bourgeoisie an den Emotionen, die in der Einsicht, dass in Kuba die Konterrevolution gesiegt hat, eine Rolle spielen können. Wir wollen doch aber gerade nichts von der kubanischen Revolution und den damals erfolgten Aufbau des Sozialismus wegnehmen! Nur sind nun mal Aufweichungen der Planwirtschaft hin zur Restauration des Kapitalismus Prozesse, bei denen wir nicht wegschauen dürfen.

Christian Kunz: Auf weitere Jahre offen-siv!

Liebe Redaktion der offen-siv!

Ich möchte euch gratulieren angesichts eures 30-jährigen Jubiläum! Auch wenn ihr sicher mal Fehler in dieser Zeit gemacht habt, so sind diese doch unbedeutend angesichts eurer Verdienste! Euer Kurs in dieser Zeit war klar. Ihr habt keine Kompromisse an den Zeitgeist gemacht, habt das wesentliche im Marxismus Leninismus bis heute verteidigt.

Ich will als Beispiel nennen eure Verteidigung des revolutionären Erbes der sozialistischen Staaten, aber auch die Aufbereitung des zunehmenden Revisionismus in der kommunistischen Bewegung und der Politik der sozialistischen Staaten! Ihr habt weder den Fehler gemacht, den Marxismus Leninismus aufzuweichen in Richtung Sozialdemokratie noch ultra-linker Fehler, was den Charakter der sozialistischen Staaten angeht.

Als wichtiges Verdienst sehe ich insbesondere die Verteidigung der Planwirtschaft im Angesicht von Theorien der Vereinbarkeit von Kapital und Arbeit. Hier sei besonders das China Heft genannt.

Und offen-siv hat alleine oder zusammen mit der KPD Generationen von Kommunisten im Fernstudium gebildet, dies bleibt als Verdienst! Auch wenn sich die Herausbildung einer revolutionären Partei als sicher schwieriger herausgestellt hat!

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass es ein großes Verdienst der Redaktion war, auch die heutigen Auseinandersetzungen im Imperialismus zwischen den BRICS-Staaten und den NATO-Staaten als inner-imperialistische Widersprüche erkannt zu haben. Es war sehr wichtig für die Marxisten-Leninisten, dass ihr hier dabei geblieben seid, den Marxismus Leninismus zu verteidigen und nicht Position bezogen habt auf einer Seite der Bourgeoisie.

Obwohl es euch ökonomisch sicher kurzzeitig geschadet hat bin ich mir sicher: auf lange Sicht macht es sich auch für euch positiv bemerkbar!

Was ist zu sagen: einen Kurs, der konsequent die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse vor jeder Bourgeoisie verteidigt, ist heute nicht immer beliebt und doch notwendiger denn je. Die Redaktion verteidigt ganz fundamentale Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus, wie eben als Beispiel schon genannt, dass es keinen Burgfrieden mit der Bourgeoisie geben kann, will die Arbeiterklasse ihre historische Mission vollenden, die in jedem kapitalistischen Land nur heißen kann, die eigene Bourgeoisie loszuwerden und die proletarische Revolution zu vollenden! Und natürlich kann das manchmal heißen, in einem besetzten Land einen Besatzer loszuwerden!

Ich wünsche euch (und bin mir da auch ziemlich sicher), dass ihr die Klarheit, die euch in der Vergangenheit ausgezeichnet hat, auch in Zukunft behaltet.

Auf weitere Jahre offen-siv!

H.-J. Reiß: Bestätigt, was ich schon lange ahnte

Danke! Was ich schon lange ahnte, fand ich jetzt in der Juli/August-Ausgabe von offen-siv auf den Seiten 69 bis 77 bestätigt.

Depression

Da war doch mal was,
War wirklich - kein Traum.
Der Heute ist blaß
Steht als Alp im Raum.
Die Revolution wich der Marktwirtschaft,
Verraten von Revisionisten.
Wo findet sich derzeit noch die Kraft,
Den Augiasstall Welt auszumisten?
Lenin, Fidel, auch Ho Chi Minh
Sind erloschene Sterne auf Erden?
Doch ohne sie fehlt dem Leben der Sinn.
Dies existiert nur in Geldgebärden.
Auch Cuba, das seinen Weg verläßt,
Im Markt kapitalbefangen,
Weiß kaum mehr was vom Manifest,
Läßt um Kindeskind mich bangen.

***Rumpelheinzchen:* Aus einer kleinen Anzahl Revolutionäre kann eine Massenpartei entstehen**

Im Vorwort „Redaktionsnotiz“ der offen-siv 8-2023 heißt es: „...unsere kleine Zeitschrift wird nicht wirklich einen wesentlichen Beitrag zur Klärung dieser schwerwiegenden Widersprüche leisten können, denn dazu haben wir einen zu geringen Einfluss. Trotzdem wollen wir tun, was in unseren Kräften möglich ist.“

Ich kann verstehen, dass die Niederlagen des Wegbrechens der RGW-Staaten im Großen wie auch der ermüdende Alltag in einem immer brutaler, menschenfeindlicher sich entwickelnden Kapitalismus im Kleinen demotivierend wirken können. Trotzdem möchte ich – ohne viele Originalzitate – an Gedankengänge Lenins erinnern, dass aus einer kleinen Anzahl Revolutionäre in einer dialektischen historischen Entwicklung eine Massenpartei entstehen kann. In einer Situation mangelnder Klassenkämpfe kann die ideologische Ausbildung von Kadern Vorrang haben.

Ich finde nicht, dass sich die „offen-siv“ da schlecht macht, ganz im Gegenteil. Ich gehe dabei von einem „Wir sind wieder bei Stalin“ aus, so wie einst Rosa Luxemburg - sich gerade vom „stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie“ abwendend - feststellte: „Wir sind wieder bei Marx“...



Buchempfehlung:
„Wie ich wurde,
was ich bin“.
Politische
Lebensläufe aus
Ost und West

HERAUSGEBERIN

Brigitte Dornheim

GENRE

Biografien

ZIELGRUPPE

Jugendliche und Erwachsene

BESONDERHEITEN

Das Buch spiegelt die politische Entwicklung von Menschen in den beiden deutschen Staaten wider.

„Wer mit 20 kein Kommunist ist, hat kein Herz. Wer mit 30 immer noch Kommunist ist, hat keinen Verstand!“ Dieser vielzitierte antikommunistische Ausspruch, der fälschlicherweise dem britischen Ex-Premier Churchill zugeschrieben wird, soll sozialistisch-kommunistische Haltungen als schwärmerisch-naiv und dem wirklichen Leben entrückt denunzieren. Manche Politiker des bürgerlichen Mainstreams gefallen sich als von kommunistischen Jugendsünden geläuterte altersweise Muster-Demokraten. Die kapitalistischen Wolfsgesetze werden von ihnen als alternativlos akzeptiert. Dass die damit verbundenen Abgründe immer näherkommen, wird in Kauf genommen. Die in diesem Band verzeichneten Biographien stehen für ein alternatives Denken, Planen und Handeln: „Un altro mondo è possibile!“

ISBN:978-3-7565-5046-3, Verkaufspreis: € 13,99

MAIL:wicky1950@t-online.de

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

